Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. Februar 1978
Jg. 6 Nr. 7

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19   Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Indische Hafenarbeiter kämpfen für feste Arbeitsverträge

1500 Hafenarbeiter traten am 31.1.1978 in der indischen Hafenstadt Madras in Streik und forderten die Auszahlung von zwangsweise einbehaltenen Abgaben und Versicherungsgeldern. Am 4. Februar besetzten Hafenarbeiter im Hafen von Kalkutta die Eingänge zum Hafengelände und sperrten die Direktoren und leitenden Angestellten der vier großen Schiffahrtsgesellschaften des Hafens aus. Damit setzten sie ihren seit drei Monaten anhaltenden Kampf für feste Arbeitsverträge fort. Bisher gelten sie als rechtlose Gelegenheitsarbeiter. Der Streik wird von der „Zentrale der indischen Gewerkschaften" unterstützt. Die Arbeit im Hafen ist durch diesen Kampf weitgehend gelähmt. 54 Tage haben fast 1 Million Staatsangestellte im indischen Bundestaat Maharashtra (Hauptstadt Bombay) für die Forderung nach gleicher Bezahlung wie die Angestellten der indischen Zentralregierung gestreikt. Sie konnten ihre Forderung nicht durchsetzen und haben den Streik abgebrochen. Jetzt haben die Angestellten des Bundesstaates Punjab ebenfalls beschlossen, in den Streik zu treten, nachdem bei Lohnverhandlungen die Staatsregierung eine Vorweganhebung zum Inflationsausgleich abgelehnt hat.

Afrikanische Delegation in Addis Abeba und Mogadischu

Nachdem in der letzten Woche bekannt wurde, daß die Sozialimperialisten mit

Afrikanische Delegation in Addis Abeba und Mogadischu

Nachdem in der letzten Woche bekannt wurde, daß die Sozialimperialisten mit

sowjetischen Migs und amerikanischen F 5 die Hafenstadt Marsawa und die von der Volksbefreiungsfront von Eritrea befreiten Gebiete um die Hauptstadt Asmara mit systematischen Bombardements und Napalm belegen, wobei die Maschinen zum Teil von israelischen Piloten geflogen wurden, hat jetzt auch Israel offiziell bestätigt, daß es Äthiopien Waffen liefert zur Wahrung seiner Interessen am Roten Meer. Wie in Eritrea so verstärkt der Sozialimperialismus auch in der Ogaden-Provinz seine Angriffe gegen den Kampf der Befreiungsfront von West Somalia, um sich am Ausgang des Roten Meers festzusetzen. Aufgrund der Entwicklung der Lage sind Regierungsvertreter mehrerer afrikanischer Staaten unter Leitung des nigerianischen Außenministers nach Addis Abeba gereist und gleich anschließend nach Mogadischu.

Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad!

„Man muß vielmehr das Abenteuer wählen, als einen leichten Weg", überschrieb ein ehemaliger französischer Minister und Bankier vor kurzem einen Aufruf zur Ölpolitik. Französische Luftwaffe fliegt Einsätze gegen das Volk des Tschad, die französische Botschaft leitet die Aggression. Neben dem Raub an den Reichtümern – der Tschad gehört zum Beispiel zu den erdölreichsten Ländern Afrikas – ist der Ausbau eines Stützpunkts im Herzen des Kontinents gegen die anderen afrikanischen Völker die Absicht. Die Front für die nationale Befreiung des Tschad (FROLINAT) hat nach dem Abschuss zweier Militärflugzeuge und der Gefangennahme eines französischen Spions jetzt die Stadt Faya-Largeau eingekesselt. Der heftige Kampf für den Abzug der französischen Truppen zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und zum Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft hat die Regierung des Tschad gezwungen, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, Amnestie für die politischen Gefangenen und straffreie Rückkehr der Flüchtlinge in Aussicht zu stellen.

Kampuchea und Thailand für freundschaftliche Beziehungen

Auf Einladung der Regierung Kampucheas besuchte eine Regierungsdelegation Thailands das Demokratische Kampuchea. Der Außenminister Kampucheas, Ieng Sary, und der Thailändische Außenminister Upadit Pachariyangkun brachten den Wunsch beider Regierungen und Völker zum Ausdruck, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen, zu fördern, Botschafter auszutauschen und die Wirtschafts-und Handelsbeziehungen auszubauen.

Kampuchea und Thailand kamen überein, daß ein unabhängiges und souveränes Kampuchea nicht nur im Interesse des Volkes von Kampuchea, sondern im Interesse der Völker Südostasiens ist. Pol Pot, Ministerpräsident der Regierung Kampucheas und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas, bekräftigte den Wunsch Kampucheas die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Lambsdorffs USA-Besuch – „In allen Fragen selbstverständlich keine Einigung"

Binnen Jahresfrist glitschte der Kurs des Dollars von 2,39 auf 2,11 DM per Dollar. Auf dieser schiefen Ebene beförderten westdeutsche Monopole im letzten Jahr allein 1,5 Milliarden DM an Direktinvestitionen in die Vereinigten Staaten von Amerika. Damit befänden sich jetzt ungefähr US-Produktionsmittel im Gegenwert von etwa 7 Milliarden DM in Händen westdeutscher Kapitalisten. Höchst, BASF, Bayer, VW, Bosch, Siemens, Daimler Benz, der VEBA-Konzern, was Rang und Namen hat von den westdeutschen Kapitalisten wird derzeit in den USA tätig. Und immer mit fetten Brocken.

Wo das Kapital hinzieht, folgen seine Hüter. Die brutale Senkung des Lohnstandards der US-Proletarier – Arbeiter sind in den USA in manchen Gegenden für umgerechnet 5,10 DM zu haben – zieht das internationale Kapital an wie das Licht die Motte. Als kleiner, aber potenter Co-Parasit der US-Monopolbourgeois bei deren ureigenem Geschäft der Ausbeutung der US-Arbeiter trat Lambsdorff, der Bundeswirtschaftsminister, bei seinem letztvergangenen USA-Besuch auf.

US-Monopolbourgeois bei deren ureigenem Geschäft der Ausbeutung der US-Arbeiter trat Lambsdorff, der Bundeswirtschaftsminister, bei seinem letztvergangenen USA-Besuch auf.

Lambsdorff brachte zehn Tage damit zu, den US-Monopolisten „gute Ratschläge" zu erteilen, und diese wiederum nahmen ihn für zehn Tage in die Mangel. Letzte Woche bei seiner Rückkehr benutzte Lambsdorff das Fernsehen um mitzuteilen, es habe in den verschiedenen Fragen „selbstverständlich keine Einigung erzielt"werden können. Das Wechselspiel der gegenseitigen Zumutungen, das imperialistische Bündnisse stets kennzeichnet, entwickelt sich gesetzmäßig.

Lambsdorffs Schwoof bei allen möglichen Kapitalistenverbänden und -vereinigungen hatte den Hauptinhalt, die USA zur „Einsparung von Energie" zu animieren. Dieser sein Auftrag stellt eine Reaktion auf die Kampfhandlungen der OPEC-Länder dar, die allen Versuchen, ihr Preis- und Fördermengenkartell zu zerschlagen, widerstanden haben und die jetzt nicht nur die Ausdehnung ihres Kartells auf das Erdgas planen, sondern auch den Dollar, der gegenwärtig die Verrechnungseinheit im internationalen Erdölhandel bildet, durch eine Verrechnungseinheit ablösen wollen, die auf den Kursen von Dollar, Yen, Schweizer Franken und DM basiert.

Solange die USA den Erdölmarkt nicht „entlasten", gegenwärtig kaufen sie 47% des in der dritten Welt geförderten Erdöls, machen sich die BRD-Imperialisten keine großen Hoffnungen mehr, gegen die Interessen der Länder der Dritten Welt einen Stich zu machen.

Schrauben die USA ihren Verbrauch herunter, so könnte man vielleicht Zwist wegen der Lieferquoten säen. Letzten Endes könnten die Preise gesenkt werden und die Verschuldung der betreffenden Länder müßte sprunghaft zunehmen. Und ließe sich das ganze bei weiterem Kursverfall des Dollars machen, welch ein Glück! Lambsdorffs Leidenschaft in diesem Punkte geht also auf einen soliden Geldgrund zurück.

Die „Energieersparnis" würde von den US-Proletariern und Farmern bezahlt. Im Ergebnis käme eine Senkung des Lebensstandards heraus, die auf den Lohnstandard durchschlagen müßte. Wem zum Beispiel das Heizen der Wohnung gesetzlich eingeschränkt wurde, der wird auch weniger Geld für Heizöl benötigen. Dies ist Carters Projekt und bekannt, seitdem vor einem Jahr der neue Präsident der Nation sich als Liebhaber und Träger langer Unterhosen vorstellte. Wie können sich die US-Monopole solchen weisen Ratschlägen widersetzen, wo sie doch nicht nur von ihrem predigenden Prä-

terhosen vorstellte. Wie können sich die US-Monopole solchen weisen Ratschlägen widersetzen, wo sie doch nicht nur von ihrem predigenden Prä-

sidenten, sondern auch von einem Sproß des deutschen Uradels für richtig gefunden werden?

Die schlechten Dollars, welche von den US-Monopolen für 47% des guten Öls der Dritten Welt gezahlt werden, diese schlechten und durchhängenden Dollars sind auf der ganzen übrigen Welt noch schlechter als in den USA. Da alle Welt Dollars als „Devisenreserven" hat und für das Öl in Dollar zahlt, ergibt sich ein stetiger Einkaufszwang für die Länder der Dritten Welt auf dem US-Markt. Dort erhalten sie für die schlechten Dollars überteuerte US-Waren, wenngleich eben etwas mehr, als sie anderswo für diese leidigen Dollars bekämen. In Folge dieser Umstände konnte der Export der USA in OPEC-Länder von 1973 bis heute um 250% ansteigen.

Dies ist der „Retransfer", vor Jahren das Schlagwort der Stunde, heute die lebendige Wirklichkeit eines großen Betruges an den Ländern der Dritten Welt, wie überhaupt an jedem

ren das Schlagwort der Stunde, heute die lebendige Wirklichkeit eines großen Betruges an den Ländern der Dritten Welt, wie überhaupt an jedem

Lande, das Dollars hat. Kämen die USA zu den verlangten „Einsparungen" und könnte dann der Erdölpreis gedrückt werden, so wäre dies System nicht durchbrochen und nach wie vor müßten die dollarbesitzenden westlichen Imperialisten bluten. Aber sie müßten weniger Dollars hingeben fürs Öl und könnten mehr z.B. für Direktinvestitionen in den USA benutzen.

Den US-Monopolen muß es für eine noch geraume Zeit wirklich angenehmer sein, diese Dollars als warenkaufende Dollars wiederzusehen, deswegen klopften sie Lambsdorff auf die Schulter und schenkten ihm ein paar Cocktails ein, die er wie ein Gentleman vertragen haben soll. Ansonsten blieben sie graniten und legten Lambsdorff nahe, er solle sich lieber dafür stark machen, daß die Bundesregierung die Konjunktur in Westdeutschland kräftiger anheizen solle.

Man kann sich lange darüber streiten, ob die Bundesregierung die Konjunktur anheizen *könnte*. Sicher ist je-

(Fortsetzung Seite 2)

Man kann sich lange darüber streiten, ob die Bundesregierung die Konjunktur anheizen *könnte*. Sicher ist je-
(Fortsetzung Seite 2)

Mit dem Volkskrieg in Zimbabwe entwickelt sich die internationale Unterstützung

Aus Mozambique haben wir folgenden Brief von Genossen D.N.E. Mutasa, dem Abteilungsleiter für Finanzen der ZANU, erhalten: „Liebe Genossen, wir danken Euch sehr für die Überweisung der 45667,67 US-Dollar, die auf unserer Bank in Maputo, Mozambique, angekommen sind. Diese Geldsumme hat uns gerade zum rechten Zeitpunkt erreicht kurz nach dem Überfall der Smithtruppen auf unsere Durchgangslager. Wenn Ihr das Geld nicht für irgendeinen besonderen Zweck an uns überwiesen habt, werden wir es über unseren allgemeinen Fonds für die Wiederaufbauarbeit benutzen, um unsere zerstörten Lager wiederherzustellen. Wie immer sind wir sicher, daß der KBW unseren Kampf versteht und wir hoffen, daß Ihr fortfahren werdet, uns zu unterstützen, wie Ihr es während des ganzen Verlaufs unseres Kampfes getan habt. Pamberi ne Chimurenga! A Luta continua! Der Kampf geht weiter! Mit solidarischen Kampfesgrüßen D.N.E. Mutasa, Abteilungsleiter für Finanzen."



Die von Genossen Mutasa erwähnten 100000 DM stammen aus den Kampagnen des KJB „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" und der Gesellschaften zur Unterstützung der Volkskämpfe „Ersatzteile für die Lastwagen der ZANU". Wir sind sicher, daß alle, die diese Kampagne unterstützt haben, froh sind, daß die Gelder die ZANU zu einem Zeitpunkt erreichten, wo Mittel für den Wiederaufbau der Lager dringend erforderlich sind. Inzwischen sind auch die ersten 100000 DM aus der Kampagne für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA nach Maputo überwiesen worden. Wir haben der ZANU mitgeteilt, daß weitere 200000 DM aus der Kampagne in diesen Tagen verfügbar sind, um entweder in Westdeutschland Anschaffungen zu machen und nach Mozambique zu verschicken, oder um direkt nach Mozambique überwiesen zu werden. Trotz mancher Schwierigkeiten bei der Durchführung der Kampagne, die sich daraus ergeben, daß die KPD wegen Differenzen mit uns über die Veranstaltungen am 1. Mai den Aufruf der ZANU für die Ausrüstung der Kompanie der ZANLA nicht länger unterstützt, sondern eine eigene Sammlung einzuleiten beginnt, hoffen wir zuversichtlich, bis Anfang März eine erste Etappe der Kampagne abschließen zu können, um bis Anfang April das gesetzte Ziel zu erreichen und dann zusammen mit allen Kräften, die die Kampagne unterstützen, darangehen zu können, das gesetzte Ziel von einer halben Million überzuerfüllen und die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung mit umso größerem Nachdruck zu erheben. Gegenwärtig wird eine weitere Kleiderverschiffung vorbereitet.

Frühgeburten, Totgeburten und Säuglingssterblichkeit – Folgen der absoluten und relativen Verelendung

Die Müttersterblichkeit liegt in der BRD 1973 z.B. höher als in Italien und fast so hoch wie in Portugal, die Säuglingssterblichkeit 1975 z.B. weit höher als in Spanien.

„Bis Mitte der 60er Jahre wurde ein zügiger Rückgang der Säuglingssterblichkeit beobachtet. Seither kam es nach einem vorübergehenden Anstieg nur noch zu einer sehr zögernden Senkung der Sterbeziffern" (Das öffentliche Gesundheitswesen 39/77).

Über die Hälfte der gestorbenen Säuglinge kam nicht lebensfähig zur Welt und starb in der ersten Lebenswoche, in den überwiegenden Fällen an Krankheiten, die meist zusammenhängen mit der Ruinierung der Gesundheit der Mutter durch die kapitalistische Produktion: Sauerstoffmangel im Blut oder im Gewebe, Unreife (bis zu 10% der Neugeborenen sind untergewichtig, die Tendenz steigend), regelwidrige Geburten und den dabei entstandenen Verletzungen, angeborene Mißbildungen, wie des Nervensystems oder des Kreislaufsystems (Statistisches Jahrbuch 1977).

„Ferner zeigt es sich, daß Mütter von Frühgeborenen seltener einen Beruf und eine abgeschlossene Berufsausbildung haben als Mütter Reifgeborener und daß die Mütter von Frühgeborenen häufiger und auch ganztägig berufstätig sind" (Das öffentliche Gesundheitswesen 1976).

Für Bourgeoishirne sind das Rabenmütter, herz- und hirnlos, die z.B. ihre Schwangerschaft anfangs gegenüber den Kapitalisten verbergen und weiter ordentlich Akkord schinden, statt in Sorge um das Wohl des Kindes auf „manche Annehmlichkeit" zu verzichten. Die „Annehmlichkeiten" der Massen sind, sich mit Akkordzuschlägen gerade noch Wohnung, Essen und Kleider minderer Qualität erlauben zu können.

Wer kennt nicht die zahllosen Beispiele, wie die Profitproduktion die Gesundheit der Frauen derart ruiniert hat, daß sie gar nicht mehr fähig sind, Kinder zu gebären. Eine bis mehrere Unterleibsoperationen im gebärfähigen Alter haben die Frauen in den Fabriken hinter sich, oft Totaloperationen in jungen Jahren.

Wie viele Frauen haben, bevor sie ihr erstes Kind lebend zur Welt gebracht haben, Fehlgeburten hinter sich!

Das ganze Sinnen der Bourgeoisie über die Senkung der Säuglingssterblichkeit geht einzig darauf, die Kontrolle und Unterdrückung der Massen perfekter zu organisieren:

Zentralisierung der Geburtskliniken und „Verbesserung" der „Versorgung desjenigen Bevölkerungsteils, der durch die üblichen Methoden der Gesundheitserziehung, der Information und der Appelle an die Vernunft nicht erreichbar ist. Hier fehlt es heute an Hausbesuchen durch Ärzte, durch Hebammen, durch Familienfürsorgerinnen. Die soziale Grundschicht ist über das Gerede vom mündigen Bürger in Stich gelassen worden" (Das öffentliche Gesundheitswesen 39/77).

Die Beratungsstellen auf Grund des § 218 haben die Massen nicht in die Fallstricke der Bourgeoisie gebracht, jetzt soll es mit der Schwangerschafts- und Säuglingsbetreuung versucht werden. Größeren Erfolg wird die Bourgeoisie auch da nicht verbuchen können.

Es fehlen diese Kinder bei dem zu verzeichnenden Geburtenrückgang zusätzlich, das ist bitter für die Bourgeoisie. Eine wesentliche Basis in der Konkurrenz der Kapitalisten auf dem Weltmarkt ist die profitliche Vernutzung der lebendigen Arbeitskraft. Die Säuglingssterblichkeit oder kranke Kinder schmälern diese Basis im eigenen Land, beeinträchtigen die Erfolgsaussichten der westdeutschen Imperialisten um so mehr, als sich die Imperialisten auf die kriegerische Fortsetzung der Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt vorbereiten. Die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Niedersachsen zeigt, daß mit jeder wirtschaftlichen Krise das Lebensniveau der Massen gedrückt wird, und so zwangsläufig die Zahl der Kinder abnimmt.

Jahr	Lebendgeborene	Arbeitslose
1969	113645	29078
1971	97622	27932
1973	78979	42977
1974	76318	78110
1975	71964	137777
1976	72434	135966

Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/77

Lambsdorffs USA-Besuch – „In allen Fragen selbstverständlich keine Einigung“

(Fortsetzung von Seite 1)
Doch, daß seitens der Bundesregierung nicht alles getan wird, was dorthin führt. Die US-Monopole raten dazu, der Industrie kräftigere Steuererleichterungen zu gewähren und sie raten dazu, große Investitionshilfen auszuschütten. Woher die Sorge um das Wohlergehen des westdeutschen Konkurrenten? Die US-Kapitale haben in Westdeutschland ein Kapital von 18,4 Milliarden DM liegen. Eine Schwemme harter DM-Profite, von diesem Kapital den westdeutschen Proletariern abgepreßt, käme ihnen schon durchaus recht. Vor allem aber rechnen sich die US-Monopole aus, daß ihnen eine hitzige Binnenkonjunktur in der BRD das lästig konkurrierende Kapital auf dem US-Markt etwas vom Leibe halten würde. Denn noch stehen die US-Investitionen in der BRD mit 18,4 Milliarden DM erheblich höher als umgekehrt, aber das soll auch so *bleiben.* Außerdem können die USA hoffen, im Zuge einer kräftigen Binnenkonjunktur sowohl auf dritten Warenmärkten eine Entlastung zu erfahren, als auch mit großen Warenexporten auf den BRD-Markt vorzustoßen.

All diese Hoffnungen nähren die US-Monopole, weil sie den Lohnstandard der US-Proletarier a) bereits gesenkt haben, und b) noch weiter zu senken hoffen. Wenngleich nicht in punkto Intensivierung der Ausbeutung, so haben sie doch in punkto Lohndrückerei die westdeutschen Imperialisten überflügelt, und das soll sich jetzt rentieren, und das rentiert sich am besten im Zuge einer schäumenden Konjunktur in der BRD.

Und hier liegen auch die Gründe, die den blaublütigen Wirtschaftsminister veranlassen, den freundlichen Konjunkturwünschen unseres wichtigsten Verbündeten die kalte Schulter zu weisen. Nach dem strategischen Kalkül der westdeutschen Kapitalistenklasse sind die Löhne in Westdeutschland für ein solches Unternehmen noch nicht niedrig genug.

Die Sache möchte sich anders anlassen, wenn erst der Lohnstandard in Westdeutschland und Westberlin so weit gedrückt ist, daß sich die in Westdeutschland produzierten Waren sozusagen konkurrenzlos vermarkten lassen. Den BRD-Imperialisten schwebt vor, die gegenwärtige weltweite Kapitalexportoffensive zum gegebenen Zeitpunkt durch eine noch gesteigerte Warenexportoffensive, Schwerpunkt US-Markt, zu ergänzen. Unter diesem wirtschaftlichen Druck, er wäre beachtlich, könnten die US-Imperialisten dann vielleicht genötigt werden, dem westdeutschen Co-Parasiten etwas mehr Spielraum zu lassen bei der Ausplünderung der Dritten Welt. Daher kommt die zähe Verbitterung, mit der die gegenwärtige SPD/FDP-Regierung auf die Löhne losgeht. Deutlich vor den nächsten Bundestagswahlen wollen sie so weit sein.

Welche Rolle spielt in diesem Gerangel zweier verbündeter Gangster die gemeinsame Konkurrenz gegen den russischen Sozialimperialismus? Gewissermaßen die *Hauptrolle.* Da die russischen Sozialimperialisten ein perfektes System der Arbeiterunterdrückung errichtet haben, befürchtet man ihre ökonomische Schlagkraft dann, wenn die faulige neue Bourgeoisie sich erst die feinen Techniken der Schweißauspressung angeeignet haben wird. Schon heute ist die UdSSR ein wuchtiger Konkurrent auf dem Weltmarkt für Schiffsfrachten, und an den brutalen Monopolstrategien, die dort angewendet werden, deutet sich eine enorme Verschärfung des Handelskrieges an mit jedem Produkt, das die UdSSR auf den Weltmarkt zu werfen imstande ist.

Wird der Cartersche Predigtstil die US-Proletarier vom Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards abhalten? Wird es der christlich eingefärbte Sozialdemokratismus von Schmidt und Apel tun? Wird das Gerede der neuen Bourgeois vom „realen Sozialismus“ die Kampfkraft der Proletarier fesseln? Was wird bei der ideologischen Spaltung der Arbeiter sich als das beste erweisen? Darum kreisen die Propagandaplanungen der Bourgeoisie.

Aber nachdem sich das US-Proletariat zu machtvollen Streiks erhoben hat und zunehmend seinen Kampf mit dem Kampf der Farmer und der unterdrückten Nationalitäten verbindet, aber nachdem in Westeuropa zunehmend und immer wieder Streiks durchgeführt werden, aber nachdem das Imperium der russischen Sozialimperialisten ätzende Gegensätze enthält, sieht es nicht so aus, als ob das internationale Proletariat sich zum Verschleißobjekt des imperialistischen Handelskrieges machen ließe. Obwohl politisch noch zerrissen, zersplittert und zerspalten, beginnt das Proletariat seine Kampfhandlungen gegen die Imperialistenherrschaft und stellt sich immer bewußter an die Seite der Völker der Dritten Welt, die gegenwärtig die Last des offenen Kampfes gegen den Imperialismus noch fast alleine zu tragen haben. Der Schnapsgraf und seine Kollegen, ob sie nun sozialdemokratisch frömmeln, liberal freigeistern oder christisch triefen, sie werden sich wundern. Beim Streik der Seehafenarbeiter mußten sie sich schon wundern, und das war günstig für die Arbeiterklasse.



Mehr als 1000 Teilnehmer besuchten die Diskussionsveranstaltung über das Thema „Wer betreibt die Reaktion? Wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?“ letzten Freitag in Frankfurt. Auf der Diskussionsveranstaltung hielten ein Vertreter des KB (Nord), der Sekretär des ZK des KBW und der Vorsitzende der KPD Referate. Der Vertreter des KB sprach über das „Modell Deutschland“ und rechtfertigte daraus das Russeltribunal. Dessen Vorbereitung verglich er mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze Ende der 60er Jahre. Es ist aber bisher nicht bekannt gewesen, daß die Arbeiter und Studenten, die gegen die Notstandsgesetze gekämpft haben, erst das Urteil einer Jury von westeuropäischen Reformisten und Revisionisten eingeholt hätten, bevor sie mit dem Kampf begonnen haben. Auch Semler sprach von der Haltbarkeit des „Institutionensystems des Modells Deutschland“ und von der „Umkehrung der Rechtsstaatsideologie“, die früher und im Ausland fortschrittlich, in Deutschland jetzt reaktionär geworden sei und zur Rechtfertigung „maßloser Unterdrükkung“ diene. Werner Heuler, ein anderer Sprecher der KPD, dagegen erinnerte die Veranstaltungsteilnehmer daran, wie gut sie es doch im westdeutschen Rechtsstaat gegenüber dem Unrechtsstaat drüben haben. Die Theorie Semlers ist ausgesprochen reaktionär. Von Anbeginn an und schon in der bürgerlichen Revolution war die „Rechtsstaatsideologie“ gegen die uneingeschränkte Volkssouveränität und gegen das Recht des Volkes auf Revolution und ununterbrochene Weiterführung der Revolution gerichtet. Man sollte die Ehrenrettung des Liberalismus doch besser den bürgerlichen Parteien überlassen, wenn man ernstlich gegen die Reaktion kämpfen will. Das Referat des Sekretärs des ZK des KBW hatte keine neuen Kategorien zu bieten. Stattdessen wurde untersucht, wie das Finanzkapital die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen verschärft, um Höchstprofite und Kriegskasse zu machen. Die Diskussion war lebhaft. Es wurden nach Aufruf durch den KBW 3926 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt.

„Siehe, jetzt ist die angenehme Zeit..“

Die katholischen Pfaffen haben am Aschermittwoch die „Zeit der Buße und Versöhnung“ eingeläutet. Ein Aschenkreuz auf der Stirn und die Predigt der Entsagung mit auf den Weg, so sollen die Lohnabhängigen für die „Anfechtungen des Klassenkampfes“ gerüstet werden. Zum Geleit ein Spruch aus der Bibel: „Wenn ihr fastet, sollt ihr nicht sauer sehen wie die Heuchler, denn sie verstellen ihr Angesicht, auf daß sie vor den Leuten etwas scheinen mit ihrem Fasten. Wahrlich, ich sage euch, sie haben ihren Lohn dahin. Wenn du aber fastest, so salbe dein Haupt und wasche dein Angesicht, auf daß du nicht scheinest vor den Leuten mit deinem Fasten, sondern vor deinem Vater, welcher im Verborgenen ist, und dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird dir vergelten.“ (Math. 5,6)

Der himmlische Lohn hat die angenehme Wirkung auf den irdischen Geldsack, daß er ihm nicht auf den Profit drückt. Weil der Arbeiter ihn aber nicht schätzt, weil er sich noch nie auch nur ein Lutschbonbon davon kaufen konnte, muß etwas unternommen werden.

In Osnabrück hat unter der Vormundschaft von Weihbischof Wilhelm Wöste ein Treffen von 70 angehenden Priestern unter dem Thema „Pastoraler Aspekt von Kirche und Arbeiterschaft heute“ stattgefunden. Bischof Wöste ermahnte die angehenden Priester: „Wenn Sie später ein Priester unter Arbeitern werden wollen, dann ist das Wichtigste, daß sie ein Herz für die Arbeiter bekommen und sich bewahren. Der Arbeiter will gerecht behandelt werden. Sein Reichtum sind die Familie und die Kinder, ihnen muß Ihre besondere Sorge gelten.“

Es gilt zu verhindern, daß der „Sinn der Arbeiter für Gerechtigkeit“ dahin ausschlägt, daß sie sich ihre Blutsauger vom Halse schaffen und ihren Reichtum vor allem in ihren produktiven Fähigkeiten sehen, die von den nichtstuenden Bourgeois sowohl ausgebeutet als unterdrückt werden. Kennzeichnend für die Arbeiter heute sei weniger die Höhe des Lohnes als vielmehr die Mentalität, das Selbstverständnis als kleine Leute, „mit denen man es ja machen kann“, so Weihbischof Wöste. Natürlich, wenn z.B. eine Arbeiterin in der Baumwollspinnerei Gronau bei
der Baumwollspinnerei Gronau bei
Akkordarbeit und einem täglichen Laufpensum von ca. 50 km an drei bis vier Maschinen bestenfalls auf einen Nettolohn von 1200 DM monatlich kommt, dann ist das keine Frage der Ausbeutung, sondern der Mentalität, wenn sie einen Haß auf das Ausbeuterpack entwickelt. Um diese „Mentalität“ wollen sich die Popen kümmern.

Wie heißt es doch in dem 2. Brief an die Korinther, der zur Einstimmung in die Fastenzeit überall in den Kirchen verlesen wurde, über „Die Bewährung des Apostels in seinem Dienst“: „Siehe, jetzt ist die angenehme Zeit, siehe, jetzt ist der Tag des Heils, und wir geben niemand ein Ärgernis, sondern in allen Dingen erweisen wir uns als Diener Gottes; in großer Geduld, in Trübsal, in Nöten, in Ängsten, in Gefängnissen, in Aufruhren! In dem Wort der Wahrheit, in der Kraft Gottes, durch Waffen der Gerechtigkeit zur Rechten und zur Linken (. . .) als die Sterbenden, und siehe, wir leben, als die Gezüchtigten und doch nicht ertötet, als die Traurigen, aber alle Zeiten fröhlich, als die Armen, aber die doch viele reich machen, als die nichts haben, und doch alles haben.“

Die Pfaffen sehen wieder Land. Wenn der Druck auf die Volksmassen wächst, sehen sie angenehme Zeiten für sich kommen. Aber „die Armen, die doch viele reich machen“, sind dabei, ihre „Waffen der Gerechtigkeit“ zu schmieden, die sehr irdisch die Entscheidung in der proletarischen Revolution herbeizuführen in der Lage sind.

Hat der zionistische Geheimdienst gut gearbeitet?

„Quecksilber in Orangen“

„Arabische revolutionäre Armee – Palästina-Kommando“ übernimmt die Verantwortung für quecksilbervergiftete Orangen aus Israel, erfährt man aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. „Unterdrückte palästinensische Arbeiter in den israelisch besetzten Gebieten hätten die Orangen vergiftet“, soll es in einem angeblich in englischer Sprache verfaßten Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium heißen.

Daß die Sache faul ist, riecht man Meilen gegen den Wind. Und mittendrin in diesem üblen Gestank finden wir den israelischen Geheimdienst eifrig bei der „Arbeit“. Verfolgen wir ihn zunächst bei seiner „Spurensicherung“:

1. *„Die Früchte sind nicht mit Quecksilberverbindungen verseucht, sondern mit Quecksilbermetall, das praktisch ungefährlich ist.“*
2. *„Die Beschädigung der Früchte kann in jedem Fall sofort erkannt werden.“*
3. *„Die Sabotageakte sind erst knapp vor dem Verkauf verübt worden.“*
4. *„Der Hafen, in dem die Orangen verseucht worden sind, ist inzwischen bekannt – es ist ein europäischer, jedoch kein deutscher Hafen.“*
5. *„Die Orangen sind demzufolge erst nach dem Transport nach Europa präpariert worden, weil sie sonst bereits auf dem Schiffsweg verdorben wären.“*
6. *„In Antwerpen sind wahrscheinlich nur zwei Beutel mit etwa zwei bis drei Kilo Orangen präpariert worden.“*

Diese sorgfältigen und detaillierten Ermittlungen, bis aufs Kilogramm genau, werfen bereits an diesem Punkt zumindest die Frage auf: Hat der israelische Geheimdienst die Quecksilberpräparierung der Orangen persönlich überwacht?

Nachdem in dem angeblichen Schreiben die Rede davon war, „die Attentate richten sich gegen die Wirtschaft Israels“, machte nun die Entdeckung des Quecksilbers in Früchten aus Italien, Spanien und Zypern die Situation vollends verwirrend, recherchiert die bürgerliche Presse.

„Die spanischen Orangenexporteure halten als Hintergrund für die Vergiftung einen Wirtschaftskrieg unter den Großhändlern europäischer Länder für möglich. – Der Vorsitzende des spanischen Exportkomitees für Zitrusfrüchte verdächtigte deutsche Importeure, die Herkunft der Früchte verfälscht zu haben. – Der Handelsattaché an der spanischen Botschaft in Bonn verwies darauf, daß Spanien zu allen arabischen Ländern traditionell gute Kontakte habe und keine diplomatischen Beziehungen mit Israel unterhalte. Insofern sei eine Aktion von angeblichen Palästinensern gegen spanische Produkte sehr unwahrscheinlich.“ (Süddeutsche Zeitung, 2./3.2.78)

Sicherlich ist es nichts Ungewöhnliches, wenn die Konkurrenten um den Zitrusmarkt versuchen, sich gegenseitig aus dem Feld zu schlagen und dabei auch schon mal mit Gift nachhelfen. Die Spanische Fruchtkompanie war jedoch nur sozusagen „heiß“ auf der Spur.

„Israels Zitrusbranche hat Rentabilitätssorgen – die Kursfreigabe der israelischen Währung (Abwertung des israelischen Pfundes von real 45 bis 50%, d. Red.) hat inzwischen die Rentabilität der Ausfuhr sowohl von frischen Zitrusfrüchten als auch von verarbeiteten Erzeugnissen beeinträchtigt“, heißt es in der Wirtschaftszeitung „Nachrichten für den Außenhandel“ vom 23.1.78. Der für sie ungünstigen Konkurrenzlage kann das Zionistenregime nur entgegenwirken durch Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung der israelischen Arbeiterklasse und der palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten; Preiserhöhungen für Lebensmittel und Konsumgüter um 30–40%, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 auf 12% und Senkung des Reallohns der israelischen Arbeiterklasse um mindestens 10% hat das Zionistenregime gegen heftige Kämpfe der israelischen Arbeiterklasse im vergangenen Jahr durchgesetzt.

Für den Zitrusexport des Zionistenregimes bedeutet die Abwertung des israelischen Pfundes, daß Devisenverluste nur durch mengenmäßige Verstärkung des Exports von Zitrusfrüchten vermindert werden können. Verlogen stellt die Israel Zitrus Marketing Board fest: „Angesichts vergifteter Früchte besteht die Gefahr, daß es sehr schwierig sein wird, die Sendungen von frischen Zitrusfrüchten planmäßig abzuwickeln und mit den übrigen Anbietern zu konkurrieren.“

Das, was der israelische Geheimdienst bei seinen *„Ermittlungen“* verschweigt, was ihn jedoch eigentlich in Bewegung gesetzt hat und wo die Überlegungen der spanischen Botschaft ein wenig zu kurz greifen, sagt uns die „Süddeutsche Zeitung“ vom 2.2.78: „Seit Tagen schon schlagen sich Israels Zitrusexporteure mit einem Streik ihrer Seeleute herum ... Gegenwärtig ist der Zitrusexport auf seinem Höhepunkt. Da die verderbliche Ware praktisch nur per Schiff befördert werden kann, befinden sich die Matrosen und Offiziere im Streik um eine Lohnerhöhung in einer guten Ausgangssituation“, und beschwichtigend setzt der Schreiberling hinzu: „Solche Streiks gehören zum normalen Leben in Israel.“

Der Streik der 3500 israelischen Seeleute ist das wirkliche „Gift“ für das Zionistenregime. „Israel ist durch den Streik, von dem die Ausfuhr der devisenbringenden Zitrusfrüchte betroffen ist, außerdem von den internationalen Rohöl-Lieferungen abgeschnitten.“ (Süddeutsche Zeitung, 3.2.78) Streiken die israelischen Seeleute, geht nichts mehr. Kein Schiff, keine Apfelsine rührt sich mehr vom Fleck.

„Die Israel Zitrus Marketing Board in Tel Aviv hat in ihrer Vorstandssitzung beschlossen, ab sofort das Pflücken von frischen Zitrusfrüchten einzustellen und die Verkaufslage im Ausland zu verfolgen.“ (Handelsblatt, 4.2.78) Die „Quecksilberorangen“ kamen auf den Markt, um den Vorsprung, den die Zitruskonkurrenten gegenüber dem Siedlerregime haben, nicht noch größer werden zu lassen. Mit dem vom israelischen Geheimdienst eingefädelten „Quecksilberanschlag“ versucht das Zionistenregime einen verzweifelten Rundschlag zu machen. Zum einen Anwendung der widerwärtigsten Hetze gegen den Kampf des palästinensischen Volkes für das Recht auf die Errichtung eines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden. Zum anderen wende die Zionisten jetzt Vorwände genug haben, die Arbeit der israelischen Seehafenarbeiter und Seeleute mit Militär, Maschinenpistole im Anschlag, zu überwachen, um solche *„Ereignisse“* wie den Streik der Seeleute bereits im Keim zu ersticken. „Die gesamte freie Welt sollte über diesen Anschlag empört sein“, brüllte der zionistische Landwirtschaftsminister Scharon durch den israelischen Armeerundfunk. Sicherlich ist ihm dabei der Aufruf der westdeutschen Seehafenarbeiter voll Schrecken im Genick, die vor nicht weniger als zwei Wochen die internationalen Seehafenarbeiter aufgerufen haben, ihren Streik solidarisch zu unterstützen.

Der Streik der israelischen Seeleute trifft das Zionistenregime in sein altersschwaches Herz und verdient die Unterstützung des kämpfenden internationalen Proletariats. Er schwächt die Kriegskasse der Zionisten und die ihre Aggressionsgelüste gegen die arabischen und palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten und gegen die arabischen Staaten. Er stärkt das Bewußtsein über die Einheit des Kampfes der vom Zionisten-Regime ausgebeuteten und unterdrückten israelischen und palästinensischen Volksmassen, gegen ein und denselben Blutsauger, die abgewirtschaftete zionistische Reaktion. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 7/78: 32000

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Carterregierung für Mexiko trifft auf geringe Gegenliebe

Der anhaltende Streik der Kohlebergarbeiter, der den imperialistischen Monopolen der USA jetzt an die Knochen zu gehen beginnt, hat ihnen noch einmal nachdrücklich in Erinnerung gerufen, daß ihre Stellung in der imperialistischen Konkurrenz wesentlich von zwei Fragen abhängt, nämlich, ob es ihnen gelingt, die organisierte Arbeiterbewegung im Kern anzugreifen und gleichzeitig eine Front gegen die erdölproduzierenden Staaten der Dritten Welt zu errichten durch die Stärkung der eigenen Energiebasis „zu einem akzeptablen Preis", um mit Carter zu sprechen.

In beiden Hinsichten hat die Carter-Regierung seit ihrem Amtsantritt den Beziehungen zu Mexiko eine entscheidende Bedeutung zugemessen. Die neu entdeckten riesigen Öl- und Naturgasvorkommen Mexikos sollen möglichst exklusiv und „zu einem akzeptablen Preis" für den US-Imperialismus nutzbar gemacht werden, während gleichzeitig das Heer der landlosen Bauern Mexikos als Reservearmee gegen die US-Arbeiterklasse ins Feld geführt werden soll. Das erste soll durch ein rasch zu errichtendes Pipeline-System von den mexikanischen Gas- und Ölfeldern in die USA, ergänzt durch langfristige Lieferverpflichtungen erreicht werden, wobei die Riesenlast der Schulden Mexikos an die Finanzbourgeoisie der USA (die 1977 auf 11,3 Mrd. Dollar aufgelaufen war) als entscheidender Druckhebel dienen soll. Das zweite soll durch die neue Einwanderungsgesetzgebung erreicht werden, die Carters Experten ausgebrütet haben. Sie sieht vor, den Druck auf die Millionen mexikanischer Wander- und Saisonarbeiter, die sich „illegal" in den USA aufhalten, durch Ausdehnung der Massendeportationen noch weiter zu verstärken. 1976 wurden 800000 mexikanische Arbeiter, für die die US-Großfarmer und -kapitalisten keine Verwendung mehr hatten oder die sich gegen ihre schamlose Ausbeutung und Verknechtung zur Wehr gesetzt hatten, gewaltsam eingefangen und abgeschoben. Der Kern des Carterschen Gesetzesvorhabens ist jedoch, eine Armee von etwa vier bis fünf Millionen „halblegalen" Arbeitern zu schaffen, die sich bei den Behörden registrieren lassen müssen und eine auf maximal fünf Jahre ausgedehnte jährlich zu erneuernde Arbeitserlaubnis erhalten, jedoch ohne Anspruch auf Sozialversicherung, ohne alle politischen Rechte, unter ausdrücklichem Verbot, ihre Familien nachzuholen und jederzeit von Abschiebung bedroht. Von vornherein hatten Carters Experten auch vorgeschlagen, die Möglichkeiten einer vermehrten Ausbeutung mexikanischer Arbeiter in Mexiko selbst, speziell in der großen „Freizone" entlang der mexikanischen Grenze zu prüfen. In dieser „Freizone" (frei von Zöllen und Steuern durch den mexikanischen Staat) haben sich in den letzten zwanzig Jahren über 400 US-amerikanische Betriebe angesiedelt, in denen mehr als anderthalb Millionen Arbeiter ausgebeutet werden. Sie liefern überwiegend einfache Fertigwaren und Halbzeuge in die USA. Ende Januar ist der US-Vizepräsident Mondale – im Anschluß an seinen Besuch in Kanada – nach Mexiko gereist, um die aufgetretenen Spannungen zwischen den Regierungen beizulegen. Diese Spannungen bestanden darin, daß die mexikanische Regierung die Verhandlungen über eine Erdgasleitung nach Texas abgebrochen hat wegen der Weigerung der US-Imperialisten, einen annehmbaren Preis zu zahlen. Gleichzeitig hat die mexikanische Regierung die Pläne verschärfter Massendeportationen und systematischer Entrechtung der mexikanischen Arbeiter in den USA angeprangert und entschiedenen Widerstand gegen die Carterschen Gesetzesvorhaben angekündigt.

Mondale ist gespielt harmlos aufgetreten und hat erklärt: „Wir verstehen die Gründe für den Strom illegaler Arbeiter in die USA. Wir sind gewillt, Mexiko zu helfen, die gewünschte Unterstützung für die Entwicklung seiner Wirtschaft zu erhalten." Mit großer Pose zog er daraufhin ein Spezial-Kreditprogramm für „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" in Mexiko aus der Tasche. Zu einem Teil soll es sich um Kredite an die Landwirtschaft handeln, das heißt Ausbau des Plantagen- und Kontraktbauernprogramms der US-Agrarkonzerne, Ankurbelung des Absatzes von US-Landmaschinen (der stagniert) sowie vermehrte Ausplünderung der mexikanischen Bauern und Grundbesitzer mit Zins und Zinseszins. Auf der anderen Seite sollen die Möglichkeiten einer erweiterten Auslagerung amerikanischer Industriebetriebe und eines verstärkten Kapitalexports geprüft werden.

Ein Journalist der New York Times untersuchte an Ort und Stelle die Bedingungen dafür und veröffentlichte gleich nach Mondales Rückkehr einen hochgestimmten Bericht darüber: „Tijuana im Brennpunkt". Tijuana ist die größte Grenzstadt auf mexikanischer Seite. Dem US-Spießer gilt sie vor allem als Sündenpfuhl, wo er zu erschwinglichem Preis die Sau herauslassen darf. In den letzten Jahren ist Tijuana auf 1 Mio. Menschen angeschwollen. Wie der Journalist berichtet, strömen hierher junge Arbeiter, Söhne und Töchter landloser Bauern aus ganz Mexiko. Zwei Drittel seien unter 20 Jahre alt. Sie kämen in der Hoffnung, irgendeine Arbeit zu finden, diesseits oder jenseits der Grenze. Am glücklichsten unter allen seien aber diejenigen, die einen Job in einem der Zulieferbetriebe in der Industriezone an der Grenze fänden. Mit 7 Dollar (15 DM) am Tag seien diese Leute hochzufrieden und lebten in ärmlichen, aber reinlichen Hütten dahin. Den Direktor des Arbeitsamtes von Tijuana läßt der Journalist (angeblich oder tatsächlich) aussprechen, was ihm selbst angesichts solchen überschießenden Menschenreichtums dazu einfällt: „Die Lösung ist, daß die Vereinigten Staaten ihr überschüssiges Kapital in Tijuana und den anderen Grenzbezirken anlegen." Mit 7 Dollar pro Tag-Löhnen sei doch schließlich ein schöner Reibach zu machen. Und nur dadurch werde es, gibt er zu bedenken, gelingen, da unten eine „ruhige Grenze" zu schaffen. (International Herald Tribune, 3.2.78)

Die „unruhige Grenze" mit Mexiko beunruhigt die US-Bourgeoisie erheblich. Tatsache ist, daß die Arbeiter mexikanischer Nationalität sich sowohl auf den Farmen und in den Betrieben in den USA als in Mexiko selbst in den letzten Jahren gewerkschaftliche Klassenorganisationen aufgebaut und harte, teilweise erfolgreiche Kämpfe geführt haben. Über 30 US-Betriebe haben binnen drei Jahren in der Freizone an der mexikanischen Grenze dichtgemacht, weil es mit der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter vorbei war. Auf einem Kongreß im Oktober letzten Jahres haben sich die Landarbeitergewerkschaften und die politischen Organisationen der Chicanos in den USA auf einer gemeinsamen Plattform des Kampfes um die elementaren politischen Rechte zusammengeschlossen. Aus einer halbkolonialen Reservearmee beginnt sich eine kämpfende Abteilung der Arbeiterklasse zu formen, deren Kampf sich zugleich als Kampf einer unterdrückten Nationalität mit der mexikanischen Volksrevolution eng verbindet.

Die wachsenden Widersprüche zwischen den Regierungen der USA und Mexikos sind davon ein Ausdruck. Über das Ergebnis der Reise Mondales nach Mexiko schwieg sich die US-Presse aus. Offenbar gab es kein Ergebnis. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Aggressive Exportoffensive des japanischen Imperialismus gegen die EG-Konkurrenz

Am Dienstag, dem 7. Februar, haben die Außenminister der EG in Brüssel einen Kriegsrat in Sachen Handelskrieg abgehalten. Es ging um die Beseitigung der negativen Handelsbilanz der EG-Staaten gegenüber Japan. Die Imperialisten der EG verlangen eine rasche Änderung der „völlig unbefriedigenden Entwicklung", daß der japanische Imperialismus auf den EG-Märkten in die Vorderhand gekommen ist. Während die EG-Staaten 1973 noch 67% ihrer Importe aus Japan durch Exporte dorthin gedeckt hatten bei einem Defizit von 1,3 Mrd. Dollar, waren es 1977 nur noch 39% bei 5 Mrd. Dollar. An verschiedenen Punkten wie Automobile, Eisen, Stahl, Elektronik ist es den japanischen Konkurrenten gelungen, auf den europäischen Märkten Einbrüche zu erzielen und die EG-Imperialisten zurückzudrängen. Auf dem Automobilmarkt der BRD beispielsweise hatten die japanischen Konzerne Toyota, Mazda, Nissan-Datsun und Honda 1976 43000 Pkw losgeschlagen. Im Jahre 1977, nachdem Mitsubishi dazugestoßen war, waren es bereits 64200, und in diesem Jahr sollen es ingesamt 91000 werden. Schon heute haben diese Konzerne damit unter den ausländischen Lieferanten auf dem westdeutschen Automobilmarkt auf Platz drei hinter den französischen und italienischen aufgeschlossen.

Die Überproduktionskrise, die Enge der Märkte und Kapitalanlagesphären in Japan selber treibt die japanischen Imperialisten zu ihrer Offensive. Die Zahl der Konkurse ist im letzten Jahr höher gewesen als je zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Kapitalisten haben eine Million Arbeiter auf die Straße geworfen und erörtern öffentlich Pläne über die Entlassung von weiteren Zehntausenden. Sie haben mit Hilfe des Drucks dieser industriellen Reservearmee die Ausbeutung verschärfen und die Reallöhne senken können. Die Verelendung der Arbeiterklasse schlägt sich in den niedrigsten Steigerungsraten beim Umsatz der großen Kaufhäuser in Tokio seit 1945 nieder.

In der Stahlindustrie sind eine Reihe von Hochöfen stillgelegt worden; von den jetzt betriebenen werden nur zwei Drittel tatsächlich gefahren. Die japanischen Stahlkapitalisten haben in den letzten Jahren in einem erbitterten Kampf auf dem Weltstahlmarkt mit Dumpingpreisen bis zu 60% unter denen der Konkurrenz Anteile weggeschnappt. Gerade auch auf den EG-Märkten, wo daraufhin Anti-Dumping-Zölle eingeführt wurden. Finanziert wird das Dumping durch staatliche Subventionen, also über Plünderung der Volksmassen. Die Stahlkapitalisten brauchen nur nachzuweisen, daß mindestens ein Achtel der Belegschaften nicht voll in Arbeit und in Umschulung ist, dann kassieren sie die Hälfte der Lohnsumme. Sie kassieren ferner für jede verschrottete Anlage.

Neben dem Warenexport hat sich der Kapitalexport sprunghaft ausgedehnt. Auch hier konzentrieren sich die japanischen Imperialisten immer stärker auf die Länder der imperialistischen Konkurrenten. Eine „Investitionswelle" in die EG ist angekündigt mit Errichtung von Fabriken hauptsächlich für Uhren, Optik, Elektronik. Die japanischen Imperialisten sind scharf auf die Ausbeutung der erfahrenen Arbeiter Westeuropas bei dem hoch entwickelten Ausbeutungsgrad in diesen Ländern. Mit dem Bau der Fabriken in diesen Ländern selbst wollen sie darüberhinaus deren Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen unterlaufen. Der japanische Ministerpräsident Fukuda hat angekündigt, daß er in Kürze Westeuropa bereisen wird, um die Beseitigung von Hindernissen dieser Länder gegen die japanischen Waren und japanisches Kapital zu verlangen.

Die Imperialisten der EG denken nicht im Traum daran, dem nachzukommen. Sie sind sich einig, daß sie bei der japanischen Offensive hart dagegenhalten und selber mit einer Offensive in Japan kontern. „Japan soll die Märkte öffnen", ist ihre Forderung. Das Defizit in der Handelsbilanz soll gedeckt werden durch den Verkauf von Flugzeugen des Typs Airbus an Japan. Damit aber ist auch schon der Krach zwischen den Imperialisten der EG da. Das Airbus-Unternehmen ist, abgesehen von einem geringen spanischen Anteil, zu gleichen Teilen in der Hand westdeutscher und französischer Flugzeugkonzerne; Strauß ist Vorsitzender des Aufsichtsrats. Es bewegt sich seit Gründung hart am Bankrott. Die westdeutsche Bourgeoisie und die französische Bourgeoisie rechnen sich mit diesem Geschäft einen besonders guten Stich aus – gegen die japanische Konkurrenz, aber auch gegen die in der EG. Die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist auf allen Seiten das Mittel der Bourgeoisie, mit dem sie im Handelskrieg gewinnen will.

Sozialimperialisten strecken ihre Fühler nach Westeuropa

Neue Zaren schlagen Modell eines europäischen Energieverbundsystems vor

In der Stromproduktion ist die Sowjetunion bereits der größte Produzent in Europa. 1971 waren es noch acht Milliarden KWh, 1976 bereits 1,11 Trillionen KWh und 1980 sollen es 1,38 Trillionen KWh sein. Für solche Steigerungsraten bauen die Sozialimperialisten vor allem die Atomkraftwerksproduktion aus. Die Kapazität der derzeit in Betrieb stehenden 24 sowjetischen Kernkraftwerke von mehr als 7000 MW soll bis 1980 auf 15000 MW erhöht werden. Dazu sind weitere 28 Kernkraftwerke in Bau bzw. in Planung. Laut „Aktuelle Kamera" (DDR-Fernsehnachrichten vom 7.2.78) gehen die Sozialimperialisten jetzt mit aller Macht daran, die Erdöl- und Erdgasvorkommen in Sibirien zu erschließen. Dort sollen nach einem Besiedlungsplan ganze Städte aus der Erde gestampft werden.

Aus der ehemaligen sozialistischen Wirtschaftsorganisation RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) haben die Sozialimperialisten ein Instrument der Kontrolle, Ausbeutung und Ausplünderung der RGW-Länder gemacht. Durch übernationale Einrichtungen wie die „Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit" und die „Organisation für friedliche Energiegewinnung" haben die Sowjetrevisionisten die Kontrolle über die wichtigsten Wirtschaftsbereiche und Ressourcen wie Industrie, Energie, Kommunikation, Wissenschaft und Technik und Finanzen der anderen RGW-Mitgliedsländer gewonnen. Auf der 83. Sitzung des Exekutivkomitees des RGW vom 21. bis 23. November 77 in Moskau mußten schließlich Regierungsvertreter Bulgariens, Ungarns, der DDR, der Mongolei, Polens, Rumäniens und der CSSR gemeinsam mit der Sowjetunion ein „Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Vereinigten Elektroenergiesysteme der RGW-Länder" für den Zeitraum bis 1990 unterzeichnen. Darin wurden „konkrete Wege zur effektiven Nutzung der Energieressourcen, der intensiven Entwicklung der Kernenergetik, der Erhöhung der Zuverlässigkeit der Elektroenergieversorgung und ökonomischen Vorzüge des Verbundbetriebes der Elektroenergiesysteme" festgelegt. Die Sozialimperialisten haben unter anderem die CSSR gezwungen, mehrere Betriebe, darunter die Skoda-Werke Pilsen als Zulieferbetriebe für den Bau kompletter Reaktoranlagen zu spezialisieren.

Das im Sack, schlagen die Sozialimperialisten auf der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) in Helsinki und allen Folgetreffen ein gemeinsames Energieverbundsystem vor und drängen auf Behandlung.

„Die sozialistischen Länder könnten sich ihrerseits an einigen wirtschaftlichen Programmen in Westeuropa beteiligen, die für den Fortschritt der europäischen Wirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen. Westeuropa spürt bekanntlich einen beachtlichen Mangel an Elektroenergie. Nicht von ungefähr wurde doch auf der Konferenz von Helsinki das gegenseitige Interesse hervorgehoben, in Europa einen Austausch von Elektroenergie zu organisieren, um die Kapazitäten möglichst rationell zu nutzen, sowie gemeinsam nach neuen Energiequellen zu forschen, unter anderem auf dem Gebiet der Kernenergie. Eine der wirtschaftlich vorteilhaftesten Möglichkeiten zur Steigerung der Stromproduktion in den westeuropäischen Ländern ist der Bau von Kernkraftwerken. Die einzelnen, insbesondere die kleineren westeuropäischen Länder, sind jedoch nicht in der Lage, sämtliche Ausrüstungen für diese Kraftwerke herzustellen. Es lohnt sich für sie auch kaum.

Die UdSSR und die anderen Mitgliedsländer des RGW verfügen indessen über große Forschungs- und Produktionskapazitäten auf diesem Gebiet, die im Rahmen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit erfolgreich genutzt werden können. Die RGW-Länder besitzen bereits reiche Erfahrungen bei der Vereinigung nationaler Energiesysteme und beim Bau leistungsstarker Fernleitungen für die Stromübertragung." Die Stromleitungen würden „die Stabilität der Stromversorgung erhöhen und eine große Einsparung an Kapazitäten ermöglichen. Je leistungsstärker die Energiesysteme sind und je mehr Unterschiede in der Struktur ihrer stromerzeugenden Anlagen es gibt, desto größer ist bekanntlich der wirtschaftliche Nutzeffekt ihres Parallelbetriebes bei der Vereinigung. Die Energieströme zwischen den Verbundsystemen Europas könnten ihre Richtung innerhalb des Tages (zeitlicher Unterschied in der Spitzenbelastung) wechseln, d.h. die Elektroenergie könnte zuerst vom Westen nach dem Osten und dann in der entgegengesetzten Richtung strömen ..." (J. Schirjajew, A. Sokolow: RGW und gesamteuropäische Zusammenarbeit, APN Verlag, Moskau 1976, S. 50f).

Es geht den Sowjetrevisionisten nicht um die Stabilisierung der Stromversorgung oder die Erhöhung der Kapazitäten im gesamteuropäischen Maßstab durch wechselnden Stromfluß zwischen der EG und dem RGW.

Das haben sie mit ihrer Monopolstellung überhaupt nicht notwendig. Ihr Vorschlag geht auf Erpressung. Sie wollen in den westlichen imperialistischen Ländern, insbesondere in den kleinen, über das Verbundsystem an Boden gewinnen, sie in Abhängigkeit bringen, um die Konkurrenzstellung zum Rivalen USA zu verbessern. Sind sie erst mal in diese Geschäfte verstrickt, kann man politisch Druck ausüben. Finnland hat damit reichlich Erfahrung. Die Erdgasleitungen nach Finnland werden von den Finnen selbst gebaut. In einem finnischen Stahlwerk aus der SU werden die Rohre dafür produziert. Der dazu notwendige weitere Hochofen kommt aus der SU. Die notwendigen Erze kommen aus der SU. Dafür müssen die Finnen in dem entsprechenden Erzabbaugebiet der SU auf der Halbinsel Kola den Sozialimperialisten eine ganze Stadt samt Förderanlagen hinbauen. Die Erdöllieferungen an Finnland durch die SU werden nur zum Teil erfüllt. Stattdessen wollen ihnen die Sozialimperialisten ein weiteres Kernkraftwerk hinstellen, gerade wo die Finnen durch den Aufbau eigener Erdölraffinerien sich selbst mit Fertigprodukten versorgen wollen.

Schweden hat das Angebot, über Pipelines mit Erdgas versorgt zu werden, dankend abgelehnt. Die gelegten Erdgasleitungen in Finnland sollen den Schweden das „Angebot" wieder schmackhaft machen. Weiterhin will die SU den Schweden „günstig" Strom aus einem Kernkraftwerk auf der Halbinsel Kola bei Murmansk liefern.

„1974 wurden 50,8% der gesamten Energie Österreichs mit Erdöl gedeckt. Wurden 1974 erst 13,2% des gesamten Rohölimports aus der Sowjetunion bezogen, so beträgt der Anteil der Sowjetunion im Jahr 1977 bereits 27,8%. Damit ist die UdSSR zum zweitgrößten Öllieferanten Österreichs geworden (...). Die Hälfte der benötigten Naturgasmenge (...), damit fast 100% der Gasimporte, werden aus der Sowjetunion bezogen. Seit 1968 kam es zum Abschluß von drei großen Erdgasverträgen zwischen der Sowjetunion und Österreich. Danach bezog Österreich ab 1968 jährlich 1,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas, ab 1974 wurde die jährliche Menge auf zwei Milliarden Kubikmeter aufgestockt und ab 1978 wird Österreich 20 Jahre lang mindestens 2,4 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich aus der SU beziehen. An jeden dieser Verträge der SU mit VOEST-Alpine ist die Lieferung für Röhren für Erdgasleitungen gekoppelt. Finanziert wurden diese Lieferungen über die österreichische Kontrollbank, die der SU jeweils einen Kredit in der Höhe von zwei bis drei Mrd. österreichischer Schillinge zur Verfügung stellte. Diese Kredite wurden in Form der Erdgaslieferungen an Österreich zurückgezahlt." (Klassenkampf 2/78)

Aus den Lieferungen von Erdöl und Erdölprodukten an die westlichen Imperialisten hat die SU 1976 5,5 Mrd.

Dollar eingenommen, was über 50% ihrer Gesamteinnahmen an konvertiblen Devisen ausmachte. 75 Mio. t exportierte die SU allein in die RGW-Länder.

Mit diesen Profiten holen sie sich fertige Produktionsanlagen von den westlichen Imperialisten. Die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, führen einen erbitterten Kampf um Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären und fremde Rohstoffquellen. Wo die Sozialimperialisten über die Strategie verstärkter Rohstofflieferungen ihr Ziel erreichen und die westlichen Imperialisten über die Beteiligung am Bau von Erdgasleitungen zu Erdgaslieferungen locken wollen, sehen die westlichen Imperialisten ihre Möglichkeit, aufgrund der größeren Produktivität und Finanzkraft mit profitablen Geschäften und Krediten in die RGW-Länder vorzustoßen. – (Z-Red.)

Schmidt, Hans Apel und die jungen „Macher“

Die neue Mannschaft des Finanzkapitals

Die Auffrischung der Bundesregierung mit jungen Kräften fand den Beifall der bürgerlichen Presse. Sie war begeistert von der zügigen Handlungsweise des Kanzlers.

Jung sind sie jedenfalls, die Neuen, das ist bekannt. Alle sind sie 1969 ins Parlament gelangt, und alle haben sich bis jetzt bewährt als Staatsbeamte.

Als kühle Fachpolitiker sehen sie sich selber. Alle betonen ihr Pflichtbewußtsein und ihre Ergebenheit gegenüber dem Kanzler. Hans Apel setzte dem die Spitze auf, indem er im ZDF betonte: „Helmut Schmidt können wir alle nicht das Wasser reichen.“ Alle stehen sie in einem ähnlichen Ruf. Wollen sie vielleicht als „Juniormacher“ des großen „Machers“ aus Hamburg wirken? Viel läßt darauf schließen.

Sie bedeuten zweifellos eine gewisse ideologische Bereicherung der Regierung. Das in der Hinsicht, daß sie klare Verfechter der Interessen des Finanzkapitals sind, und zwar ohne jeden Schnörkel. Ein Verteidigungsminister, der im Fernsehen betont, er hätte keine Erlaubnis zu „Lauschoperationen“ gegen seine Sekretärin gegeben, wenn er nur davon gewußt hätte, ein solcher Verteidigungsminister ist Hans Apel jedenfalls nicht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hatte geschrieben, daß Georg Leber zum Verhängnis geworden ist, daß er die Armee zu sehr geliebt hätte. Bei Hans Apel wird sie schreiben müssen, daß sein Verhängnis ist, daß er als Mensch wie ein Geldstück wirkt. Die anderen Neuen schicken sich an, einen ähnlichen Ruf zu erwerben.

Es gibt viele Gründe, und auch gute Gründe, sich mit den Herren eingehender zu beschäftigen. Neben Rainer Offergeld (jetzt Entwicklungsminister), Dieter Haack (jetzt Bauminister) und Jürgen Schmude (jetzt Bildungsminister) sind Hans Apel, als Verteidigungsminister und von der bürgerlichen Presse als Kanzlerkandidat für 1984 propagiert, sowie Volker Hauff als Forschungsminister sozusagen politische Eckpunkte der neuen Bundesregierung.



Hans Apel: „Ich dacht’, mich tritt ein Pferd“

Mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung hat er keine Verbindung. Sein Lebenslauf geht von Anfang an in die Richtung „Europas neue Grenzen“, so heißt eines seiner Bücher, das er 1964 geschrieben hat. 1958 war er Sekretär der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, 1961 mit 29 Jahren europäischer Beamter für Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die geschriebene „Talk-Show“ aus dem Jahr 1975 gibt Auskunft, warum die Journaille der westdeutschen Monopolbourgeoisie ihn so freudig als „Kronprinzen“ begrüßt.

Die Europäische Gemeinschaft – Sprungbrett zur Expansion in andere Länder und Märkte

„Die Europäische Gemeinschaft“, sagt Apel „ist für die Bundesrepublik von ganz besonderem Wert. Dieser Markt ist nach außen hin durch Zölle abgesichert: Hier haben wir ganz besondere Vorteile, dieser Markt steht uns offen ... Als wichtigstes Industrieland gehören wir auch zu den Gewinnlern der europäischen Integration.“

Und, so das Diktat der Finanzbourgeoisie, muß die Vorherrschaft in der EG ergattert werden, um auf der Grundlage dieser gesicherten Basis neue Märkte zu erschliessen. „Es kommt also darauf an, den bedrängten Ländern in der Gemeinschaft (darunter versteht Apel beispielsweise Italien und Irland) Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten“, das heißt den Vormarsch im Kapitalexport in diese Länder und in der Ausbeutung der Arbeiterheere dieser Länder zu betreiben.

Als Finanzminister der westdeutschen Bourgeoisie hat er das seit 1974 betrieben, als Kriegsminister wird er auf die *Durchsetzung* schauen.

Von dieser Basis aus die Rohstoffe sichern

Auf die Frage des Talk-show-masters Bredenberg: „Einmal von den Arbeitslosen abgesehen ... an diesem Silvester 1974/75 wurden in der BRD Feuerwerkskörper im Wert von rund 70 Millionen Mark in die Luft geknallt ... Fragt man einen Bundesbürger, wie es ihm gehe, antwortet er: ‚Uns geht es schlecht‘ ...“, antwortet Hans Apel: „Der Ölpreisschock hätte uns in Preissteigerungsraten hineinbringen können, die von denen unserer Nachbarländer nicht so weit entfernt gewesen wären. (...) Uns wird es nicht erspart bleiben, in den nächsten Jahren energisch Ansprüche zurückzuschrauben und uns auf die neuen Gegebenheiten einzustellen! Der Ölpreisschock machte klar: Wir werden in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die gleiche Ölrechnung bezahlen zu können. Selbst also nach Überwindung der akuten Probleme der Arbeitslosigkeit wird es uns nicht erspart bleiben, den Gürtel enger zu schnallen!“ Also ranklotzen sollen die Arbeiter, sich mit den dauernden Lohnsenkungen abfinden, und wenn es schon einen Schuldigen geben soll, dann sollen es die ölproduzierenden Länder sein, die so „unverschämt“ sind, einen gerechten Preis für ihre Rohstoffe zu verlangen. Wenn’s gar nicht anders geht, muß man sich das Öl eben holen, Arbeiter und Kapitalisten zusammen, als nationale Volksgemeinschaft. Hans Apel:

„Dennoch können wir nicht davon ausgehen, daß die Rohstoffe, die der Mensch braucht, um in Wohlstand und Behaglichkeit zu leben, beliebig lang reichen. Das verlangt von uns in der Tat neue Überlegungen. Die Bundesregierung will zweierlei tun: Einmal müssen wir stärker als bisher das Instrument unserer Entwicklungshilfe als Instrument der Sicherung nationaler Interessen einsetzen. Und zum zweiten“, so sagt er mit Blick auf die Hardthöhe, „darf die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht mehr allein Aufgabe der Privatwirtschaft sein. Sie soll zunehmend auch Aufgabe staatlicher Vorsorge werden. Unsere Politik zielt bereits in diese Richtung.“ Als Finanzminister hat Hans Apel das Fregattenbauprogramm im Haushaltsplan verabschiedet, als Feldherr hat er keine Skrupel, sie lossegeln zu lassen.

Die ehrgeizigen Pläne des westdeutschen Finanzkapitals bedürfen der Vorbereitung im Innern

Hans Apel weiß wie. Die Losung ist, Militarisierung und Mobilmachung, zunächst in den öffentlichen Diensten, um dann zu neuen Taten zu schreiten: „Was fehlt, ist vor allem die Flexibilität des Einsatzes von Beamten in verschiedenen Positionen und in verschiedenen Bürokratien. Diese Flexibilität müsste geschaffen werden ... die einseitige Verwendung der unterschiedlichen Beamtenhierarchien ... das alles erschwert die Beweglichkeit des Beamtenapparates ...“ Über den mobilen Einsatz von Arbeitsdienst soll auch das Problem der Löhne gelöst werden: „Die zweite Komponente, die Lohn-und Gehaltssteigerung: Hier hat der öffentliche Dienst in den letzten Jahren nicht nur seinen Nachholbedarf aufgefüllt, sondern ... bei der großen Gruppe der normal Verdienenden (nicht den Spitzenbeamten!) einen Besoldungsvorsprung gegenüber den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft erreicht“ (...) „Ich gehe sogar so weit, zu fordern, daß Vorteile, die der öffentliche Dienst nun einmal hat bei der Gehaltsfindung mitberücksichtigt werden müssen.“ Die Löhne, die sich die Arbeiter in den öffentlichen Diensten erkämpft haben, drücken die Bourgeois, sie sind ihnen Hindernis, *allgemeine* Lohnsenkungen durchzuführen. Weiter „in Sachen Beamte“: „So kann ich die Forderung nach einem einheitlichen Typ von Staatsbediensteten – der dann ja auch einheitlich das Streikrecht haben sollte – nicht unterschreiben!“

Sondern gehn tun die Lohnsenkung und Verschärfungen in der Ausbeutung der Arbeiterklasse nur mit umfassender Entrechtung und Unterdrükkung.

Von wegen Apel verstehe sein Werk nicht, „Ich habe niemals Gelegenheit gehabt, mit diesem ‚Lebenskreis‘ in Kontakt zu kommen“, hat er in dem Pferd-Tritt-Buch gesagt. Leber, der Verteidigungsminister, der es „mit den Soldaten hat“ und dem der „Weitblick für die außenpolitischen Notwendigkeiten fehlt“, hat noch einmal am Heer entlangmarschieren dürfen, zum Zapfenstreich. Ein kühler Finanzminister, der genau studiert hat, was das Finanzkapital will, tritt an seine Stelle.

Volker Hauff: „Weltweite Entwicklungen fordern uns heraus“

Volker Hauff ist ein äußerst fleißiger Anwalt der westdeutschen Monopolbourgeoisie. In seinem Buch „Modernisierung der Volkswirtschaft“ schlägt er den westdeutschen Kapitalisten eine Konzeption für ihre Expansion vor. Dieses Werk ist wohl geeignet zur Charakterisierung dieses Burschen. Unter der Überschrift „Weltweite Entwicklungen fordern uns heraus“, geht er mit Elan ans Werk. 3 Probleme sind dabei für ihn von Bedeutung. Er umschreibt sie mit „Strukturänderungen im Weltwirtschaftssystem“. Problem Nr. 1 ist die OPEC, jenes Preiskartell der ölproduzierenden Länder, welches durch Preissteigerungen „für die Industrieländer innerhalb kürzester Frist einen massiven Einkommensentzug zur Folge gehabt“ hat. (Modernisierung der Volkswirtschaft) Problem Nr. 2 ist die Konkurrenz der Länder der 3. Welt in bestimmten Produktionsbereichen, z.B. der Textilbranche. Volker Hauff beschreibt die Bemühungen der Länder der 3. Welt zur Änderung der Weltwirtschaftsordnung als Bemühungen, die dieses System so umgestalten, daß es „für die alten Industrieländer seinen freundlichen und gewinnbringenden Charakter verlieren muß“ (ebenda). Trocken registriert Volker Hauff dieses Problem und zeichnet als drittes Problem auf die „Sättigung des Marktes“. Das ist für ihn so gefährlich, daß er von „Gefahren für die internationale Ordnung“ spricht. Außerdem ist die BRD gefährdet durch protektionistische Maßnahmen anderer Länder. Volker Hauff bemerkt gegenüber dem Nah-Ost-Konflikt: „Viel gefährlicher erscheinen demgegenüber die weniger sichtbaren, schleichenden Verrottungsprozesse der internationalen Ordnung, die sich aus den wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen und Problemlösungsstrategien einer großen Zahl einzelner Staaten entwickeln könnten.“ (Ebenda)

Trotz dieser Probleme sieht Volker Hauff Licht am Horizont. Begeistert verweist er auf die wenigen Streiktage in Westdeutschland, vergißt nicht, anzudeuten, daß seine Partei und sonst niemand dafür verantwortlich ist, und hebt die Spitzenposition der westdeutschen Investitionsgüterindustrie hervor. Das alles kann jedoch nur wirklich gewinnbringend genutzt werden, deutet Volker Hauff nicht unbescheiden an, wenn sein Konzept der „aktiven Strukturpolitik“ zur Anwendung gebracht wird. Nicht genug kann er sich auslassen über die verfehlte, veraltete Erhaltungssstrategie in der Strukturpolitik, die alle Produktionsbereiche gleichmäßig fördert, statt bestimmte strategisch entscheidende. Volker Hauff geht mit kühlem Sachverstand davon aus, daß die internationale Konkurrenzschlacht nur zu gewinnen ist bei Konzentration auf bestimmte Produktionsbereiche. Nebenbei macht er auf die Konsequenzen für die arbeitenden Menschen aufmerksam: „Wir stehen deshalb auch nicht unter dem Zwang, mit allen Mitteln jeden bisherigen Arbeitsplatz sichern zu müssen. Gebraucht wird freilich Mobilität“ (ebenda). Die können die Kapitalisten mit ökonomischem Zwang freilich erzwingen. Ein Arbeitsplatz 200 km entfernt ist besser als gar keiner.

Zwei Instrumente will Volker Hauff eingesetzt wissen: „Umsetzung von Kapital und Arbeit“ in produktive Wirtschaftszweige, Entwicklung neuer Technologie im Dienstleistungssektor. Herauskommen soll eine Spezialisierung der Industriestruktur und ein produktiverer öffentlicher Dienst. Das ist Strukurpolitik mit Hilfe von Forschungs- und Technologiepolitik à la Volker Hauff. Voller Verächtlichkeit mit dem Anspruch eines kühlen Fachpolitikers spöttelt er über die „Ideologen“, jene, die „freie Marktwirtschaft“ propagieren, und die anderen, die auf staatliche Investitionslenkung bauen wollen. Beides muß eingesetzt werden, meint Volker Hauff. Ganz ohne Ideologie kommt er aber auch nicht aus. So wird er fast beschwörend, als er zu der Folgerung kommt: „Gebraucht wird für die lebensnotwendige Veränderung der Wirtschaftsstruktur in der BRD ein Konsensus der Vernunft zwischen Forschern, Technologen, Unternehmern, Fachpolitikern und Arbeitnehmern – das ist keine Idealvorstellung, vielmehr das Gebot der Stunde“ (ebenda).

Volker Hauff empfiehlt staatliche Förderungspolitik schwerpunktmäßig auf

a) Sicherung der Energie-und Rohstoffversorgung

b) technologische Innovationen in ausgesuchten Märkten.

Dementsprechend fordert er „neue Kooperationsformen zwischen Staat, Banken und Industrie bei der Planung und Finanzierung großer Rohstoffprojekte ...“ sowie entschiedene staaliche Förderung bestimmter westdeutscher Konzerne, um die marktbeherrschende Stellung des amerikanischen Konzerns IBM endlich aufs Korn nehmen zu können angesichts „der Schlüsselfunktion der Datenverarbeitung, insbesondere für die Investitionsgüterindustrie“. Das alles bleibt für Volker Hauff jedoch nur die halbe Miete, solange nicht im strukturpolitischen Sorgenkind, dem Dienstleistungssektor, aufgeräumt wird. In diesen Begriff bezieht er sowohl die produktionsbezogenen Dienstleistungen als auch die öffentlichen Dienstleistungen ein. Leidvoll stellt er fest: „In keinem anderen Bereich unserer Wirtschaft ist die Produktivität der eingesetzten Arbeitskraft so gering und in keinem anderen Bereich sind in den vergangenen 2 Jahrzehnten insgesamt so wenig Produktivitätsfortschritte erzielt worden, wie hier.“ (Ebenda) Deshalb sein Interesse an Forschung zur Steigerung der Produktivität im öffentlichen Dienst.

Ein Bereich interessiert ihn dabei besonders. Es ist der sogenannte Informationssektor, den er möglichst als einen Bereich unter einem Dach etablieren möchte. Entstehung, Verbreitung und Verarbeitung von Informationen soll präzise auf die Interessen der Monopolbourgeoisie zugeschnitten werden. Er will „neue Informationstechnologie viel bewußter und präziser als bisher auf die tatsächlichen Interessen- und Machtverhältnisse in den Nutzerorganisationen zuschneiden ...“ (Ebenda) Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen sieht Volker Hauff als wesentliches Problem die „immensen Personalkosten“. Doch auch hier spart er nicht mit beherzten Vorschlägen. Er ist zum Beispiel für die „Einführung von out-put orientierten Leistungsindikatoren als Instrument der Erfolgskontrolle“, d.h. kapitalistische Rationalisierung im öffentlichen Dienst und läuft bei ihm unter der Parole: „Statt der Zahl der Müllmänner sollte die Sauberkeit der Stadt Maßstab der Erfolgskontrolle sein.“ Ferner schlägt er vor, die Struktur der Beschäftigung z.B. von Müllmännern in verschiedenen Städten so anzugleichen, daß Konkurrenz und Steigerung des Arbeitsergebnisses möglich ist. In bezug auf die Hochschule denkt er, wie er sagt, an ein besonders gerechtes System. Die Studenten sollen „durch staatliche Gutscheine ihre Ausbildungsstätte wählen und mitfinanzieren ...“. Ein insgesamt recht kühnes, besonders was den öffentlichen Dienst angeht, abenteuerliches Programm.

Hinzuzufügen bliebe lediglich, daß jenes Buch, welches dieses Programm enthält, herausgegeben wurde von dem „demokratischen Sozialisten“ Günther Grass und daß es erschienen ist in der Reihe „Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis“. Volker Hauff gehört zu dieser Truppe. Er ist Jahrgang 1940, gehört also der Generation an, die in großen Kämpfen gegen den bürgerlichen Staat zur Verhinderung der Notstandsgesetze ihre politische Reife erfahren hat. Volker Hauff gehört zu denjenigen, die sich damals verabschiedet haben mit dem Ruf: Sozialismus geht nur durch den Marsch durch die Institutionen. Nun kann er seine Ankunft vermelden. Der „Marsch“ ist vorläufig zu Ende. Sein Programm verspricht, daß man es in der einen oder anderen Weise mit ihm zu tun kriegen wird. Es spricht allerdings alles dafür, daß es mehr in der „anderen Weise“ sein wird. – (Z.-Red)

Erste Tarifverhandlungen für die sechs VW-Werke ohne Angebot der VW-Kapitalisten

Verhandlung geheim / Die Presse überschlägt sich fast über die gute Konkurrenzlage der westdeutschen Automobilkonzerne / Nächster Verhandlungstermin 26. Februar

Am Donnerstag den 9. Februar fanden die ersten Tarifverhandlungen für die sechs inländischen VW-Werke statt. Der Verhandlungstermin war den Arbeitern nicht bekannt gewesen. Die Verhandlungen sind ohne Angebot auf den 26. Februar vertagt worden. Ziemlich große Pause nach einem Nichts. Wenn die VW-Kapitalisten meinen, „geheime" Verhandlungen würden's bringen – daß sie nichts angeboten haben, läßt sich ja doch nicht und nimmer verheimlichen. Besonders klug ist eine solche Taktik auch gerade nicht, können die Arbeiter daraus doch ablesen: Schmücker sitzt in der Klemme und die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Seit dem 7%-Abschluß der Hafenarbeiter ist es in den VW-Werken klar, daß jedes Angebot darunter ein Streikgrund ist. Inzwischen haben in den Facharbeiterabteilungen mehrere hundert Arbeiter, vermutlich weit über tausend, die Forderung nach Einführung der Lohngruppe 10 unterstützt, da in diesen Abteilungen nur wenige Arbeiter durch die von der Tarifkommission geforderte Vorweganhebung um 10 - 20 Pfennig pro Stunde erhalten würden.

Die VW-Arbeiter sind nicht bereit, die dauernden Lohnsenkungen hinzunehmen, sondern wollen jede Möglichkeit nutzen, um den Lohnstandard zu halten. Schmücker setzt auf Zeitgewinn, um hinter den Verhandlungen in der Metallindustrie in den anderen Bereichen zu bleiben, denn die Konkurrenten des VW-Konzerns auf dem westdeutschen Markt, Opel und Ford, sind in diesen anderen Tarifgebieten. Zwar hat der VW-Konzern hier den Marktanteil 1977 auf 31% gegenüber 28% 1976 anheben können, aber das kann sich schnell wieder ändern, wenn Schmücker Nachteile in der Ausbeutung der Arbeiter hinnehmen muß.

Die VW-Kapitalisten brauchen die Basis für die Expansion auf den Weltmärkten. Auf dem USA-Markt haben General Motors und Ford gerade wo VW mit der USA-Produktion voll einsteigen will, die Preise gesenkt, um gegen die ausländische Konkurrenz vorgehen zu können.

All dies sind einige konkrete Gründe, weswegen die VW-Kapitalisten auf jeden Fall an ihrer festen Absicht werden festhalten wollen, den Lohn der VW-Arbeiter zu senken. Dies sind aber gleichzeitig die Gründe dafür, daß die Kapitalisten einem Streik nicht würden lange standhalten können – deshalb der Versuch, die geplante Lohnsenkung „im geheimen" vorzubereiten. Jeder Streiktag allein im VW-Werk Wolfsburg kostet Schmücker bei 36000 Autos Tagesproduktion mindestens 36 Millionen DM. Zusätzlich hängt von einem Streik in den inländischen VW-Werken auch die Produktion in den Auslandsniederlassungen des VW-Konzerns ab. Im Montagewerk Brüssel mit 2960 Arbeitern und einer Tagesproduktion von ca. 400 Autos könnte die Produktion nicht länger als einen Tag aufrechterhalten werden ohne Nachschub von Einzelteilen aus der BRD. Ebenso im Montagewerk Nigeria, Tagesproduktion 100 Autos (Passat, Audi 100, Käfer), Jugoslawien (Golf) und Südafrika (Tagesproduktion 150 Autos Passat, Audi 100, Audi 80, Käfer und Transporter). Nach Mexiko werden aus dem Werk Wolfsburg täglich Einzelteile des VW-Käfer verschickt. Lediglich im VW-Werk Brasilien, das ein eigenes Modellprogramm herausgibt, könnte die Produktion im vollen Umfang aufrechterhalten werden. Auch die Vorbereitung der Golf-Produktion in den USA gerät durch einen Streik ins Stokken: Täglich werden bereits Fahrzeuge ohne Innehausstattung in die USA geliefert.

Der Verhandlungstaktik , bei der ein Nullangebot herausgekommen ist, können die Arbeiter entgegenwirken, indem sie durch ihre Aktionen die Termine selber setzen. *Bis* zum 26.2., dem nächsten Verhandlungstermin über die Lohnerhöhung: Zusage für die Vorweganhebungen und am 26.2. ein Angebot, das schon um die 7 Prozent sein muß. Das wäre passend. Jeder sieht, daß die Kapitalisten ohne Aktionen der Arbeiter zu nichts zu bewegen sind – das üben sie bei Stahl schon einige Monate – das muß man sich nicht gefallen lassen. Vor allem wo es die VW-Kapitalisten wirklich fett haben. Daß es ohne Streik auch bei VW nichts gibt, hat man bei der ersten Verhandlung schon gesehen. Das soll man den Gewerkschaftsführern, die „sich" immer noch was von reinen Verhandlungen versprechen, schon unter die Nase halten. So viele werden das auch gar nicht mehr sein. All diejenigen, die für Streik sind, sollen sich jetzt auch zusammentun, damit für die Arbeiter etwas herauskommt statt für die VW-Kapitalisten. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Kapitalisten. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Verschärfte Ausbeutung durch neues Akkordlohnsystem

Stuttgart. Seit 1. Januar 1978 gilt bei Daimler-Benz ein neues Akkordsystem. Die gleiche Lohnspanne des alten Systems von 100% bis 135% ist jetzt aufgeteilt in 80% bis 108%. Die neue Einteilung hat 17 Leistungsstufen, das sind fünf Stufen mehr. Die Prozentspanne ist von 35% auf 28% verringert, auf ein Prozent kommt ein größeres Quantum Arbeit.

Bei 25 Arbeitswerten zum Beispiel muß ein Schleifer nach dem alten System je Prozent 0,71 Wellen schleifen, nach dem neuen sind es 0,89 Wellen. Er muß also 0,18 Wellen mehr als vorher machen, um ein Prozent steigen zu können, d.h. in die nächsthöhere Leistungstufe zu kommen. Dadurch verschieben sich die alten Leistungsgruppen zu den neuen so, daß sie sich nicht decken. Zum Beispiel 102% entspricht nach alter Tabelle 127,55%, 103% entsprechen 128,76%.

Das bedeutet: Wenn die Arbeiter früher 128% gearbeitet haben, müssen sie sich entscheiden, ob sie jetzt 102% arbeiten und damit eine Lohneinbuße von 0,45% haben, oder sie arbeiten 103%, damit der Lohn proportional steigt, wobei sie dann aber 0,76% mehr arbeiten müssen. Die meisten Arbeiter handeln nach dem letzten Beispiel, weil sie sich keine Lohneinbuße leisten können. Dadurch verschärft sich der Akkord.

Senkung der Lohnniveaus in den VW-Akkordabteilungen geplant

Wolfsburg. Schmücker nutzt die neue Manteltarifregelung, die festlegt, daß bei Arbeit in einer höheren Lohngruppe diese ab dem ersten Tag bezahlt werden muß, bei Rückversetzung innerhalb von drei Monaten aber auch sofort wieder verlorengeht, zur Senkung des Lohniveaus: Waren bisher an den Bändern immer mehr Kollegen in den höheren Lohngruppen als entsprechende Arbeitsplätze vorhanden waren, als Ausgleich für wegen Krankheit, Urlaub usw. fehlende Arbeiter, so soll dieser „Überhang" jetzt abgebaut werden. Eine ausreichende Zahl von Arbeitern soll für die höheren Lohngruppen angelernt werden, diese aber nicht länger als drei Monate machen, so daß sie die höhere Lohngruppe nur genau für die Zeit ihrer Tätigkeit in dieser Lohngruppe kriegen.

Mit Rationalisierungen machen die Druckkapitalisten riesige Profite – dagegen läßt sich die Einheit der Druckarbeiter im Kampf um mehr Lohn herstellen

Am vergangenen Mittwoch haben die Druckarbeiter gestreikt; 21 Zeitungen konnten daraufhin nicht erscheinen. Die Druckarbeiter haben gestreikt für einen Tarifvertrag, der die Arbeitszeit, die Besetzung und Bezahlung an den Bildschirmterminals regeln soll. Die Spitzensozialdemokraten in der IG Druck und Papier wollten die Druck-Kapitalisten mit dem Streik wieder an den Verhandlungstisch bekommen. Donnerstag war klar: Verhandelt wird nicht mehr. Abends erklärt Leonhard Mahlein: Das Ziel Tarifvertrag wird weiter verfolgt, aber jetzt sollen erst einmal Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden.

Im Oktober 1977 erst wurden alle Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen unterbrochen und wurde die Betriebsvereinbarung bei Gruner und Jahr zurückgenommen, die gegenüber den „Leitsätzen" z.B. eine bessere Bezahlung der Setzer vorsah.

Seit Juni 1975 versucht die IG Druck und Papier mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag zu vereinbaren. Seit der Zeit sind ständig Forderungen verändert worden, haben sich richtige wie Verkürzung der Arbeitszeit an den Bildschirmgeräten auf vier Stunden, Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, Bezahlung nach Maschinensetzerlohn herausgestellt. Dann sind diese Forderungen für Monate in der Zeitschrift „Druck und Papier" nicht mehr aufgetaucht, wurde das Schlichtungsverfahren eingeleitet und wieder zurückgenommen, wurden „Leitsätze" vereinbart und mußten vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier abgelehnt werden.

Weil die Sozialdemokraten des IG Durck und Papier Hauptvorstandes nach der Ablehnung der „Leitsätze" wieder nur noch die Forderungen nach Besetzung der Bildschirme vorrangig mit Setzern, bessere Pausenregelung und Verbot des Fernsatzes für die Redakteure aufgestellt hatten, was einfach *zu wenig* und zu wenig *Neues* ist, konnten die Kapitalisten Nein zu neuen Verhandlungen sagen.

Für die Arbeiter bedeutet die Arbeit an diesen Maschinen noch größere Knochenarbeit als bisher. Der gesteigerten Ausbeutung und der Absicht der Kapitalisten, den Lohn immer weiter zu drücken, kann mit den übriggebliebenen Forderungen nicht *einheitlich* entgegengewirkt werden. Die Kapitalisten sind festentschlossen und in ihrer Front einheitlich, die integrierten Satzsysteme einzuführen.

Bildschirmarbeit – Knochenarbeit . . .

Beim Druck- und Verlagshaus Madsack in Hannover sind 1973 die ersten Bildschirmgeräte für die telefonische Anzeigenaufnahme angeschafft worden. Später welche für die Vertriebsabteilungen. Jetzt sind 22 neue angeschafft worden für die Redaktion und das Korrektorat, geplant ist, bis zum Frühjahr 1979 weitere 60 Bildschirme zu haben, sechs bis acht für Layout- und Autorkorrekturen, zehn bis zwölf für Hauskorrekturen, 30 bis 35 für Text- und Anzeigenerfassung, fünf bis acht zur Steuerung des gesamten Systems. Für die Kapitalisten ist das ein einträgliches Unternehmen:

In der Anzeigenaufnahme werden täglich mindestens 1500 Anzeigen getastet und damit gleich gesetzt. Keine Frau hat pro Tag weniger als 100 Anzeigen gesetzt, an manchen Tagen sind es aber auch 200 bis 300 Anzeigen. Das sind dann auch die Tage, an denen das Computersystem zusammenbricht: Man ist mitten in einer Anzeige, auf einmal tut sich nichts mehr. Anzeige weiter mit der Hand oder Schreibmaschine auf ein Manuskript schreiben und das so lange, bis die Bildschirme wieder laufen. Dann stapeln sich die manuell aufgenommenen Anzeigen und gleichzeitig kommen ständig neue Telefonanrufe mit neuen Anzeigen. Das ist dann spätestens der Zeitpunkt, wo, wenn die Telefonverbindungen schlecht sind oder wenn jemand am Telefon anfängt zu schimpfen, er müsse so lange warten, man den Hörer hinschmeißt.

Diese Tätigkeit verlangt eine viel höhere Konzentration als die herkömmliche Anzeigenaufnahme. Der Arbeiter wird zum Anhängsel der Maschine, automatisch müssen an der richtigen Stelle die verschiedenen Befehle eingegeben werden, Denken stört nur den Prozeß.

Spätestens mittags verschwimmen uns die Zeilen vor den Augen durch das ständige Starren auf den Bildschirm. Kopfschmerzen hat fast jeder, und wer noch keine Brille hat, ist noch nicht lange dabei, abends braucht man eine ganze Zeitlang, um sich wieder ans normale Licht zu gewöhnen. Die Arbeit geht derart auf die Gesundheit, daß im Schnitt ständig drei bis vier Frauen (also über 10%) krank sind.

. . .für die Kapitalisten Quelle zur Vergrößerung des Profits

So wie die Madsack-Kapitalisten große Summen für die Anschaffung des integrierten Satzsystems in Erwartung riesiger Profite nicht scheuen, so tun es auch die anderen Druckkapitalisten nicht: 1976 haben die Druckkapitalisten über 860 Mio. DM investiert, mehr als die Hälfte zu Rationalisierungszwecken, 1964 haben die gesamten Investitionen 430 Mio. DM ausgemacht. In den nächsten fünf Jahren wollen sie 2,5 Mrd. DM für integrierte Satzsysteme ausgeben. Erreicht haben sie damit, daß die Beschäftigtenzahl ständig zurückging, von 220300 1972 auf 189600 1976, daß sich der Umsatz gesteigert hat von 11,1 Mrd. DM 1972 auf 14, 8 Mrd. DM 1976. Der Bruttoumsatz je geleisteter Arbeitsstunde ist im Vergleich der ersten fünf Monate 1976 und 1977 von 53,03 DM auf 62,21 DM gestiegen, und 8% wurde je Arbeitsstunde mehr produziert. Der Profit soll sich vervielfachen durch die geplanten Veränderungen im Satz- und Redaktionsbereich.

Für die Setzer bedeutet die Umstellung auf Bildschirmarbeit, daß sie alle Kenntnisse über Schriftgrade, Schrifttypen, Gestaltungselemente usw. weiter verwenden müssen und zusätzlich weitere Fähigkeiten erwerben müssen, was wegfällt ist das besondere handwerkliche Geschick. Für die Redakteure, daß sie, statt Manuskripte zu tippen, weiterhin tippen müssen und zusätzlich bestimmte Satzbefehle lernen müssen. Dagegen kann man nichts haben. Kämpfen muß man gegen die Intensivierung der Arbeit, die Lohnsenkung und die Entlassungen.

Es kann sein, daß es hier und da gelingt, in betrieblichen Vereinbarungen zu richtigen Festlegungen zu kommen. Es ist auch möglich, daß sich die Druckarbeiter verabreden, den Kapitalisten einen bestimmten Zeitpunkt zur Vorlage einer solchen Betriebsvereinbarung zu diktieren und sonst gemeinsam zu streiken. Aber die Lage ist tatsächlich schwierig. Was ist mit den Angestellten, die schon an Bildschirmgeräten arbeiten und z.B. bei Madsack den Maschinensetzerlohn bekommen? Was ist mit den Druckern? Was, wenn HBV und DJU, wie angekündigt, die „Leitsätze" mit bestimmten Ergänzungen verabschieden? Wie diese Spaltungslinien überwinden? Es geht tatsächlich *nur* im Lohnkampf. Dort, wo alle Druckarbeiter, Angestellte und Journalisten eine einheitliche und geschlossene Front gegen die Druckkapitalisten aufbauen können und streiken können. Dann steht es mit der Durchsetzung der Forderungen nach Siebenstundentag, 35-Stundenwoche, Begrenzung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf vier Stunden auch gleich ganz anders aus. – (N-Red.)



Bremen. Am 9. Februar drückten 2000 bis 3000 Bremer Jugendliche, Schüler, Lehrlinge, Studenten und Lehrer auf einer Demonstration ihre Kampfbereitschaft gegen die Verhältnisse in Betrieben, Schulen und Hochschulen bzw. gegen die Arbeitslosigkeit aus. Während die Reformisten und Revisionisten mit Sprüchen wie: „Die Sauerei ist riesengroß, erst 16 und dann arbeitslos" und mit Bettüchern verkleidet das Gespenst der Arbeitslosigkeit beklagten und das „Recht auf Arbeit" beschworen, drückten viele andere Parolen den Zusammenschluß der Jugend am Arbeitsplatz und in den Schulen aus.

Streikaktionen werden mit Aufstellung von Lohnforderungen verbunden

Die Arbeiter in der Druckindustrie setzen die Streikaktionen gegen die Herabstufung ihrer Arbeitskraft fort. Mehrere Zeitungen sind nicht erschienen. Die Bourgeois schäumen, ungeachtet dessen diskutieren die Arbeiter ihre Lohnforderungen.

Ahrensburg. In der Springer-Druckerei von Ahrensburg mit 2000 Beschäftigten haben von Mittwoch auf Donnerstag die Spätschicht ab 15 Uhr und die Nachtschicht bis 7 Uhr gestreikt.

Bremerhaven. Die Ausgabe der Nordsee-Zeitung vom 9.2.1978 wurde bestreikt. Die Kapitalisten konnten nur eine DIN A 3-Seite als Notausgabe herausbringen.

Westberlin. Bei Mercator wurde am 9.2. von 8 bis 9.30 Uhr die Arbeit niedergelegt. Die Herausgabe der Mittagszeitung „Der Abend" wurde dadurch erheblich verzögert. Während des Streiks wurde auch über die Lohnforderung beraten. Forderungen zwischen 180 und 220 DM wurden als notwendig bezeichnet.

Dortmund. Am 9.2.1978 ist der technische Betrieb der Druckerei Westfalen-Druck für vier Stunden von 16 bis 20 Uhr bestreikt worden.

Bochum. Am 9.2. haben bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) Bochum die Setzer geschlossen ab 16.30 Uhr eine Schicht gestreikt.

Düsseldorf. Von Mittwoch, 8.2., um 14 Uhr bis Donnerstag, 9.2., um 7 Uhr morgens wurde bei der „Rheinischen Post" und bei den „Düsseldorfer Nachrichten" gestreikt.

Kassel. Am 8.2. haben die Arbeiter von „Druck und Verlag" in der Nachmittags- und Nachtschicht gestreikt. Die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" kam am 9.2. als weitgehend schreibmaschinengeschriebene „Notzeitung" heraus, produziert durch die „Redaktion und freiwillige Mitarbeiter aus Verlag und Druckerei . . ."

Felsberg. In der Druckerei Strube sollte zwecks besserer „Auslastung" des Diatronic-Fotosatzgerätes für 2 Monteure und 2 Setzer Schichtarbeit eingeführt werden. Für die Verweigerung dieser Maßnahme bekamen sie im ganzen Betrieb Unterstützung. 6 Arbeiter schrieben einen Brief an die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" und die Gewerkschaftszeitung, damit ihn viele Arbeiter lesen: „Keine Entlassungen durch die neue Technik. Kein Lohnverlust. Fachkräfte der Druckindustrie für die Terminals. Maschinensetzerlohn. Nicht mehr als 4 Stunden täglich an den Bildschirmen. 35-Stundenwoche für alle gleich, bei vollem Lohnausgleich. Verbot der Akkordarbeit. Es gibt einen weiteren Grund, der unsere Kraft hemmt. Die niedrigen Löhne, insbesondere der Hilfsarbeiter, der Facharbeiter im 1. und 2. Gehilfenjahr, die es dem Unternehmer ermöglichen, durch überbetriebliche Zulagen die Belegschaft zu spalten. Das ist wesentliches Ergebnis der niedrigen Prozentabschlüsse der letzten Jahre. Wir schlagen vor im Lohntarifkampf zu fordern: Streichung der unteren Lohngruppen . . . und eine Festgeldforderung in Höhe von 220 DM für alle gleich. Das schließt alle Arbeiter zusammen und schafft auch die Einheit, die wir brauchen, um die anderen Verträge durchzusetzen."

Frankfurt. Alle Abteilungen der Produktion der Frankfurter Societäts-Drukkerei (bis auf die Maschinensetzer) haben bis in die Morgenstunden des 9.2. gestreikt (ca. 6 Uhr). Während des Streiks haben Beschäftigte der Perforatorenabteilung mit einer Unterschriftensammlung für 200 DM auf den Tariflohn begonnen.

Wiesbaden/Mainz. Am 8.2. wurde ab Mittag die Zeitungsgruppe Rhein-Main-Nahe (Mainzer Verlagsanstalt, druckt die Tageszeitungen für Mainz, Bad Kreuznach, Worms, Wiesbaden, Alzey, Darmstadt) bestreikt.

Mannheim/Heidelberg. Beim Mannheimer Morgen Großdruckerei und bei der Heidelberger Verlagsanstalt wurde am 8.2. von ca. 17 Uhr bis 6 Uhr morgens am 9.2.78 gestreikt. In Mannheim gingen alle Abteilungen geschlossen raus. Es wurden sofort Streikposten aufgestellt, um die Rotationer und Nachtarbeiter vom Versand zu informieren. Der Ortsvereinsvorstand der IG Druck Mannheim führte eine Streikversammlung durch, wo der Bezirkssekretär eine kurze Schilderung der Lage gab und der DGB-Kreisvorsitzende Karg die volle Unterstützung des DGB-Kreises zusicherte.

Speyer. Von Mittwoch ab 13.30 Uhr auf Donnerstag bis 5 Uhr früh wurde Klambdt-Druck bestreikt.

Stuttgart. Streik im Druckzentrum Stuttgart: Um 14 Uhr traten die Arbeiter der Tuha in den Streik, ab 17 Uhr streikten auch die Kollegen der „Stuttgarter Nachrichten" und der „Stuttgarter Zeitung" bis Donnerstag morgen um 6 Uhr.

München. Der Vertrauensleutekörper beim Münchner Merkur hat diese Woche alle Gewerkschafter zu einer Sitzung eingeladen, um den Lohnkampf vorzubereiten. Zur Diskussion gestellt wurde: Einheitlicher Markbetrag; Erhöhung um 50 DM wöchentlich für alle, Laufzeit nicht über 12 Monate.

Am 8.2.78 hat die Spätschicht beim Süddeutschen Verlag Streik beschlossen und die Abendzeitung kam am 9.2. nicht raus.

Selbst ein überdurchschnittlicher Fang kann die Existenz der kleinen Krabbenfischer nicht sichern.

Am 9.2. auf dem Husumer Wochenmarkt bei Loof und Sohn kostet das Pfund Krabben 5 DM, vom Arbeitslohn nicht zu bezahlen. 5,10 DM, gerade 10 Pfennig mehr, bekommt ein ruinierter Fischer, der jetzt seine Arbeitskraft als Wachmann verkaufen muß.

Loof ist neben der Fischereigenossenschaft und Uhr der dritte der Husumer Verarbeitungskapitalisten, die den gesamten Ankauf des Krabbenfangs in ihrer Hand haben. 3,50 DM einheitlich für das Pfund würden sie den Fischern jetzt zahlen. Der relativ hohe Ankaufspreis nützt den kleinen und mittleren Fischern nichts, da zur Zeit keine Krabben gefangen werden und die Wintermonate über nur die großen Kutter auf Fang gehen. Ende Februar – Anfang März, wenn die Fangzeit beginnt, fällt der Ankaufspreis. 2 DM werden dann in der Regel gezahlt. Dahinter verbergen sich jedoch erhebliche Preisschwankungen, je nach Fangergebnis. Bei hohen Fangquoten fällt der Preis auf 0,80 bis 0,90 DM.

Ein guter Fang, 800 kg Krabben, bei einem Durchschnittspreis von 2 DM je Pfund, macht 3 200 DM, ein schlechter Fang, 400 kg, würde immer noch 1 600 DM bringen. Im Sommer 1976 lag der Krabbenfang 40 % über dem langjährigen Durchschnitt. Der Preis pro Pfund sank auf 0,90 DM. Um auf 1 600 DM, den Erlös eines schlechten Fanges, zu kommen, mußten die Fischer über 880 kg Krabben abliefern. Je nachdem wieviel die Kapitalisten bieten, die das Monopol im Krabbengeschäft haben, kann selbst durch ein überdurchschnittliches Fangergebnis die Existenz dieser Fischer nicht mehr gesichert werden.

Für die Verarbeitungskapitalisten ist diese Prellerei und Ruinierung direkter Quell der Bereicherung. Wenn die Fänge gut sind, reagieren sie mit Preisverfall. Der Preis wird so gehalten, daß die Fischer in immer größere Abhängigkeit der Verarbeitungskapitalisten geraten, durch die Gewährung von Krediten verschärfen sie weiter ihren Zugriff. Noch einträglicher wird das Krabbengeschäft, wenn, wie bei der Fischereigenossenschaft, dem Hauptaufkäufer der Krabben moderne Kühlsysteme es ermöglichen, größere Mengen an Krabben einzufrieren und im Winter zu Spitzenpreisen loszuschlagen.

Von 25 Kuttern im Husumer Hafen stehen zwei zum Verkauf an. Die Fischer dieser Kutter sind ruiniert worden. Von den übrigen Kuttern ist ein Großteil längst noch nicht abgezahlt. 1,5 Mio. DM kostet ein neuer großer Kutter von 18 bis 22 Meter Länge, der in der Regel von einem Fischer und zwei Helfern betrieben wird. Das Land zahlt einen Zuschuß bis zu 30 % im Höchstfall. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Größe des Kutters und wie lange der Fischer schon auf Fang geht. 30 % der Kaufsumme muß der Fischer selbst aufbringen, sonst bekommt er keinen Zuschuß. Welcher kleine und mittlere Fischer kann das schon? Von 241 Motorfischkuttern an der gesamten Westküste im Jahr 1968 sind 1975 noch 195 übriggeblieben. Die Zahl der Kutter von 10 bis 18 Metern ist im selben Zeitraum von 197 auf 148 zurückgegangen, während die Zahl der Kutter über 18 Meter von 38 auf 45 gestiegen ist. Das Fangergebnis liegt 1974 mit 11341 t lediglich um etwa 300 t über dem Stand von 1965. Auf Dauer werden nur noch die großen Kutter, die mit Kompaß, Echolot, Radar, Funk und Kühlräumen ausgerüstet sind, sich ausreichende Fänge sichern.

War früher die Husumer Bucht das Fanggebiet, so fischt jetzt die Hälfte der Husumer Flotte vor Sylt und liefert den Fang im dänischen Hafen Havneby ab. Die Fangzeit geht die ganze Woche über. Um die fälligen Schulden zu zahlen, Reparaturen vornehmen zu können und die notwendigen Lebensmittel für die Zeit zu sichern, in der nicht gefangen werden kann, sind die kleinen und mittleren Fischer gezwungen, den Arbeitstag maßlos zu verlängern und einen immer größeren Teil des Arbeitstages direkt für die Verarbeitungs- und Bankkapitalisten zu arbeiten. 18 Stunden hat ihr Normalarbeitstag; 37 Stunden in einem durcharbeiten ist schon oft vorgekommen. Die Helfer, die am Fang beteiligt werden, sind zu derselben maßlosen Überarbeit gezwungen. Oftmals wird die Arbeitskraft der gesamten Fischerfamilie herangezogen, um den fälligen Tribut an die Kapitalisten zahlen zu können. – (Bezirk Flensburg-Westküste)



Krabbenfischkutter in Husum   Liegezeit im Hafen während des Winters

BRD-Imperialisten ringen um die Vorherrschaft in der Ausplünderung der nationalen Fischereireserven der EG-Mitgliedsstaaten

Am 5./6. Dezember 1977 waren die Verhandlungen der Agrarminister der EG über die Aufteilung der Fangrechte und -quoten unterbrochen, in der letzten Woche sind die am 16. Januar 1978 erneut aufgenommenen Verhandlungen „ergebnislos" abgebrochen worden.

Gescheitert sind sie an der Forderung Irlands und Großbritanniens nach einer 50-Seemeilen-Schutzzone vor ihren Küsten. Mit der Kreierung des „EG-Meeres" haben sich die europäischen Imperialisten den freien Zugang zu den Hoheitsgewässern der Mitgliedsländer der EG gesichert, um damit zu verhindern, daß nach Island und Norwegen weitere europäische Staaten durch die Errichtung der 200-Seemeilen-Zone vor ihren Küsten den Raubzügen der Imperialisten einen Riegel vorschieben.

Höchstens 12 Seemeilen sollen den EG-Staaten als Hoheitsgewässer zugestanden werden.

Um die weitere Ausplünderung seiner Reichtümer zu verhindern, führt Irland einen hartnäckigen Kampf gegen die europäischen Imperialisten für die Erringung einer 50-Seemeilen-Schutzzone vor seinen Küsten.

Die britischen Imperialisten, die bisher fast uneingeschränkt die schottischen, britischen und irischen Meere plünderten, suchen mit allen Mitteln das Vordringen vor allem ihrer westdeutschen Konkurrenten zu verhindern.

Der Beschluß der Länder der Dritten Welt auf der 3. Seerechtskonferenz, ihre Seehoheitsgebiete auf 200 Seemeilen auszudehnen, hat die Imperialisten ins Mark getroffen. Der Kampf Islands um die 200-Seemeilenzone und seine erfolgreiche Vertreibung vor allem der britischen und westdeutschen Hochseetrawler hat die Konkurrenz zwischen den britischen und westdeutschen Imperialisten weiter zugespitzt.

Gegen die britischen Imperialisten erklärte Landwirtschaftsminister Ertl, „die Bundesregierung werde der deutschen Fischerei ungeachtet der noch nicht abgeschlossenen EG-Verhandlungen in Kürze ihre Fangquoten zuteilen", und „nationale Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müßten, ständen in Übereinstimmung mit dem Verhandlungsergebnis". (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.1978)

Ihre Fischfangflotten werden die BRD-Imperialisten jetzt direkt in die 50-Seemeilenzone der irischen und britischen Gewässer schicken, um die Ausplünderung der Fischreichtümer dort gegen den Widerstand Irlands und Großbritanniens durchzusetzen. Das sind die angekündigten „nationalen Maßnahmen".

Der isländischen Regierung, die nach dem Ablauf des „deutsch-isländischen Fischereivertrages" am 28.11.77 diesen nicht wieder erneuert, drohen die BRD-Imperialisten den Zugang zum „EG-Meer" solange zu sperren, wie Island nicht bereit ist, den europäischen Imperialisten Zugang zur isländischen 200-Seemeilenzone zu gewähren.

Am 16.12.1977 berieten die westdeutschen Imperialisten im Bundesrat den Antrag des Bremer Bürgermeisters Koschnick zur „Entschließung ... der Fischereipolitik". Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die „EG-Regelung" schnell voranzubringen, die vorgesehenen Fangquoten für die BRD-Imperialisten zu erhöhen, einer „Bevorzugung anderer EG-Staaten entgegenzutreten", „Verhandlungen mit Drittländern voranzutreiben", um den westdeutschen Fischereikonzernen den „alsbaldigen Zugang zu den traditionellen Fangplätzen wieder zu eröffnen" und die „Fischereiforschung zur Erschließung neuer Fanggründe" zu intensivieren. Willms erklärte: „Traditionell hatte die deutsche Fischerei ihre Fanggründe außerhalb der Meeresgebiete, die heute der Jurisdiktion der Europäischen Gemeinschaft unterliegen. Island, Kanada und Norwegen z.B. waren und sind Fanggebiete vor Drittländern von allergrößter Bedeutung. Wir haben erlebt, wie diese Staaten ihre Fischereizonen auf 200 Seemeilen ausgedehnt und auf diese Weise Ergebnisse der 3. Seerechtskonferenz vorweggenommen haben." (Zitiert aus: Bericht über die 453. Sitzung des Bundesrates)

Ertl betonte am 7.2.1978 im Norddeutschen Rundfunk nach den gescheiterten Brüsseler Verhandlungen, „nun sei eine Bonner und Brüsseler Doppelstrategie dringend".

Der „Brüsseler" Beitrag zur „Doppelstrategie" ist die Sicherung der Ausplünderung der gesamten 200-Seemeilenzone des „EG-Meeres", die Fangrechte vor den Küsten der europäischen Staaten der EG für den BRD-Imperialismus. Das muß durchgesetzt werden gegen den britischen Imperialismus.

Der „Bonner" Beitrag zur „Doppelstrategie" ist der Griff der BRD-Imperialisten nach den Fischreichtümern von „Drittländern", vor allem der Länder der Dritten Welt und die Anstrengungen, diese Länder durch Wirtschaftsabkommen und Kapitalexport in die Abhängigkeit von der westdeutschen Finanzbourgeoisie zu treiben und die Durchsetzung der 200-Seemeilenzone zu verhindern. Zu diesem Zweck führt der SPD-Abgeordnete Grünenberg aus Bremerhaven, „Fachmann" der Imperialisten für Seerechtsfragen, zusammen mit „Vertretern der Fischereiwirtschaft" Verhandlungen auf den Seychellen im Indischen Ozean vor der Ostküste Afrikas. Koschnick versucht derzeit zusammen mit einer „Wirtschaftsdelegation" mit Neuseeland eine „Partnerschaft" einzuleiten. Ertl rühmte im Bundesrat: „Hier möchte ich beispielhaft die Verhandlungen mit Argentinien anführen. Die Bundesregierung hofft sehr, daß es in allernächster Zeit zu einem Vertragsabschluß kommt ... und daß die Ergebnisse der einjährigen Forschungsphase die Gründung eines gemeinschaftlichen Unternehmens zwischen der deutschen Hochseefischerei und der argentinischen Fischerei ermöglichen. Zu diesem Zweck hat sich die Bundesregierung bereiterklärt, aus dem Bundeshaushalt erhebliche Mittel für die Forschungsphase zur Verfügung zu stellen."

Ähnliche Verhandlungen über „Partnerschaften" führen die BRD-Imperialisten derzeit mit Norwegen, Marokko, Mauretanien und Somalia. Um zu „neuen Kooperationsformen mit Langküstenländern in der Dritten Welt" zu kommen, sichert die Bundesregierung der westdeutschen Fischereiwirtschaft Kapitalhilfe für die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen. „Mit dieser Zusammenarbeit soll fischreichen Staaten Erfahrungen im Fischfang, in der Verarbeitung und im Vertrieb von frischer und gefrosteter Ware vermittelt werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.2.78) Vor allem „Hilfe" möchten die BRD-Imperialisten gewähren beim Aufbau des Fischereiexports dieser Länder. Als „Gegenleistung" fordert das „Partnerland BRD", Garantien über Fischlieferungen. Mit derartigen „Partnerschaftsverträgen" suchen die BRD-Imperialisten die Ausplünderung der Fischreichtümer innerhalb der 200-Seemeilenzone der Länder der Dritten Welt für ihre Fischfangflotte zu sichern, mit Kapitalexport und dem Aufbau von „Gemeinschaftsunternehmen" dem westdeutschen Kapital die Ausbeutung der Arbeiterklasse dieser Länder zu sichern und über Garantieklauseln über Fischlieferungen die Länder unter die Knute des westdeutschen Finanzkapitals zu zwingen.

Erst Ende September 1977 hat Argentinien durch die Aufbringung und mutige Vertreibung des Fischtrawlers der Sozialimperialisten auf ihren Hoheitsgewässern bewiesen, daß es sich der Raubzüge der Imperialisten erfolgreich zu erwehren weiß. – (Z-Red.)

Haben die Schulden den Bauern noch nicht erdrückt, so schaffen es die niedrigen Renten und Altenteile

398 DM Rente bekommt ein Bauer 1978, wenn er über 65 Jahre alt ist und 180 Beitragspflichtmonate in die gesetzliche Altersversicherung für Bauern (Altershilfe) eingezahlt hat. Ist der alte Bauer verschuldet, und kann er durch Verkauf des Hofes gerade die ausstehenden Zinsen tilgen und die Schulden abtragen, oder muß er, weil kein erblicher Nachfolger vorhanden, verkaufen und bekommt keinen ausreichenden Übergabevertrag, der seinen Unterhalt sichert, zustande, ist er gezwungen, von diesen 400 DM und geringen Beträgen aus Verkauf oder Pacht zu leben. Für die Bauern, die einen ertragsfähigen Hof vererben, besteht die Möglichkeit, im gesetzlich anerkannten Hofübergabevertrag mit ihren Nachfolgern auszuhandeln, in welcher Form und Höhe ein Altenteil gewährt wird. Das Altenteil nimmt den größten Teil im Übergabevertrag ein.

Neben geringen Bargeldbeträgen regelt es die Versorgung u.a. mit Naturalien, Bettstelle, freies Wasser, Zugang zu den Ländereien, Mitbenutzung von Telefon, Pkw bis hin zur Festlegung, jeden Sonntag in die Kirche gefahren zu werden. Der Umfang hängt davon ab, was der Hof hergibt, ob er die Alten überhaupt miternähren kann. Bei der Lage der kleinen und mittleren Bauern liegt das meist nicht mehr drin. Daß ein Altenteil trotzdem gegeben wird, liegt daran, daß der Bauer seine Eltern nicht verhungern läßt und nicht den staatlichen Fürsorgestellen in Form von Sozialstationen o.ä. aussetzt. Darauf setzt die Bourgeoisie, wenn sie die Renten kürzt oder die Versicherungen aufweicht.

1957 hat die Bundesregierung das Gesetz über die Altershilfe für Landwirte beschlossen, um „den zusätzlichen Bargeldbedarf des landwirtschaftlichen Unternehmers im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit zu dekken ... Sie (die landwirtschaftliche Altershilfe) sieht daher auch zur Zeit noch von einer vollen Versorgung ab, zumal in der Regel das Recht auf Wohnung, Verpflegung, die Sorge in gesunden und kranken Tagen, durch die zwischen Hofübergeber und Hof - übernehmer abgeschlossenen Übergabeverträge gesichert sind", heißt es in einem Merkblatt der Altershilfeversicherung. Daß dieses Gesetz in den 50er Jahren entstand, ist verständlich. Bis zu dieser Zeit war es in der bäuerlichen Großfamilie üblich, die Versorgung der Alten zu übernehmen, da von Generation zu Generation der Hof an die Kinder vererbt wurde, und der Hof alle ernähren konnte. Nach dem 2. Weltkrieg ging die Bourgeoisie daran, die Landwirtschaft einem „agrarstrukturellen Wandel" zu unterziehen, also im wesentlichen die Kleinbauern und Parzellisten von ihrem Land zu treiben.

Die zunehmende Unrentabilität der Höfe, einhergehend mit der hohen Verschuldung und der daraus folgenden Abwanderung der Jugend vom Lande, entzog den Bauern die Grundlage der Altersversorgung. Eine Alterskasse, in der jeder Bauer pflichtversichert ist, getarnt als Almosen des Staates, um das „Taschengeld" der alten Bauern aufzubessern, wurde notwendig. Mit rund 60 % ist der Staat mit Bundesmitteln an der Versicherungsleistung beteiligt, während die Bauern die restlichen 40 % einzahlen (aus Agrarbericht 77). Dafür mußten sie 1976 einen monatlichen Beitrag von 54 DM aufbringen (1978: 63 DM). Daß der Staat solch hohen Anteil in die Rentenversicherung zahlt, zeigt daß die Gründung 57 ein von der Bourgeoisie zwar teuer bezahlter aber unbedingt notwendiger Schachzug war, um die zu ruinierenden Bauern mit Altengeld zu versorgen, um den Rücken bei ihren Plänen frei zu haben. Sicherlich war dieser Bundeszuschuß auch ein Friedensangebot, denn die gesetzliche Altershilfe konnte nur gegen den enormen Widerstand des Bauernverbandes durchgesetzt werden.

Daß die Bourgeoisie versucht, die Beiträge nach und nach auf die Bauern abzuwälzen, ergibt die prozentuale Entwicklung der Zahlungen. 1965 betrug der Anteil der Bundesmittel noch 75 % (aus: Agrarbericht 1977). Darüberhinaus plant sie, die Altenversorgung mit Hilfe von Sozialstationen durchzuführen, wie dies auch schon für alle Versicherten der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung in der bürgerlichen Presse in Erwägung gezogen wurde. Am 16.1. fordert der Landfrauenverband in der „Neuen Osnabrücker Zeitung": „Die Sozialstationen sollen die Hilfsbedürftigen durch vorbeugende und heilende Maßnahmen verhindern ... in der Sozialstation, besser Sozialzentrum, sollen Hilfen für folgende Kernaufgaben konzentriert werden: Altenhilfe, die Krankenhilfe ... Darin einbezogen müsse auch die Dorfhelferin werden." (Dorfhelferinnen: Frauen, angestellt bei Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband oder ev. Dorfhelferinnen, die bei Ausfall der weiblichen Arbeitskraft auf dem Hof eingesetzt werden). Um das zu fördern, hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 18.1.78 gleich die Landesmittel für die Trägerverbände erhöht, um die Dorfhelferinnen umfassender einzusetzen.

Gegenüber diesen „Sozialmaßnahmen" der Bourgeoisie für die alten Bauern wird es für die gesamte produzierende Bauernklasse darauf ankommen, mit der Arbeiterklasse zusammen eine gemeinsame Rentenversicherung unter eigener Kontrolle zu erkämpfen und allen Spaltungen, wie sie jetzt schon durch die verschiedenen Versicherungen gegeben sind, energisch entgegenzutreten. Die Lage der kleinen und mittleren Bauern gibt allemal die Voraussetzung dafür und macht diesen Zusammenschluß dringend notwendig. – (N-Red.)

Kampf gegen Nacht- und Schichtarbeit im öffentlichen Dienst – wichtige Stütze für den Lohnkampf

7,5 Prozent und Urlaubsforderung beschlossen / Der Urlaub so wichtig wie der Lohn?

Direkt vor und während der Streiks der Hafenarbeiter waren die Kapitalisten, ihre Politiker und Hofschreiber hübsch vorsichtig mit ihren Dreckschleudern gegen den Lohnkampf der Arbeiter. Sie haben zunächst noch einmal vorgezogen, zähneknirschend zu zahlen, statt sich eine Ausweitung des Streiks an den Hals zu holen. Ein paar Tage später fingen sie schon an zu weinen, weil ihnen „die harte Hand Schleyers" gefehlt hätte. Jetzt machen sie sich auf, den erkämpften Erfolg wieder zu demontieren und gegen die Hafenarbeiter, die die Sympathie und Achtung der ganzen Arbeiterklasse haben, mit Gift und Galle zu schießen.

In den vergangenen Wochen haben sie einen „Spiegel"-Reporter losgeschickt, um die erste Portion zu lancieren. Der hat sich diensteifrig ans Werk gemacht. Die Hafenarbeiter bildeten die letzte Zunft, seien also rückständig, „traditionell unstet", verdienten gut, ja machten gar ein „lukratives Geschäft", vor allem bei der Pensumarbeit. Mit Vernunft sei ihnen nicht beizukommen. „‚Gesamtwirtschaftlich, was ist dat?' tönte ein Schauermann vor der Kamera." So der „Spiegel"-Mann mit dem Unterton ignoranter Überheblichkeit. Daß ihr Schmus nicht zieht und die Hafenarbeiter von ihren Interessen ausgingen, ohne sich beirren zu lassen, hat die Bourgeois erbost.

Der Arbeiter fördert das Erz, die Kohle, baut die Häuser, Fabriken, Maschinen und Schiffe, befördert riesige Warenströme über die Kontinente. Der Kapitalist hat seine Krallen drauf und gibt dem Arbeiter nur soviel Lohn, daß er zunehmend dazu gezwungen ist, Extraarbeiten anzunehmen, um leben zu können. Arbeit bei der Nacht, in Wechselschichten. Lukrativ ist das schon; für den Kapitalisten. Damit sein Kapital zu keiner Zeit brachliegt, sondern 16, 24 Stunden, rund um die Uhr an den Maschinen gearbeitet und Mehrwert erarbeitet wird. Ein Kapital, das ihn Hunderttausende und Millionen gekostet hat, für zwei Drittel des Tages nutzlos zu machen, in der Tat unverschämt von den Arbeitern, überhaupt jemals die Fabrik, den Hafen zu verlassen! Um die gleiche Anzahl von Arbeitern nur in Tagschicht zu beschäftigen, brauchte er ansonsten das Dreifache an Maschinerie. Wenn das kein Grund ist!

Wer die Arbeit macht und in Strömen Schweiß läßt, obwohl es Winter ist, der weiß, daß er kaputtgemacht wird, wie es mit keinem Geld auszugleichen ist, und daß diese Arbeit z.B. lukrativ ist für Minister Ehrenberg, der für das Finanzkapital die Renten einspart, wenn wir schon mit 50 oder 60 in die Kiste springen.

Außer niedrigem Lohn wenden die Kapitalisten weitere Druckmittel an, um die Arbeiter „freiwillig" zur Nachtschicht zu zwingen. Im „traditionellen" Umschlag ist die Nachtarbeit nicht regelmäßig. Ständig muß eine disponible Arbeiterarmee zur Verfügung stehen. Der Stauerei-Kapitalist Tiedemann im Hamburger Hafen wendet das System an, einen Teil der Arbeiter um 12 Uhr in der Firma anrufen zu lassen, die dann erst erfahren, welche Schicht sie haben. Oder die Kapitalisten vom Gesamthafenbetrieb schicken mittags um 14 Uhr Arbeiter nach Hause, die um 22.30 Uhr wiederkommen müssen. Obwohl zwei Überstunden als Wegegeld gezahlt werden, ist dieses Umsetzen auf dritte Schicht besonders verhaßt. Die Nacht- und Schichtarbeit im Hafen ist keineswegs durch die Technik des Umschlags erzwungen. Wenn der Bananendampfer z.B. unbedingt in drei Schichten entladen werden muß, dann bloß, weil der Bananenkapitalist um seinen Profit fürchtet. Die modernen teuren Umschlaganlagen und die großräumigen Schiffe drücken auf die Profitrate.

Lohnpolitischer Flankenschutz

Bundeskanzler Schmidt hat gerade das Kabinett umgebildet, um hier Abhilfe zu schaffen und „den Arbeitgebern den lohnpolitischen Flankenschutz" zu geben, den die Finanzhaie verlangen. Sie verlangen ihn ideologisch, politisch und bar auf die Kralle. Z.B. müssen die 32 Mrd. DM für Tilgung der Staatsschuld zurück in die Scheuer. Apel hat noch als Chef des Finanzressorts „unpopuläre Entscheidungen" angekündigt. Sie werden auch in weiterer Verschärfung der Nacht- und Schichtarbeit in den öffentlichen Diensten bestehen.

1976 haben insgesamt 3,5 Millionen Lohnabhängige in Schichtdienst mit Nachtarbeit gearbeitet. In den öffentlichen Diensten neben Nah- und Fernverkehr vor allem bei der Post, in den Krankenhäusern, bei den Gas-, Wasser- und Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen. Und bei der Polizei. Der Stachel ist ökonomischer und politischer Natur: unbezahlte Mehrarbeit, Profit, wie z.B. bei den Arbeitern in den Kraftwerken oder der Transportindustrie, und Schnüffel- und Unterdrückerdienste bei Tag und Nacht. Von der Wiege bis zur Bahre ist der Arbeiter inzwischen umstellt mit sogenannten Beratungsdiensten, Meldeinstituten etc., die jeden Furz registrieren und auf spätere Verwendung abheften. Auch hier strebt die Bourgeoisie den Einsatz rund um die Uhr an, wie heute schon bei der Polizei.

Umwälzungen bei Bahn und Post

Die Bundesbahn steht in scharfer Konkurrenz zu privaten Speditionsfirmen und der Lufthansa. Anfang Februar gab der Präsident der Deutschen Bundesbahn Vaerst bekannt, die Bahn sei dabei, sich im Bereich der kombinierten Transportwirtschaft auf Schiene und Straße einen neuen Markt als Generaltransportunternehmer für Firmen zu erkämpfen. Der Anteil der Schiene am Güterverkehr sank von 1950 bis 1976 von 56% auf 26%. 20000 Arbeiter sind in der letzten Zeit von der Bundesbahndirektion entlassen worden. Weitere Entlassungen sind vorgesehen. Die verbleibenden Arbeiter werden noch stärker in Nacht- und Schichtarbeit ausgepreßt. Schon heute sind diejenigen, die nicht Schicht arbeiten, fast ausschließlich höhere Beamte. Schichten, in denen zwölf Stunden hintereinander gearbeitet wird, sind keine Seltenheit. Zwölf Stunden hintereinander auf Schrankenposten und dann Gesabber von menschlichem Versagen und Strafe, wenn etwas passiert.

Bei der Post wird die bedrängende Konkurrenz der privaten Paketpostzustellerfirmen beschworen, um Nacht- und Schichtarbeit zu verschärfen. In der Post im Hamburger Hauptbahnhof wurde kürzlich ein 57jähriger Arbeiter in den Schichtdienst umgesetzt. Drei Wochen hat er ausgehalten, dann ist es auf dem Bahnhof umgekippt und war tot. Die Arbeiter sagen, daß dies einzig und allein auf die ruinöse Schichtarbeit zurückzuführen sei, und sie von Anfang an dagegen waren, daß der Arbeiter in den Schichtdienst kommt.

Verlängerung des Arbeitstages in den Krankenhäusern

Seit Jahren schon versuchen Maihofer und Vorgänger, den Lohn in den Tarifkämpfen und übers Jahr durch Herabgruppierungen zu drücken, um Nacht- und Schichtarbeit ausdehnen zu können, darüber Stellen einzusparen und Bares für „die Wirtschaft" herauszuschinden. In den Universitätskliniken Göttingen sollen die Tagesschichten auf den Stationen ausgedehnt werden, wie z.B. auf der medizinischen Wachstation geplant, wo ab April von 13 bis 20.30 Uhr von 6.30 bis 14 Uhr gearbeitet werden soll, jeweils eine Dreiviertelstunde länger als bisher. Gleichzeitig soll der Tagesdienst die Nachtschicht mit übernehmen, was bislang Hausfrauen und Studenten gemacht haben, die nun „weggekürzt" werden sollen. Es sollen außerdem nicht mehr sieben Nächte Arbeit und sieben Tage frei, sondern acht Nächte Arbeit und dafür nur noch sechs Tage frei genommen werden. Seit Jahren wird dies schon von der Krankenhausleitung systematisch verfolgt.

Der Kampf gegen Nacht- und Schichtarbeit ist eine wichtige Stütze für den Lohnkampf

In Göttingen haben sich alle Beschäftigten aus dem Pflegepersonal in der Medizin gegen diese neue Dienstzeit ausgesprochen. Der Personalrat unterstützt sie. In Wolfsburg hat die Belegschaft des Krankenhauses sich erbittert gegen die Einführung der Fünfeinhalbtagewoche gewehrt. In Westberlin kämpfen die Hausmeister der Technischen Universität gegen die Einführung von Sonderschichten am Samstag und die Verlängerung des Arbeitstags. Anfang 1976 hat die ÖTV im „ÖTV-Magazin" eine Serie zu Nacht- und Schichtarbeit begonnen, die dann leider nicht fortgesetzt wurde, innerhalb derer auch eine Reihe von Forderungen debattiert wurden, gegen die man nicht sein kann, wie z.B. die Forderung nach einem Tag frei nach jeder Nachtarbeit, nach Einschub von einem Jahr Tagesschicht bei gleichbleibendem Lohn etc. Nicht einverstanden sein kann man damit, daß die Sozialdemokraten die Frage nicht grundsätzlich aufwerfen und das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit fordern bzw. die Beschränkung auf vier Stunden dort, wo es aus von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen notwendig ist.

Die Große Tarifkommission der ÖTV, der Deutschen Postgewerkschaft, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, der Gewerkschaft Landwirtschaft und Forsten, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben jetzt die Tarifforderung für den öffentlichen Dienst beschlossen und Kluncker hat gesagt, die Lohnforderung von 7,5% sei genauso wichtig wie die Urlaubsforderung. Gerade für die Arbeiter, die Schicht arbeiten müssen, ist ein Tag mehr Urlaub oder nicht allerdings von großer Bedeutung. Das meinen wir auch. Ebenso ist aber ein ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag grundlegend, um den Zwang zu Nacht- und Schichtarbeit zu beseitigen und die ökonomische Grundlage für das Verbot dieser Arbeiten für die Arbeiter zu schaffen.

Gerade deshalb ist der Kampf, den die Belegschaften gegen Nacht- und Schichtarbeit führen – gegen die Verschärfung und Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit – eine starke Triebfeder, sich im Kampf um den ausreichenden Lohn auf einen 7-Stunden-Normalarbeitstag zusammenzuschließen und für den anstehenden Lohnkampf den Streik vorzubereiten. – (N-Red.)

haupt jemals die Fabrik, den Hafen zu verlassen! Um die gleiche Anzahl von Arbeitern nur in Tagschicht zu beschäftigen, brauchte er ansonsten das Dreifache an Maschinerie. Wenn das kein Grund ist!

Wer die Arbeit macht und in Strömen Schweiß läßt, obwohl es Winter ist, der weiß, daß er kaputtgemacht wird, wie es mit keinem Geld auszugleichen ist, und daß diese Arbeit z.B. lukrativ ist für Minister Ehrenberg, der für das Finanzkapital die Renten einspart, wenn wir schon mit 50 oder 60 in die Kiste springen.

brennungsanlagen. Und bei der Polizei. Der Stachel ist ökonomischer und politischer Natur: unbezahlte Mehrarbeit, Profit, wie z.B. bei den Arbeitern in den Kraftwerken oder der Transportindustrie, und Schnüffel- und Unterdrückerdienste bei Tag und Nacht. Von der Wiege bis zur Bahre ist der Arbeiter inzwischen umstellt mit sogenannten Beratungsdiensten, Meldeinstituten etc., die jeden Furz registrieren und auf spätere Verwendung abheften. Auch hier strebt die Bourgeoisie den Einsatz rund um die Uhr an, wie heute schon bei der Polizei.

gesschichten auf den Stationen ausgedehnt werden, wie z.B. auf der medizinischen Wachstation geplant, wo ab April von 13 bis 20.30 Uhr von 6.30 bis 14 Uhr gearbeitet werden soll, jeweils eine Dreiviertelstunde länger als bisher. Gleichzeitig soll der Tagesdienst die Nachtschicht mit übernehmen, was bislang Hausfrauen und Studenten gemacht haben, die nun „weggekürzt" werden sollen. Es sollen außerdem nicht mehr sieben Nächte Arbeit und sieben Tage frei, sondern acht Nächte Arbeit und dafür nur noch sechs Tage frei genommen werden. Seit Jahren

Zwang zu Nacht- und Schichtarbeit zu beseitigen und die ökonomische Grundlage für das Verbot dieser Arbeiten für die Arbeiter zu schaffen.

Gerade deshalb ist der Kampf, den die Belegschaften gegen Nacht- und Schichtarbeit führen – gegen die Verschärfung und Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit – eine starke Triebfeder, sich im Kampf um den ausreichenden Lohn auf einen 7-Stunden-Normalarbeitstag zusammenzuschließen und für den anstehenden Lohnkampf den Streik vorzubereiten. – (N-Red.)

ÖTV-Mitgliederversammlung schreibt Brief an die Große Tarifkommission der ÖTV

Hannover. In dem Brief schreiben die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover unter anderem, daß sie die Forderung nach 220 DM, die von ihnen aufgestellt wurde, weiterhin für richtig halten. Den Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz mit dem Vorschlag von 7,5% und 150 DM Mindestbetrag akzeptieren sie. Diese Forderungen wollen sie auch mit Streik durchsetzen und wenden sich entschieden gegen den 3,5%-Vorschlag der Regierung.

Postgewerkschafter für Prozent mit Sockel

Fulda. 33 Delegierte des Unterbezirks III der hessischen Postgewerkschaft haben in Fulda dafür gestimmt, daß die 7,5%-Forderung des Hauptvorstandes umgewandelt werden muß in eine Prozentforderung mit Sockel wegen der unteren und mittleren Lohngruppen. Dafür seien sie zu Kampfmaßnahmen bereit.

Bund gewerkschaftlicher Ärzte gegen Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz

Kiel. Der Bund gewerkschaftlicher Ärzte in Kiel hat dem ÖTV-Kreisvorstand ein Flugblatt vorgeschlagen, daß sich gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und gegen die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen an den Uni-Kliniken Kiel wendet.

Beschäftigte des Krankenhauses Salzdahlumerstraße gegen Kostendämpfung

Braunschweig. Auf der neurologischen Station im Krankenhaus Salzdahlumer Straße liegt ein Patient mit infektiöser Meningitis (Hirnhautentzündung). Vorbeugende Maßnahmen, um eine Ansteckung beim Pflegepersonal oder anderen Kranken zu verhindern, sind dort kaum oder nur schlecht zu treffen. Letzte Woche ist durch die „Braunschweiger Zeitung" bekanntgeworden, daß die Infektionsabteilung der Städtischen Krankenhäuser am Pippelweg über kurz oder lang geschlossen werden soll und die Kranken mit ansteckenden Krankheiten auf normale Stationen aufgenommen werden sollen. Die Station hat den Personalrat aufgefordert, alles zu unternehmen, daß die Infektionsstation nicht geschlossen und in Zukunft keine Hepatitis- und Meningitiskranken von den übrigen Krankenhäusern aufgenommen werden. Außerdem soll der Personalrat eine Untersuchung durchführen, wieviele Patienten mit ansteckenden Krankheiten auf normalen Stationen der Städtischen Krankenhäuser liegen.

Ehrenberg antwortet Ehrenfelder Rentnern

Köln. Acht Rentner aus Köln-Ehrenfeld, vor allem aus der Keplerstraße, hatten in einem Brief an die Minister Maihofer und Ehrenberg gegen die Absicht der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staatsapparats, Tarifabschlüsse von 3,5% unter Dach und Fach zu bringen, geschrieben:

„Derartige Tarifergebnisse wirken sich ja auch auf die Erhöhung der Renten nach 1979 aus. Praktisch wird dann auch für uns Rentner nichts herauskommen, bzw. unsere Rente wird sogar noch gesenkt.

Ehrenberg antwortet Ehrenfelder Rentnern

Köln. Acht Rentner aus Köln-Ehrenfeld, vor allem aus der Keplerstraße, hatten in einem Brief an die Minister Maihofer und Ehrenberg gegen die Absicht der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staatsapparats, Tarifabschlüsse von 3,5% unter Dach und Fach zu bringen, geschrieben:

„Derartige Tarifergebnisse wirken sich ja auch auf die Erhöhung der Renten nach 1979 aus. Praktisch wird dann auch für uns Rentner nichts herauskommen, bzw. unsere Rente wird sogar noch gesenkt.

Der Herr Minister Maihofer sollte der Gewerkschaft ÖTV ein Angebot machen, das nicht unter 7% liegt."

Auf diesen Brief meldete sich Ehrenberg so:

„Das Interesse der Bevölkerung an der Sozialversicherung kommt in einer Vielzahl von täglich bei mir eingehenden kritischen Stellungnahmen oder Vorschlägen zum Ausdruck. Sie können davon ausgehen, daß alle diese Vorschläge, also auch der Ihre, gelesen und auf ihre Verwirklichung im Rahmen der sozialpolitischen Möglichlichkeiten geprüft werden. Ich muß Sie daher um Verständnis bitten, daß es mir zur Zeit nicht möglich ist, im einzelnen zu Ihren Vorschlägen Stellung zu nehmen, und darf sie daher bitten, die weitere Entwicklung abzuwarten."

Daß die Rentner hierzu keineswegs bereit sind, zeigt sich daran, daß eine Rentnerin an der Ehrenfelder Post bei der Rentenauszahlung am 31.1.78 Unterschriften unter folgende Resolution sammelte: „Wir Rentner aus Ehrenfeld, die wir jeden Monat unsere Rente von der Ehrenfelder Post abholen, protestieren energisch gegen alle Pläne der Bundesregierung, die auf eine weitere Senkung der Renten hinauslaufen ... Wir fordern die Erhöhung der Renten auf 75% eines Facharbeiterlohns und die regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen. Die Versicherungskassen müssen unter die Kontrolle der Versicherten, die Kosten müssen ausschließlich von den Kapitalisten bestritten werden.

Neuer Manteltarif für das Friseurhandwerk

Mannheim. Zwischen der ÖTV und dem Landesinnungsverband ist ein neuer Manteltarifvertrag ausgehandelt worden. Die Wochenstundenzahl der Friseure ist von 43 auf 42 herabgesetzt worden. Es gibt fast keine Friseure, die gewerkschaftlich organisiert sind. Entsprechend hoch ist die Arbeitszeit bei einem Lohn von 800 bis 1000 DM netto. Zu den bisherigen 43 Stunden kommen durchschnittlich noch drei bis vier unbezahlte Überstunden.

Anhaltende Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich

Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst in Frankreich stehen in schwierigen Streikkämpfen gegen die Versuche, sie unter verschärfte staatliche Zwangsaufsicht zu stellen und darüber einen Angriff auf die Rechte und den Lohnstandard der ganzen Arbeiterklasse voranzutreiben.

Im Dezember streikten die Beschäftigten der Eisenbahn und der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EDF, im Januar die Bediensteten der Post für verschiedene tarifliche Forderungen. Diese Forderungen waren so wenig einheitlich, wie die Kämpfe selbst. Das war das Ergebnis der ausdrücklichen Festlegungen der sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer, vor den Parlamentswahlen „keine großen Streikbewegungen" zu führen. So das offizielle Resultat des Spitzengesprächs zwischen dem Vorsitzenden Seguy von der CGT, ZK-Mitglied der PCF, und Maire von der CFDT, einem führenden linken Sozialdemokraten. Der Sieg der reformistisch-revisionistischen „Linksunion" bei den Parlamentswahlen im März soll die „Macht des Großkapitals" brechen. Eigenartiger Sieg über das Großkapital, der durch große Streikkämpfe behindert wird. Die französische Arbeiterklasse hat Anlaß, welche der beiden bürgerlichen Koalitionen auch die Wahl gewinnt, sich auf verschärfte Reaktion einzustellen. Das zeigen die gegenwärtigen Kämpfe im öffentlichen Dienst.

Kaum daß der Streik der Postarbeiter Ende Januar ohne Ergebnis beendet wurde (jede Berufsgruppe streikte nach dem Aktionsplan der Gewerkschaftsführungen einen Tag 24 Stunden lang) kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, die noch anhält. Im Postverteilungszentrum von Cretail bei Paris sollte ein junger Teilzeitarbeiter fristlos entlassen werden, weil er durch gewerkschaftliche Aktivitäten aufgefallen war und sich geweigert hatte, während der Pause einen Wagen zu entladen. Gegen diese Entlassung trat am 27. Januar die gesamte Belegschaft in den Streik und besetzte das Amt.

Die Forderungen der Arbeiter waren: „Einstellung des Entlassenen, Beschäftigung aller Teilzeitarbeiter als Vollzeitarbeiter und Umwandlung ihrer Arbeitsplätze in reguläre Dienststellen". Diese Forderungen wurden in zahlreichen anderen Postämtern in der Region von Paris und darüber hinaus aufgegriffen. Mittlerweile beschäftigt die französische Post über 20000 solcher Teilzeitkräfte, darunter – wie auch in diesem Fall – zunehmend arbeitslose Jugendliche im Rahmen staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie sind praktisch Stundenlöhner ohne alle Rechte, ohne Versicherung, jederzeit kündbar und noch schlechter bezahlt als andere Hilfsarbeiter.

Die Gewerkschaften haben die Forderungen aufgenommen. Nachdem das Zentrum von Cretail am 3. Februar von der Polizei geräumt worden ist, standen in den folgenden Tagen im ganzen Land in den Postämtern Belegschaften im Streik. Die in der CGT organisierten Polizisten hatten gegen den Einsatz protestiert und „ihre Solidarität mit allen Arbeitern, die im Kampf stehen, vor allem mit den Streikenden im Verteilungszentrum von Cretail" erklärt. Mehrere tausend jugendliche Postarbeiter demonstrierten am 6. Februar vor dem Postministerium in Paris.

Ebenfalls im Streik stehen seit Anfang Februar die Hafenlotsen vor allem in den normannischen Häfen. Der Streik, der in Le Havre begonnen hat, wo die Lotsen bessere Gehaltseinstufung forderten, weitete sich auf das ganze Land aus, nachdem die Regierung die Marine einsetzte, „um die Paralysierung des Hafenbetriebs zu dieser Zeit der äußerst zugespitzten internationalen Konkurrenz zu vermeiden". Seither wird im ganzen Land der Abzug der Soldaten und die Beendigung des Streikbruchs durch die Marine gefordert.

Am 15. bis 17. Februar sind die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Sozialverwaltung zum Streik aufgerufen. Auch hier nahm die Streikbewegung ihren Ausgang vom Streik der Sachbearbeiter in einigen Pariser Ämtern. Die Forderung ist bessere Gehaltseinstufung. Wie die Sachbearbeiter der Presse mitteilten, verdienen sie zwischen 2400 Francs (Eingangsstufe, gleich 1100 DM) und 3400 Francs (Höchststufe, gleich etwa 1500 DM), brutto wohlgemerkt. Die Angestellten in Paris halten eine zentrale Meldestelle besetzt und haben dadurch einen Großteil der gesamten Sozialverwaltung lahmgelegt. Ihnen haben sich seither andere Ämter in Lyon, Marseille und Brieve angeschlossen.

Streiks gab es Anfang des Monats ebenfalls bei der staatlichen Arbeitsverwaltung, ausgehend vom Arbeitsamt in Grenoble, wo ein dutzend Angestellte, als ihre Arbeitsbedingungen restlos unerträglich wurden, sich andere, weniger genutzte Räumlichkeiten im Amt nahmen. Die Direktion verhängte gegen sie Sanktionen wegen „Arbeitsverweigerung in der Ausübung öffentlicher Funktionen". Daraufhin legte der Großteil der gesamten Belegschaft die Arbeit nieder und drang in eine Sitzung des Amtsvorstandes ein. Dieser ließ die Polizei rufen und fünf der meuternden Angestellten mit Gewalt aus dem Haus schleppen. Diese „Vorfälle von Grenoble" haben allgemeine Empörung hervorgerufen und zu einem Streik der Beschäftigten vor allem im Pariser Zentralamt der Behörde (der Bundesanstalt für Arbeit bei uns vergleichbar) geführt.

Streik schließlich am 9. Februar in allen staatlichen Schauspielhäusern. Die Arbeiter und Angestellten fordern einen einheitlichen Tarifvertrag und Lohnrahmen. Das Bourgeoispublikum war genötigt, sich an diesem Abend des Genusses von Oper und Schauspiel zu entschlagen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Albrecht will zu Entscheidungen über Gorleben und Esensham kommen.

Am 23.1. wurde im Ausschuß für Umweltfragen unter dem Titel: Aussetzung des Baus weiterer Kernkraftwerke ein Entschließungsantrag der SPD behandelt und dem Landtag empfohlen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: Bau weiterer Kernkraftwerke, zügige Entscheidung für Esensham und Gorleben.

Der Landesbezirksvorsitzende des DGB Drescher hat vor der Landesbezirkskonferenz, die dieses Wochenende stattfindet, Schützenhilfe geleistet und will die Konferenz auffordern „aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten den Weiterbau von KKWs zu fordern." Albrecht und sein Innenminister, auf dem Landesparteitag der FDP für eine klare Fortsetzung der Koalition mit der CDU eingetreten, waren letzte Woche bei Innenminister Maihofer. Auf der Tagesordnung stand Gorleben. Gegenüber der Presse ließ Albrecht dann mitteilen: Wir haben Vertraulichkeit vereinbart.

Bezirkskonferenz Hannover des Vereins Christlicher Pfadfinder gegen Grohnde-Prozesse

Die Konferenz hat in einer Resolution an die Landesversammlung gefordert:
Uneingeschränktes Demonstrationsrecht und freie Äußerung unserer Meinung. Wir sind gegen die Verurteilung einiger zufällig herausgenommener Atomenergiegegner. Wir fordern die Einstellung der Prozesse gegen die Teilnehmer der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde!

Göttinger Taxifahrer gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung

Göttingen. Neun Göttinger Taxifahrer haben sich in einer Resolution für die Forderungen: Sofortige Einstellung der Prozesse; sofortige Freilassung aller Angeklagten; Organisations- und Demonstrationsfreiheit; kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo; keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ausgesprochen.

Beschäftigte aus dem Buchhandel unterstützen Forderung nach Urabstimmung für Streik

Heidelberg. Am Mittwoch ging bei dem Betriebsrat der Firma Graubremse eine Solidaritätsadresse von zehn Beschäftigten des Decker's Verlags aus dem Bereich Handel ein, in der sie das 3,5%-Angebot der Metallkapitalisten als provokatorischen Angriff zurückweisen und ihre volle Unterstützung für die Forderung der Metallarbeiter für Urabstimmung und Streik – nicht unter 8% Abschluß ausdrücken.

Sie weisen darauf hin, daß im HBV-Bereich (Handel, Banken, Versicherungen), wo die Tarife zum 31.3. gekündigt werden, 220 DM Festgeld mehr für alle die Forderung sein muß.

Notengebung für Unterrichtsbeteiligung und sonstige Leistungen zurückgeschlagen

Delmenhorst. Mit der Schulleitung abgesprochen hatte der Englischlehrer des 3. Hauptsemesters des Wirtschaftsgymnasiums den Versuch, die Notengebung zu verschärfen: Aufteilung der Zensur in mündlich und schriftlich, nochmalige Unterteilung des Mündlichen in „Unterrichtsbeteiligung" und „sonstige Leistungen", wobei eine hohe Punktzahl in einem mündlichen Bereich durch eine niedrige Punktzahl in dem anderen aufgehoben werden sollte. Die Klasse stand einheitlich dagegen und diskutierte den Streik. Nach drei Unterrichtsstunden war durchgesetzt: Bei der Zusammenfassung der Teilnoten muß zugunsten der Schüler entschieden werden.

Verschärfung der Notengebung

Oldenburg. Am Gymnasium Eversten hat der Lehrer Rebentisch einer 9. Klasse im Biologieunterricht folgendes mitgeteilt: Ab sofort beobachtet er in jeder Stunde fünf Schüler aus der Klasse, deren Namen er aber nicht bekannt gibt, und notiert sich alle ihre Äußerungen und ihr Verhalten. Die so entstandenen Noten will er alle zwei bis drei Monate bekanntgeben. So will er jeden Schüler beständig unter Notendruck setzen. Für ähnliche Unterdrückungsmethoden hat man ihm mehrmals die Luft aus seinem Autoreifen gelassen. Die Schüler beraten jetzt das notwendige Vorgehen.

Mündliche Zensierung im Unterricht verhindert

Braunschweig. Mit Beginn des neuen Schulhalbjahres wollte ein Lehrer an der Technikerschule im Abschlußsemester Fachrichtung Elektrotechnik mündliche Zensuren im Fach elektrische Maschinen und Geräte einführen. Das Fach ist kein Prüfungsfach, die Zensur auf dem Abschlußzeugnis wird aus den normalen Klausuren ermittelt. Der Klassenschnitt von Eins bis Zwei sollte gesenkt werden. Bei einer Aussprache mit dem Lehrer in der Klasse E1 4b hat sich die Klasse einstimmig gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Der Lehrer mußte zurückstekken. Noch in der gleichen Unterrichtseinheit gab er bekannt, daß er in Zukunft in den Arbeiten Sauberkeitspunkte geben will. Der Lehrer führt jetzt Abstimmungen in den Parallelsemestern für die mündlichen Noten durch.

Grohnde-Prozeß: Jetzt nachsetzen!

Presseberichte vor und nach der Demonstration vom 21.1.78/Vorbereitung der Demonstration vom 25.2.78 in Hannover

Vorbereitung auf die Prozesse: *HAZ* 8.1.78

„Daß nur 11 Grohnde-Demonstranten der Prozeß gemacht wird, hängt mit dem Durcheinander an jenem Kampftag zusammen, an dem die Polizei andere Sorgen hatte, als belastendes Material für spätere Prozesse zu sammeln. Die Anklage gegen die elf, die Polizisten mit Stöcken, Sägen und anderen gefährlichen Gegenständen angegriffen haben sollen, stützt sich im wesentlichen auf Zeugenaussagen der beteiligten Beamten, was die Problematik dieser Verfahren nicht gerade mindert. ...

Bis Ostern will Hannovers Justiz die Verfahren abgeschlossen haben, doch das ist wohl mehr ein frommer Wunsch. Nach bewährter Taktik haben sich die Beschuldigten – sie werden von in Demonstrationsprozessen versierten Anwälten vertreten – bisher weder zu den Vorwürfen gegen sie eingelassen noch irgendwelche Entlastungszeugen benannt."

Drei Wochen nach der Demonstration vom 21.1.78 für die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren und für die Aufhebung der Haftbefehle: *NDR-Umschau am Abend*, *9.2.78*

„Im Übrigen zeichnen sich die ersten Beweisschwierigkeiten ab. Ein weiterer Zeuge (der Staatsanwalt, Anm. d. Red.), der sich schon drei Tage widersprüchlich geäußert und häufig lakonisch mit den Worten – das weiß ich nicht mehr – geantwortet hatte, trug auch heute nicht wesentlich zur Klärung bei. Verteidiger, Angeklagte und Kernkraftwerksgegner weisen in allen bislang laufenden Prozessen immer wieder auf Ungereimtheiten hin. Etwa, daß bei einem der Angeklagten der Haftbefehl nur ausgesetzt, nicht aufgehoben wurde, er muß sich drei mal in der Woche bei der Polizei melden. Ein anderer, der Jerry genannt wird, hat bis vor wenigen Tagen in Untersuchungshaft gesessen. Ein halbes Jahr lang. Das Oberlandesgericht Celle hatte einer entsprechenden Haftbeschwerde stattgegeben. Und die Begründung kommt nach Auffassung des Verteidigers dieses Angeklagten einer Rüge des Landgerichts Hannover gleich. Da heißt es nämlich, die 12. Strafkammer hätte selbst erkennen müssen, daß die verbüßte Strafe in keinem Verhältnis zu dem erwarteten Strafmaß steht."

Cellesche Zeitung, 31.1.78:

„Wenn nicht mehr in diesem Jahr, im nächsten wird bestimmt ein Urteil ergehen"

Es geht eigentlich nicht um Beweisnot. Die hat ein Staatsanwalt der Bourgeoisie selten, sondern die politische Lage wurde von der Bourgeoisie so eingeschätzt, daß mehr als elf Anklagen nicht drin sind, von den über 100 Verfahren gegen Kernkraftwerksgegner. Deshalb sind alle bis auf elf Verfahren eingestellt worden.

Zwischen dem 8.1.78 und dem 9.2.78 hat es die Aktionseinheit für die Demonstration am 21.1. gegeben, zu der der KBW sofort gegen die Haftbefehle und für die Einstellung aller Verfahren aufgerufen hatte.

Dieser Schlag hat gesessen. Die Demonstration war kräftig und geschlossen genug, obwohl die Einheit nicht mit allen denen hergestellt werden konnte, die gegen die Prozesse und die Haftbefehle sind, um Erfolg zu haben. Alle Haftbefehle, bis auf den gegen Karl Winter sind aufgehoben, und die Bourgeoisie ist sich nicht mehr sicher, ob sie diese elf Angeklagten hinter Schloß und Riegel kriegt.

Dem Staatsanwalt Borchers, der beim Landgericht für die politischen Verfahren zuständig ist, geht langsam die Luft aus.

Mit einem Knüppel von 8 cm Durchmesser soll Andreas Hanke „mit Schlägen, bei denen er beträchtlich ausgeholt hat", einem Polizeibeamten eine sage und schreibe 3 mm kleine Schürfwunde unter dem Ohr zugefügt haben. Die Polizisten sollen dabei Schulter an Schulter gestanden haben. Der Antrag der Verteidigung, den Tatbestand vor Gericht noch einmal zu demonstrieren, hat das Gericht dann abgelehnt. Richter Rienhoff war ebenfalls dagegen, ein Sachverständigengutachten einzuholen. Warum, das liegt auf der Hand. Helmut Oldefest soll laut Polizeiaussage erheblichen Widerstand bei seiner Festnahme geleistet haben. Der Widerstand, so stellte sich heraus, soll darin bestanden haben, daß er einen Polizisten in den Stiefel gebissen hat. Schließlich war sich der Polizist noch nicht einmal sicher, ob ihn Oldefest in den Schuh gebissen hat oder nicht. Staatsanwalt Borchers wurde wütend. „Man muß sich doch an sowas erinnern können, schließlich wird man nicht jeden Tag in den Schuh gebissen!"

Die Bourgeoisie mußte einen Schritt zurück machen. Die Bewegung hat in ihrem Kampf für die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren und der Aufhebung der Haftbefehle einen Schritt nach vorn gemacht. Wenn bei der Vorbereitung der Demonstration am 25.2. diese Erfahrung der Bewegung zur Grundlage gemacht wird, wird es gelingen, eine entschlossene Demonstration durchzuführen, die ein nächster Schritt ist zur Einstellung der Prozesse. So wird man sich gegen die Bourgeoisie durchsetzen können. – (Bezirk Hannover)

Weg mit den neuen Schulgesetzen

„Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit" – Tarnkappe für die Bund-Länder-Programme zur Zwangsarbeit Jugendlicher in großem Maßstab

Am 17. Februar soll der Bericht der Bundesregierung *„Über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems"* mit den Länderregierungen erörtert werden. Es geht um Ausrichtung und Vereinheitlichung mit den in Schulfragen tormell selbständigen Ländern auf das von der Bund-Länder-Kommission vorgelegte *„Dringlichkeitsprogramm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen"*. Die zusätzlichen Kosten dafür sollen bis 1982 rund 1 Mrd. DM ausmachen. Propagiert als „Dringlichkeitsprogramm zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit" soll es die Kapitalistenklasse in den Genuß der zügellosen und fast kostenlosen Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft bringen, die dazu erforderlichen einheitlichen Maßnahmen auf der Ebene des Bundes und der Länder organisieren.

Die „strukturellen Probleme", die es hat und die weg sollen, sind die Uneinheitlichkeit der verschiedenen Angriffe, die in den letzten Jahren über kommunale, regionale und von der Bundesregierung geförderte Projekte gegen die Jugend geführt worden sind, der hohe Prozentsatz von arbeitslosen Jugendlichen, der den Kapitalisten dabei entgangen ist, die Kosten aus den Versicherungskassen, die futsch sind als Kredite für das Kapital, und die doch viel zu geringe Effizienz für die Anforderungen der Kapitalisten an die Qualität der Arbeitskraft selbst für einfache Arbeit in einem hoch vergesellschafteten Arbeitsprozeß. Dazu die „Hemminisse", die auch nach den letzten Änderungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes noch im Wege stehen für die weitreichenden Anforderungen, die die Kapitalistenklasse mit der Ausbeutung von zusätzlichen hunderttausend Jugendlichen erfüllt sehen will.

Als vordringliche Maßnahmen werden in diesem Programm „Verbesserungen im Bereich der beruflichen Grundbildung sowie der Berufsschulen" bezeichnet für Jugendliche, die ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz bleiben, sowie der „Ausbau der Bildungsberatung von 1394 Stellen im letzten Jahr auf 4338 Stellen bis 1980 (Handelsblatt, 7.2.). Hat der Druck, der von fast hunderttausend arbeitslosen Jugendlichen auf die Kampfkraft und den Widerstandswillen der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterklasse ausgeht, den Widerstandswillen gegen die Verschärfung der Ausbeutung nicht vernichten können, so hofft die Bourgeoisie damit jetzt fertig zu werden, wenn gleichzeitig eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgenommen werden.

Die Änderung der Schulgesetze in den verschiedenen Bundesländern soll die Bedingungen verbessern, um das Bund-Länder-Programm zügig weiterzutreiben; sind eine Reihe von „Vorausbedingungen", damit es klappen könnte, doch bereits geschaffen. Am Beispiel der CDU-regierten Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen zeigt sich, wie die CDU der Schmidt-Regierung Zunder gibt bei der Aufgabe, Zwangsarbeit und Kasernierung der Jugend durchzusetzen, die Schulpflicht mit dem Ende des 10. Hauptschuljahres zu beenden, die von der Jugend hart umkämpften Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes einzureißen, die Rechte der Eltern über Erziehung und Ausbildung völlig niederzumachen. Stattdessen vollständige staatliche Kontrolle und Überwachung.

Mit der ideologischen Vorbereitung für die rasche Durchführung ihres Dringlichkeitsprogramms beginnt die Bourgeoisie, gestützt auf die Arbeitsämter, die Mobilisierung der Lehrer und die bürgerliche Presse, gegenüber den diesjährigen Schulabgängern bereits jetzt. „20 Ausbildungsplätze – 643 Bewerber"; „Traumberufe bleiben oft ein Traum" lauten die Schlagzeilen und „7000 neue Förderungsplätze", mit denen neue Hoffnung in die Verantwortung der Regierung gesetzt werden soll.

Wer als Hauptschüler mit durchschnittlichem Abschluß oder gar als Sonderschüler auf die Arbeitsämter kommt, wird eines besseren belehrt. Gärtnerhelfer, Malerhelfer, Stanzerin und Textilnäherin kommen in Frage. Wer einen kaufmännischen Beruf erlernen will, soll Verkäuferin oder Verkäufer im Einzelhandel werden. 270 Verkäufer, 63 Friseure, 90 Postjungboten, 28 Bäcker sind beim Arbeitsamt Hannover angefordert, bisher bloß sechs Jugendliche waren bereit, Bäcker zu *werden*. Man versteht das Bedürfnis nach Ausbau der „Bildungsberatung".

Albrecht in Niedersachsen hat Konsequenzen gezogen aus den Ergebnissen einer Studie, erstellt an der TU Hannover, mit der das „berufliche Schicksal" von 3303 Schulabgängern 1977 aus den ehemaligen Landkreisen Norden und Aurich aufgeklärt werden sollte. Das Ergebnis war erschreckend: „Bei 842 Schülern ist die berufliche Entwicklung unbekannt, die erhoffte Aufklärung der *Schwundquote* der Schulabgänger am Übergang allgemeinbildender Schulen / berufsbildender Schulen ist auch durch diese Studie nicht gelungen." (Niedersächsiche Wirtschaft, 3/77) Jetzt sollen schon zum nächsten Schuljahresbeginn 250 Beratungslehrer direkt in den Hauptschulen eingesetzt werden, um der Jugendlichen habhaft zu werden, die es *vorziehen* zu jobben, statt in die Fänge des bürgerlichen Staates in Form von „Förderkursen", „Berufsgrundbildungsjahr" und ABM-Maßnahmen beim Deichbau oder gleich unter Heimaufsicht zu geraten.

Damit soll Schluß sein; in Süd- und Südostniedersachsen ist die Teilnahme am Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) teilweise schon obligatorisch, in Niedersachsen soll das BGJ bis in sechs Monaten flächendeckend eingeführt werden, jetzt wo „es möglichst eng und hautnah mit der Wirtschaft durchgesprochen und verzahnt worden ist" (Staatssekretär Engholm, Göttinger Tageblatt, 9.2.). „In 130 Förderungskursen sollen 4200 Jugendliche, die wegen Entwicklungsschwierigkeiten oder Wissenslücken einer Berufsausbildung noch nicht gewachsen sind, auf eine betriebliche Ausbildung vorbereitet werden. Daneben stehen 2800 Lehrgangsplätze für geistig oder körperlich behinderte junge Leute zur Verfügung. Rund 7000 Jugendliche nehmen zur Zeit an nicht weniger als 246 berufsvorbereitenden Lehrgängen teil." (Weserkurier, 17.1.) Für 1977/78. sollen 850 weitere *solche* Ausbildungsplätze geschaffen werden an verschiedenen Standorten, „vor allem dort, wo die Gefahr der Unterversorgung besonders groß sei" (Kieler Nachrichten, 9.2.). Die holsteinische Landesregierung hat für diese Zwecke für 1977/78 2548 Hauptschüler ohne Abschluß, 2211 Sonderschüler und davon wiederum 659 ohne Sonderschulabschluß vorgesehen. 23000 Ausbildungsplätze für rund 32000 Schulabgänger, Zunahme der Haupt- und Sonderschüler, Auffüllung der Reservearmee und genügend Material zur Auswahl für das „BGJ in Normalform", das „BGJ in Kooperation mit" (ohne Rechte als Auszubildender, aber weitgehend im Betrieb) und für das „BGJ in Sonderform" (zweijährig, für „Lernbehinderte" und einzig mit der Versicherung für die, die es durchhalten, dafür einen Hauptschulabschluß zu kriegen).

Bezahlen sollen die Arbeiterfamilien. Die Jugendlichen fordern, daß die neuen Schulgesetze fallen müssen, Bezahlung einer Ausbildungsvergütung, von der sie leben können, einen Ausbildungsvertrag für eine Facharbeiterausbildung, das sind Schritte im Kampf für die Einheitsschule für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr und die Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln durch den Staat. In Kiel haben 2880 Schüler und Arbeiter am letzten Samstag demonstriert, um das Schulgesetz zu Fall zu bringen. – (N-Red.)

Mit erfolgreichem Referendum Inkrafttreten des neuen Abtreibungsverbots in der Schweiz verhindert



Aufführung eines Theaterstücks gegen das Abtreibungsverbot in Basel

62568 Arbeiter und Bauern haben in knapp fünf Wochen in der Schweiz gegen das neugefaßte und verschärfte Abtreibungsverbot unterschrieben und mit diesem erfolgreichen Referendum (Volksbegehren) das Inkrafttreten des Gesetzes am 1.1.1978 verhindert. „Dieser Sieg ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zum Recht auf Abtreibung. Dieser Weg führt heute über die Verwerfung des neuen Gesetzes in der (Volks-)Abstimmung, die auf den 28. Mai angesetzt ist", heißt es im Pressekommuniqué des Referendumskomitees, das in der Schweiz den Kampf gegen das Abtreibungsverbot organisiert. Neben den großen Städten Basel, Zürich und Genf findet der Kampf vor allem unter den kleinen Bauern im Wallis, um Fribourg und im Jura Unterstützung, weil diese das Elend durch Plünderungsgesetze wie jüngst die Milchkontingentierung und durch die Verschuldung bei den Banken drastisch spüren.

Das Referendumskomitee bereitet jetzt eine Plattform zur Vereinheitlichung der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot vor, damit der Kampf weiter entfaltet und das neue Gesetz am 28. Mai zu Fall gebracht wird. – (Ip., Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

So schlecht, wie die Werftkapitalisten vorgeben, steht es mit ihren Profiten nicht

Warnstreik bei HDW/Hamburg

Mittwochs streikten 4500 Arbeiter der Howaldt-Deutsche Werft in Hamburg gegen das Lohnabgebot der Metallkapitalisten von 3%. Tags darauf gab die Geschäftsleitung Kurzarbeit bekannt. Der Betriebsrat hatte zugestimmt. Auf der Betriebsversammlung von HDW in Kiel bemühte sich der Betriebsratsvorsitzende Otto Böhm, sich in seiner Rede länger bei einer ampelmäßig ausgestatteten Werftzufahrt aufzuhalten. Ein weiteres Betriebsratsmitglied trug wirklich schon ellenlang Passagen aus dem Betriebsverfassungsgesetz vor, damit keiner auf den Gedanken käme, der Kampf gegen die Kapitalisten müßte geführt werden. Es sind angestrengte Versuche der Sozialdemokraten, die Werftarbeiter aus den Lohnkämpfen herauszuhalten. Sie stellen mit knapp 70000 Arbeitern von den insgesamt 286000 Metallarbeitern im Tarifbereich des Nordverbundes eine bedeutende Kraft dar, die die Marke von 3% ohne weiteres durchbrechen können.

Das Lohnabgebot von 3% ist den Kapitalisten schon zu viel. Besser ließen sich natürlich die Profite steigern, wenn die Arbeiter nichts erhielten oder noch draufzahlten: „Eine weitere Verschlechterung ihrer Wettbewerbssituation befürchten die auf Schiffsreparatur und -umbauten spezialisierten Werftbetriebe durch die 1978 zu erwartenden Tariferhöhungen in der metallverarbeitenden Industrie. Der anhaltend schwache Reparatur- und Umbaumarkt verlange eigentlich eine Null- oder sogar Minusrunde, meinte der Geschäftsführer der Bremerhavener Hapag-Lloyd-Werft, Klaus Ahlers." (Nordsee-Zeitung vom 3.2.78)

Die Werftkapitalisten stehen in scharfer Konkurrenz: Das ist eine nicht einfach schlechte Situation für den Kampf der Arbeiter: „Mit einem Superrabatt gewann die Krupp-Tochter AG Weser gegen die Konkurrenz von von Blohm & Voss den Großauftrag der Oetker-Reederei Hamburg Süd über die Kühlcontainerschiffe. Blohm & Voss verlor das Biet-Gefecht, weil die Hamburger Werft nicht bereit war, pro Schiff mehr als 7 Millionen DM unter die eigenen Selbstkosten zu gehen ... Die Bremer schlossen zu einem Preis ab, der nach Hamburger Kalkulation einem Verlust von 10 Millionen DM pro Containerschiff gleichkommt." (Spiegel, 2/78)

Die AG Weser-Kapitalisten rechnen damit, durch Konzentration, Rationalisierung und Entlassung die Bedingungen für gesteigerte Profite zu verbessern. Die Arbeiter der AG Weser werden diese Konkurrenzschlacht mit unerträglich gewachsener Ausbeutung zahlen müssen. Ein weiterer Grund, den Lohnkampf zum Erfolg gegen die Kapitalisten zu bringen.

Den Kapitalisten geht es gar nicht so schlecht, wie sie weizumachen versuchen; mehr oder weniger haben sie Aufträge: „Bei der Taufe des 1055 t-Frachters sagte HDW-Direktor Neitzke, daß die Kieler Großwerft rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt habe und nach der Konstruktion von Supertankern auf den Bau von Schiffen umgestiegen sei, wie HDW sie noch vor gar nicht so vielen Jahren in großer Zahl baute und wie sie heute der Markt benötigt." (Kieler Nachrichten vom 1.2.78) Das wird sich dabei um Kriegsschiffe handeln. „Gegen deutsche und japanische Konkurrenz ging die AG Weser bei der Ausschreibung um einen Großponton von 25000 t Tragfähigkeit als ‚Sieger' hervor. Mit diesem antriebslosen Fahrzeug will die Reederei einen neuen Markt erobern, denn die Nachfrage nach Transportmöglichkeiten für große Konstruktionsteile ... ist gewachsen." (Weser-kurier vom 8.2.78) „Es gibt auch positive Aspekte ... Die Linienschiffahrt wird auch 1978 relativ stabil bleiben. Für kleinere Tanker zeichne sich gar die Überwindung der Krise ab ... Die Zahl der beschäftigungslosen Tanker ... ging leicht zurück." (Die Welt vom 10.1.78)

Die Schwarzmeldungen der Kapitalisten: Sie wollen bessere Ausgangsbedingungen für den Konkurrenzkampf mit den Japanern und den europäischen Imperialisten. Und ein Streik könnte ihnen ins Haus stehen. Auf der Betriebsversammlung bei HDW in Kiel wurde der Streik der Hafenarbeiter von mehreren Arbeitern als gutes Beispiel für die Durchsetzung der Forderungen benannt. Die Stimmung ist für Streik. – (N-Red.)

perrabatt gewann die Krupp-Tochter tive Aspekte ... Die Linienschiffahrt letzte Verhandlung vor dem Scheitern ist.

Metall-Warnstreiks im Norden

Hamburg. Die Arbeiter der Abteilung Prüffeld diskutierten Mittwoch und Donnerstag letzter Woche Kampfmaßnahmen gegen die 3%-Provokation der Kapitalisten. Die Vertrauensleute vom Werk Schenefeld vereinheitlichten sich am 9.2. zu einem Vorschlag auf der Vertrauenskörpersitzung, einen Warnstreik durchzuführen. Dies war die Stimmung und der Auftrag der Kollegen. „Der Hafenarbeiterstreik hat uns großen Auftrieb gegeben", war eine in den Werken oft geäußerte Meinung. Streiken sollen die Werke Schenefeld und die Produktionsabteilungen in den Werken Wedel. (insgesamt ca. 800 bis 1000 Arbeiter).

Die Ortsverwaltung der IGM wurde aufgefordert, den Warnstreik mit mehreren Betrieben zusammen zu organisieren. Termin höchstwahrscheinlich zur nächsten Verhandlung.

Die Vertrauensleute haben sich vorgenommen, die IGM dabei zu unterstützen, selbst weiter aufzubauen. Die Jugendvertrauensleute wollen die Jugendversammlung einen Tag vor der Verhandlung für Kampfmaßnahmen nutzen.

Hamburg. In Travemünde verhandelten am 8.2. IGM und Kapitalisten für den Nordverbund. Vereinbart wurde ein gemeinsames Schlichtungsabkommen für den Nordverbund. Die Kapitalisten legten ein 3%-Angebot als „letzte Lösung" vor. Sie erklärten, daß sie ein in anderen Bezirken erstreiktes Ergebnis auf keinen Fall in der Höhe im Nordverbund übernehmen werden. Die nächste Verhandlung ist am 23.2. Die Bezirksleitung der IGM Hamburg schätzt dies so ein, daß dies die letzte Verhandlung vor dem Scheitern ist.

Still, Berzilius straße, Hamburg

Hamburg. Am Mittwoch, den 8.2., wurde von der gesamten Belegschaft (ca. 1400 Lohnabhängige) geschlossen die Arbeit nach der Frühstückspause von 9 10 Uhr bis 9 30 Uhr niedergelegt. Der Vertrauensleute-Vorstand hatte dies organisiert.

Hannover. Bei MF-Hanomag wurden am 9.2.1978 in allen Werkstätten in der Frühstückspause vom Betriebsrat einberufene Versammlungen abgehalten. Die Versammlungen richteten sich gegen das 3%-Angebot der Metallkapitalisten. Besonders betont wurde von den Betriebsräten, daß für die Lohngruppen unter der Lohngruppe 8, in denen die meisten Hanomag-Arbeiter arbeiten, eine Forderung von 107 DM aufgestellt worden ist. Das Angebot der Metallkapitalisten sei ein Lösungsangebot, äußerten sich die Betriebsräte, um das sie nicht mehr verhandeln wollen. Man müsse sich auf einen Arbeitskampf einrichten.

Hannover. Am 16.2.1978 finden die nächsten Verhandlungen zwischen der IG Metall und den Metallkapitalisten im Tarifbezirk Niedersachsen statt. Die Verhandlungen werden in Hannover geführt.

Hannover. Wie der Norddeutsche Rundfunk am 10.2. meldete, wurde in der Nacht vom 9.2. der Tarifvertrag in der Holz- und Kunststoffindustrie Niedersachsens abgeschlossen. Das Ergebnis ist das gleiche wie in Westberlin: 6,35% in zwei Stufen (6% zum 1.1.78 rückwirkend, 0,35 zum 1.6.78)

Benzin- und Ölpreiserhöhung: 7 DM aus Lohn fürs Kapital

BP hat den anderen Mineralölgesellschaften vorgeschlagen, die Benzinpreise um drei bis vier Pfennig je Liter zu erhöhen. Shell hat bereits seit dem 6.2. um einen Pfennig erhöht, und die Bundesregierung ließ am 8.2. verkünden, daß sie die Mineralölsteuer für leichtes Heizöl um zwei Pfennig je Liter (jetzt ein Pfennig) ab 1.4. verdoppeln will. 500 Mio. DM mehr will sie dadurch einnehmen.

Die BP hat den anderen Mineralölgesellschaften vorgerechnet, daß sie gemeinsam bei der Erhöhung der Benzinpreise um nur einen Pfennig schon 150 Mio. DM im Jahr mehr einnehmen würden, bei vier Pfennig, was sie anstreben, also 600 Mio. DM. Die Gründe, die dafür angegeben werden, sind vielfältig und einheitlich gegen die Arbeiterklasse und die Völker der Dritten Welt gerichtet. Für die Benzinpreiserhöhung zum Beispiel werden die Hafenarbeiter und die OPEC-Staaten verantwortlich gemacht.

Neben den Ankündigungen für die Benzinpreiserhöhungen werden in der bürgerlichen Presse dezent Meldungen plaziert, die vom Treffen der OPEC-Länder in Genf berichten und daran erinnern, daß sie sich am 15. Juni erneut treffen, um die Ölpreiserhöhungen zu beraten. In der „Bild"-Zeitung heißt es am 5.2.: „Shell-Pressesprecher H.E. Hanky begründete es (die Erhöhung, d. Red.) ... unter anderem damit: Durch den Hafenarbeiterstreik an der deutschen Küste mußte die Raffinerie in Hamburg-Harburg, eine der beiden Destillationsanlagen der Shell, stillgelegt werden: Ein voller Tanker hatte umdrehen müssen ..." In der Tat, die Hafenarbeiter haben für den Shell-Tanker keine Ausnahme gemacht. Diese konsequente Haltung hat überhaupt bloß die Lohnerhöhung ermöglicht. Tatsächlich aber sind die Benzinpreiserhöhungen ein Versuch, die Überproduktionskrise der Mineralölindustrie auf die Volksmassen abzuwälzen. BP macht den Vorreiter, da sie schlechtere Konkurrenzbedingungen hat als die übrigen, nämlich überhaupt keine billigen Erdölquellen in der BRD. Dadurch konnte sie die Profite der vergangenen Jahre nicht halten. Preiserhöhungen bei gleichzeitigem Abbau der Überkapazitäten schlagen sie vor.

Die Mineralölgesellschaften setzen darauf, daß die Familien einen Pkw brauchen, um überhaupt den Arbeitsplatz zu erreichen. So müssen nach dem Statistischen Jahrbuch 77 76,2% aller privaten Haushalte einen Pkw unterhalten und 3,2% ihres Einkommens für Kraftstoff aufwenden (1972: 2,4%). Nach Fahrpreiserhöhungen bei der Bundesbahn und den meisten Verkehrsgesellschaften ist es nicht möglich, durch Abschaffen des Autos zu sparen, abgesehen davon, daß es wegen der Verbindungen auch oft nicht geht.

Die Haushalte mit Pkw würden durch eine Erhöhung um 4 Pfennig je Liter mit ca. 5 DM belastet. Das sind 5 DM aus dem Lohn der Arbeiter für die Profite der Mineralölindustrie, 600 Mio. DM im Jahr.

Die 500 Mio. DM aus der Erhöhung der Mineralölsteuer auf leichtes Heizöl werde für „energiepolitische Zwecke" gebraucht. Sie ist besonders hinterhältig angelegt, denn leichtes Heizöl wird fast ausschließlich von privaten Haushalten gebraucht. Private Haushalte verbrauchen 86,25% des leichten Heizöls (errechnet nach „Statistik der Energiewirtschaft" vom VDI), Industrie und Verwaltungen brauchen den Rest. Die Bundesregierung kann also sichergehen, daß die Erhöhung die Volksmassen trifft, und das ist auch beabsichtigt. Ausweichen auf andere Brennstoffe ist in den meisten Fällen nicht möglich, und nach Preissteigerungen bei Strom und Gas bringt es auch nichts. Also wird weniger geheizt. Seit den Ölpreiserhöhungen 1973, der sogenannten Ölkrise, ist der Verbrauch von leichtem Heizöl durch private Haushalte gefallen. Er hat bis heute nicht wieder den Stand von 1973 erreicht. Der Anteil, den die Volksmassen von ihrem Einkommen für Heizöl aufwenden müssen, allerdings ist trotz geschonter Literzahl gestiegen. Und zwar von 1972 bis 1975/76 um über 20%.

Die Erhöhung der Mineralölsteuer auf leichtes Heizöl um einen Pfennig wird einen durchschnittlichen Vierpersonenhaushalt mit Ölheizung mit zusätzlich knapp 2 DM im Monat belasten. 2 DM aus Arbeiterlohn für „Energiepolitik", d.h. laut Jahreswirtschaftsbericht der Regierung: „... den Zuwachs des Energieverbrauchs durch sparsame und rationelle Energieverwendung zu begrenzen, den Mineralölanteil an der Energieversorgung zurückzudrängen ... die Energieforschung konsequent fortzusetzen." 500 Mio. DM aus Lohn, davon könnte z.B. ein Drittel der geplanten Ausgaben für Kernforschung gedeckt werden (nach Bundesfinanzbericht 78). Für billige Energie für die Industrie sollen die Arbeiterhaushalte für 2 DM weniger heizen oder halt woanders sparen. – (Z-Red.)

Matthöfer gibt Vorgeschmack auf „Stahlgespräch"

Zum Thema „Technischer Wandel in der Stahlindustrie" hat der frühere Forschungsminister und jetzige Finanzminister Matthöfer auf einer Vertrauensleutekonferenz am Donnerstag letzter Woche in Duisburg gesprochen. 800 Vertrauensleute vor allem von Mannesmann haben an der Konferenz teilgenommen. Sie haben einen Vorgeschmack bekommen auf das „Stahlgespräch", das die sozialdemokratische Führung der IGM mit dem Kanzler haben will. Der Zweck der Rede Matthöfers war, für eine erneute Exportoffensive der Stahlkapitalisten die Trommel zu rühren und die Stahlarbeiter zu spalten. Die Arbeiter sollen mit den Stahlkapitalisten und der ganzen westdeutschen Bourgeoisie zusammen für die „Freiheit des Welthandels" und die „Modernisierung der Stahlindustrie" aufstehen und sich ins Zeug werfen. Bei den Löhnen müsse ein „Mittelweg" gefunden werden zwischen einer unerwünschten Kostensteigerung und einer erwünschten Kaufkrafterhöhung. Der Grund für die unterschiedliche Auslastung der einzelnen Stahlindustriezweige sei nicht nur der Lohn, ein anderer sei die Weltwirtschaftskrise, die Absatzkrise, und der nächste sei eine Strukturkrise der deutschen Stahlindustrie. Jetzt käme es darauf an, die „große Produktivkraft" der geschickten westdeutschen Stahlarbeiter zu nutzen, um „an der Spitze des technischen Fortschritts zu bleiben" und im harten Konkurrenzkampf „unter erschwerten Bedingungen" zu bestehen. Zu diesem Zweck habe sein Ministerium 150 Forschungsprojekte mit insgesamt 120 Millionen DM gefördert.

Was hat es überhaupt mit der „Stahlkrise" auf sich? Richtig ist, daß die Stahlproduktion seit 1974 um 14,2 Mio. Tonnen Rohstahl und 10,1 Mio. Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse zurückgegangen ist. Richtig ist auch, daß die Stahlkapitalisten seit 1974 26000 Arbeiter entlassen haben. Die Meinung, daß es nun den Stahlkonzernen schlecht gehen würde, ist dagegen ganz falsch. In den letzten Jahren haben die Stahlkonzerne zahlreiche Betriebe aufgekauft und sich einverleibt, um die Stahlverarbeitung in die Hand zu bekommen und auch dort Profite zu machen. Am bekanntesten ist die Einverleibung des Rheinstahlkonzerns durch den Thyssenkonzern. Gleichzeitig haben die Stahlkapitalisten in großen Mengen Kapital exportiert, allein seit 1974 991 Mio. DM. Erst jetzt hat der Thyssenkonzern mit dem amerikanischen Budd-Konzern einen der größten Stahlverarbeitungs- und Maschinenbaukonzerne der USA für fast eine Milliarde DM aufgekauft. Von 1974 bis 1976 haben die Stahlkonzerne allein 1058 Mio. DM als Dividende ausgeschüttet, dabei im großen „Stahlkrisenjahr" 1975 313 Mio. DM. Von 1975 auf 1976 haben sie ihre Rücklagen um 291,7 Mio. DM auf 12,7 Milliarden erhöht. Jahr für Jahr haben die Stahlkapitalisten ihre Investitionen gesteigert. 1975 haben sie 2749 Mio. betragen. Thyssen allein hat in den letzten zwei Jahren über 2 Milliarden investiert.

Für 1978 versuchen sich die Stahlkapitalisten jetzt durch weitere Lohndrückerei bei wachsender Auspressung von Arbeitskraft noch bessere Ausgangsbedingungen zu schaffen. Thyssen hat für das laufende Geschäftsjahr bereits 980 Mio. DM beschlossen. „Ihr Schwerpunkt liegt in der weiteren Rationalisierung und Modernisierung unserer inländischen Werke und Fertigungsstätten", heißt es in einer Anzeige des Konzerns.

Woran liegt's, daß die Stahlkapitalisten horrende Profite gemacht haben und weiterhin machen? An der Modernisierung der westdeutschen Stahlindustrie? An der Überausbeutung der Stahlarbeiter durch die Stahlkapitalisten liegt es, der die Modernisierung dient. Auf dieser Grundlage konnten sich die Stahlkapitalisten nicht nur auf dem Weltmarkt ausdehnen, sondern konnten im In- und Ausland ihre Fabrikationsanlagen auf weitere Verschärfung der Überausbeutung spezialisieren. In Schichtarbeit haben die Stahlkapitalisten schon immer ausgebeutet. Sie wissen genau, daß die Profite bloß aus der Ausbeutung der lebendigen Arbeit kommen. Dann haben sie die Contischicht eingeführt, um die Ausbeutung rund um die Uhr und quer durch die Woche zu perfektionieren. Die ständige Ausdehnung der Contischicht, das war eine der Bedingungen für den Exportboom, den die Stahlkapitalisten bis 1974 zustandegebracht haben. Wie halten die Stahlkapitalisten trotz Rückgang der Produktion insgesamt ihre horrenden Profite? Indem sie einen Teil ihrer Anlagen ganz stillegen und am anderen die Arbeiter nach wie vor rund um die Uhr der schärfsten Ausbeutung unterwerfen. Die Kurzarbeit ist ihnen dabei nur ein Mittel, die Ausbeutung zu verschärfen. Im September 1977 waren von 47 Oxygenstahlkonvertern in der BRD bloß 36, von 51 Siemens-Martin-Stahlöfen bloß 29 und von 150 Elektroöfen bloß 128 in Betrieb. Aber an diesen wird die Ausbeutung vorangetrieben. Die Stahlkapitalisten haben Überkapazitäten, das stimmt. Aber sie haben diese Überkapazitäten nur deshalb, weil sie durch Nacht- und Schichtarbeit die Ausbeutung so vorangetrieben haben, daß sie ihre Profitproduktion gegenwärtig mit einem Bruchteil ihrer Anlagen aufrechterhalten können. Ohne diese Ausbeutungsbedingungen, die die Stahlkapitalisten durchgesetzt haben, reichten die jetzt in ihrem Eigentum befindlichen Produktionsanlagen keineswegs aus, um die gegenwärtige Stahlproduktion zu erzielen. Statt Arbeiter entlassen zu können, müßten sie Arbeiter einstellen. Das wird ein „Unternehmer" niemals tun, sagen die Reformisten und Revisionisten und haben die Logik der Kapitalisten so sehr gefressen, daß sie gegenüber der Logik des Klassenkampfes völlig abgestumpft sind. Ein Kapitalist wird das *nie freiwillig* tun, *sondern nur* unter der Bedingung, daß die Arbeiter der ganzen Branche allen Kapitalisten in der Ausbeutung Schranken ziehen und daß sich die Arbeiter international zusammenschließen, um diese Schranken gegen die Ausbeutung allgemein zu errichten.

Wie konnten die Stahlkapitalisten die Ausbeutung rund um die Uhr durchsetzen? Bedingung dafür war und ist der Lohndruck und die Tatsache, daß die Stahlarbeiter ohne Nacht- und Schichtzulagen, ohne Sonn- und Feiertagszulagen zum Leben erst recht zu wenig hätten. Ist der Contischicht aber erst mal durchgesetzt, dann wird sie ein weiteres Druckmittel, um den Grundlohn zu drücken. „Stahltypisch" heißt das Zulagensystem in der Stahlindustrie. Stahltypisch ist, daß ohne Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit kein Auskommen ist. Mit dem Stahl hat das wenig zu tun, viel aber mit dem Heißhunger der Stahlkapitalisten nach Mehrarbeit.

Matthöfer trommelt zur Exportoffensive und zur Unterwerfung unter die Konkurrenz der Kapitalisten. Er singt das Hohelied der Modernisierung der Stahlindustrie. Bei den Löhnen soll ein „Mittelweg" gefunden werden. Den empfehlen auch die Kapitalisten. Aber was bedeuten Exportoffensiven der Kapitalisten für die Arbeiter? Auf dem Höhepunkt der Offensive sind sie bloß noch Material in der Schlacht der Kapitalisten um den Höchstprofit. Kommt die Offensive ins Stocken, dann werfen die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter als zerschlissenes Material auf die Straße. Die Entlassung von älteren Arbeitern und die Frühverrentung soll dann als besonders human gelten. Dann wird „modernisiert", um aus der reduzierten Arbeiterarmee noch mehr herauszuholen. Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben ihren Export bisher vor allem mit billigen Stahlsorten betrieben. Das sieht man daran, daß der Exportanteil in Tonnen die ganzen Jahre höher ist als der Exportanteil in Mark. Jetzt sind sie unter Konkurrenzdruck gekommen, nachdem sie zunächst in der Offensive waren. Die Löhne müssen runter und der Export muß auf bessere Stähle umgestellt werden. Das bedeutet Intensivierung der Arbeit, also Verschärfung der Ausbeutung. Für die Kapitalisten geht es darum, die „erschwerten Bedingungen" der Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch Erschwerung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Stahlarbeiter auszugleichen. Dafür sind ihnen die Gratisforschungen mit Hilfe der Regierung gerade recht.

Einige Vertrauensleute sind auf der Duisburger Versammlung gegen Matthöfers Rede aufgetreten. Vor allem haben sie darauf hingewiesen, daß die Steuergelder für die Stahlkapitalisten nur dazu dienten, Rationalisierungen durchzuführen und Entlassungen auszusprechen. Die Kampfbereitschaft in den Betrieben für die 7% wird dadurch befördert. Entscheidend, um den Lohnkampf zu führen, ist jedoch der Angriff auf die Arbeitsbedingungen, die die Stahlkapitalisten den Arbeitern aufgezwungen haben und die auf den niederen Löhnen beruhen, die ihnen so zum Mittel werden, um die Löhne noch weiter zu drücken. Krise in der Stahlindustrie? An den zu vielen Anlagen liegt sie nicht. Daß diese Anlagen Kapital sind, bestimmt die Produktion, und das Gesetz dieser Produktion heißt: Überausbeutung der Stahlarbeiter, um Höchstprofite zu machen. Jetzt sehen die Stahlkapitalisten die Möglichkeit, diese Überausbeutung nochmal zu steigern. Für die Stahlarbeiter geht es darum, sich durch keinerlei Minister- oder Kanzlerreden davon abhalten zu lassen, diese Überausbeutung zurückzuschlagen und der Ausbeutung Schranken zu ziehen. Der Lohnkampf ist dabei elementar. – (Z-Red.)

„. . .muß die Regierung darauf hinwirken, sich die Unternehmer geneigt zu machen“

Professor Sontheimer zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Von Klassengesellschaft könne heute nicht mehr gesprochen werden, da „der Unterklasse dank eines das Existenzminimum übersteigenden Wohlstandes die Merkmale der Proletarität weitgehend fehlen.“

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse stammen von Professor Sontheimer vom Geschwister-Scholl-Institut an der Universität in München. Er hat sie niedergelegt in seinem Buch „Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Der feine Herr Professor, der hier über die ‚Unterklasse‘ spricht, wie von was Dreckigem, lebt in Wirklichkeit von nichts anderem als von der Arbeit dieser ‚Unterklassen‘, die von der Kapitalistenklasse ausgebeutet wird und die die Professoren aushält. Aufgefallen ist ihm, daß das Lebensniveau dieser ‚Unterklasse‘ noch erheblich über dem liegt, was eigentlich notwendig wäre – dem Existenzminimum:

„Die Konsumgewohnheiten haben sich in der Tat stark angeglichen.“ „Selbst Soziologen, die noch von Klassengesellschaft sprechen, müssen zugeben, daß die Klassenstruktur unscharf geworden ist.“

Der Kapitalist besitzt eine Waschmaschine – viele Arbeiterfamilien ebenfalls – soll Professor Sontheimer da nicht davon reden dürfen, „daß das Konsumniveau sich in der Tat stark angeglichen hat“? Der Unterschied ist nur der, daß bei der Arbeiterfamilie die Waschmaschine am Feierabend laufen muß, weil beide arbeiten, beim Kapitalisten sie dagegen vom Dienstmädchen bedient wird.

Bevor Sontheimer, der führender SPD-Wählerinitiativler ist, der Arbeiterklasse eigene Klasseninteressen zubilligen will, müsse erst ganz anderes Proletarierelend verwirklicht sein: Offensichtlich ist, daß er dabei das offene Massenelend und die Massenhungersnöte der zwanziger Jahre im Auge hat. Damit will er den Studenten weismachen, inzwischen gebe es keine Verelendung mehr, und genieße die Arbeiterklasse „weitgehenden wirtschaftlichen Wohlstand“.

Dabei ist diese Lüge noch nicht einmal die wesentliche.

Das entscheidenden Merkmal der Arbeiterklasse, Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, Repräsentant der fortgeschrittenen Produktionsweise zu sein und unter der Bedingung
weise zu sein und unter der Bedingung
der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln von den Kapitalisten ausgebeutet und des herausgepreßten Mehrwerts beraubt zu werden, hat Sontheimer so beseitigt. Für ihn ist Kennzeichen der ‚Proletarität der Unterklasse‘ das Elend. Die Interessen der Unterschicht seien nur auf immer mehr Konsum ausgerichtet. Nur so kann er, nachdem er bewiesen hat, daß die Arbeiterklasse nicht mehr existiert, auch daß revolutionäre Kämpfe der Studenten keine Perspektive haben, darauf kommen, daß der Staat das eigentlich nützliche Instrument ist, mit dem durch Umverteilung mehr Gerechtigkeit in die Welt zu bekommen ist.

Damit das gelingt, sind einige kritische Worte zur „ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“ nützlich. So hat sich Sontheimer den Ruf erworben, kritisch zu sein, und er kann dazu übergehen für den Sozialstaat zu trommeln:

„Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik ist also eine auf der Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln fungierende kapitalistische Wirtschaftsordnung, deren etwaige Auswüchse durch staatliche Interventionen zur Kontrolle des Wirtschaftsablaufes, durch soziale Leistungen des Staates und durch eine begrenzt wirksame Politik der Vermögensstreuung nach Möglichkeit korrigiert werden.“

Für das Wirken des Sozialstaates gibt Sontheimer das Motto aus:

„. . .allen etwas gebend – den einen mehr, den anderen weniger – sodaß der soziale Friede gewahrt bleiben kann.“

Auf den bürgerlichen Staat, mit dem die Kapitalistenklasse sie selber unterdrückt und ihre Lebensbedingungen auf ein Hungerniveau herabdrückt, sollen die besitzlosen Studenten ihre Hoffnungen setzen. Sontheimers Vorlesung dient der Heranziehung von reformistischen und revisionistischen Bourgeoiskadern. Ist ein Student bereits Mitglied einer solchen Organisation, braucht er seine Gesinnung nicht mehr mit Notendruck zu läutern und erhält von Sontheimer den Schein geschenkt und ggf. auch eine Assistentenstelle.

Hat Sontheimer die Arbeiterklasse erst in eine ‚vielschichtige Unterklasse‘ verwandelt und den Sozialstaat propagiert, hat er schon viel getan zur Verhinderung der wachsenden Einheit zwischen den Kämpfen der Studenten und der Arbeiterklasse.

Jetzt kann er dazu übergehen die positiven Aufgaben des Staates festzulegen, auf die es der Kapitalistenklasse vor allem ankommt und wozu sie Lehrer und Beamte braucht, die das gegen die Volksmassen vertreten sollen:

„In Zeiten der Rezession muß die Regierung in besonderer Weise darauf hinwirken, sich die Unternehmer geneigt zu machen, damit sie wieder investieren und sie muß die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen dazu anhalten, tarifpolitisch maßvoll zu bleiben.“

Damit ist nicht gesagt, daß das zu anderen Zeiten nicht genauso ist.
deren Zeiten nicht genauso ist.

In dem Augenblick, in dem Sontheimer zu den positiven Aufgaben des Staates kommt, im Lohnkampf die Arbeiterklasse zu unterdrücken, kommt Sontheimer in Widerspruch zu den eigenen Aussagen in den früheren Kapiteln, weil er sagen muß, wessen Lohn gekürzt werden soll: Der Widerspruch ist der, daß er für eine Arbeiterklasse Lohnsenkung propagieren muß, und dabei immerhin von Arbeitnehmerinteressen spricht, für eine Arbeiterklasse, die es nach seinen eigenen Untersuchungen mit eigenen Klasseninteressen gar nicht geben dürfte. (S-Red.)

Ergebnisse zu den Studentenparlamentswahlen

Hochschule		Rechte (RCDS, SLH etc.)		Revisionisten (MSB, SHB)		Jusos		LHV		Opportunisten (1)		Basisgruppen Spontaneisten		KSV, KSB/ML		Aktionseinheit (von KHG oder KSB unterstützt)	
		Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Universität	78	1631	29,6	1177	21,3	–	–	1220	22,1	–	–	–	–	–	–	1483	26,9
Kiel	77	1410	27,9	207	4,1	2073	41,0	531	10,5	–	–	–	–	33	0,6	802	15,9
Universität	78	1966	17,7	4751	42,8	2501	22,5	1478	13,3	1107	10,5	–	–	–	–	412	3,7
Hamburg	77	1504	12,7	4839	40,1	2828	23,9	2099	17,8	1160	10,4	–	–	143	1,2	335	2,8
Universität	78	81	3,7	647	29,4	350	15,9	25	1,1	495	3,5	347	15,8	–	–	266	12,1
Bremen	77	74	4,0	612	33,0	385	18,5	–	–	–	–	508	27,0	35	1,5	227	12,0
HFSS	78	–	–	216	48,6	52	11,7	–	–	65	14,6	37	8,3	–	–	71	16,2
Bremen	77	–	–	213	46,1	73	15,4	–	–	76	16,1	–	–	–	–	96	20,3
Universität	78	453	42,6	95	9,0	218	20,4	–	–	130	12,2	–	–	–	–	168	15,9
Osnabrück	77	240	32,1	146	19,5	230	30,8	–	–	–	–	–	–	–	–	130 -	17,4
Universität	78	141	9,2	628	40,9	262	17,0	178	11,6	–	–	326	21,2	–	–	23	1,5
Oldenburg	77	126	7,3	665	37,8	277	15,7	218	12,4	–	–	472	26,8	–	–	39	2,2
TU	78	998	28,0	597	16,3	538	15,2	–	–	–	–	828	23,3	–	–	612	17,2
Braunschweig	77	1281	36,5	442	12,5	588	16,7	–	–	–	–	1212	34,3	–	–	265	7,5
TU	78	995	23,4	659	15,6	1524	36,7	697	16.6	–	–	–	–	95	2,3	95	2,3
Hannover	77	966	23,5	741	16,5	1888	42,0	570	12,7	–	–	–	–	67	1,5	126	2,8
Universität	78	3656	39.6	455	5,0	1980	21,5	–	–	2144	22,2	577	6,5	45	0,5	218	2,4
Göttingen	77	2584	36,3	621	8,7	–	–	–	–	2499	35,1	1032	14,4	35	0,5	352	4,9
Universität	78	5092	45,2	2320	20,8	2380	21,4	722	6,5	–	–	–	–	–	–	592	5,3
Münster	77	5488	43,4	2825	22,3	3248	25,7	760	6,0	–	–	–	–	74	0,6	355	2,8
Fachhochsch.	78	119	12,4	491	50,6	136	14,2	–	–	–	–	121	12,5	–	–	77	7,9
Münster	77	–	–	341	44,3	329	42,8	–	–	–	–	–	–	–	–	99	12,9
Universität	78	177	7,9	558	25,0	429	19,2	211	9,4	183	8,2	670	30,0	–	–	–	–
Bielefeld	77	141	6,6	432	20,3	371	17,5	352	16,6	255	12,0	567	26,8	–	–	–	–
Fachhochsch.1	78	–	–	–	–	–	–	283	60,2	–	–	–	–	–	–	187	39,8
Mainz	77	–	–	–	–	–	–	290	51,8	–	–	–	–	–	–	270	48,2
Universität	78	1908	25,5	639	8,6	641	8,8	622	8,3	–	–	3345	45,4	89	1,2	161	2,1
Frankfurt	77	2,248	27,5	810	9,9	1075	13,1	878	10,7	602	7,4	2868	27,7	49	0,6	213	2,6
AFH	78	–	–	210	31,1	–	–	–	–	–	–	452	67,0	–	–	12	1,7
Köln	77	–	–	197	37,7	–	–	–	–	–	–	325	62,3	–	–	–	–
PH	78	–	–	540	58,1	–	–	–	–	–	–	231	24,0	–	–	95	10,2
Köln	77	–	–	866	54,7	–	–	–	–	–	–	143	9,3	–	–	93	6,0
Universität	78	7647	62,9	2729	22,5	–	–	907	7,5	258	2,1	575	4,7	–	–	23	0,3
Bonn	77	6939	49,8	3070	22,0	2262	16,5	817	5,9	297	2,0	462	3,3	–	–	39	0,3
Universität	78	–	(2)	205	15,4	304	22,9	81	6,1	–	–	697	52,7	–	–	36	2,6
Erlangen	77	–	(2)	300	66,6	150	33,3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Universität	78	–	(2)	843	26,2	–	–	–	–	208	7,2	352	9,2	–	–	1268	37,7
München	77	–	(2)	1300	50,8	–	–	625	24,0	70	2,7	250	9,8	315	12,3	–	–
Universität	78	695	13,5	1066	20,8	2058	40,1	902	17,5	832	17,4	–	–	–	–	420	8,1
Freiburg	77	4505	34,7	1368	10,5	2738	21,1	1868	14,4	652	5,0	1837	14,2	–	–	536	4,1
Gesamt	78	25558	30,0	18826	22,1	13373	15,7	7326	8,6	5482	6,4	8558	10,0	229	0,3	5910	6,9
	77	27506	28,9	19995	21,0	18515	19,4	9008	9,5	5583	5,9	9676	10,2	751	0,8	4145	4,3

Diese Tabelle erfaßt nicht alle Orte, an denen Wahlen stattgefunden haben. Sie gibt aber einen Überblick über die wesentlichen Ergebnisse.

(1) Unter dieser Rubrik haben wir gefaßt: KB (Nord), SB, MG (Marxistische Gruppe), KHB (Arbeiterbund München). Es hat innerhalb dieser Rubrik eine starke Verschiebung zugunsten des SB und zu Ungunsten des KB (Nord) gegeben.
(2) An den Wahlen hat sich der RCDS nicht beteiligt, weil die Wahlen von der Staatsmacht verboten waren. Er hat zum Boykott aufgerufen.
An der Universität Freiburg haben die Jusos 1978 nicht kandidiert. Die Stimmen für die Liste der GEW-Studentengruppe wurden den Jusos zugerechnet.

In diesem Semester haben an der Mehrzahl der Hochschulen die Wahlen zu den Studentenparlamenten und damit zu den Allgemeinen Studentenausschüssen stattgefunden. Sie haben stattgefunden während oder kurz nach dem bundesweiten Streik der Studentenbewegung. Dieser Streik hatte kein einheitliches Kampfprogramm. Im Streik hat sich dieses Kampfprogramm erst herauskristallisiert. Aber es konnte die notwendige Einheit für die Durchsetzung der Forderungen der
Studentenmassen gegen die Spaltung
Studentenmassen gegen die Spaltung durch Reaktion und Opportunismus nicht durchgesetzt werden.

Die Forderung nach der Bezahlung eines kostendeckenden Ausbildungsentgelts statt der elenden BAFöG-Förderung, die Forderung nach der Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft, als allein dem Willen der Studenten unterworfene Vertretung, wurde auf fast allen Vollversammlungen erhoben.

Jetzt waren die Wahlen. Sie ergeben folgendes Bild: Die Instituts- und Fachschaftsgruppen, die die Forderungen der Studentenmassen nach Bezahlung und Koalitionsrecht vertreten, deren Forderungen und Aufbau von den Studentenorganisationen des KBW propagiert und unterstützt wird, haben Fortschritte gemacht. Sie haben große Fortschritte da gemacht, wo es gelungen ist, die Aktionseinheit der Studenten herzustellen und, entgegen allen bürgerlichen Organisationen, in der Studentenschaft die notwendigen Forderungen gegen den bürgerlichen Staat zu erheben. Das ist so in München, in Kiel und auch in Braun-
chen, in Kiel und auch in Braun-
schweig. Da, wo die Spaltung der Studentenbewegung nicht überwunden werden konnte, wo vielmehr diese Spaltung noch vertieft wurde, da haben die Vertreter der Reaktion Stimmen gewinnen können. Und auch die Jusos und der LHV. Die haben als Parteiorganisationen der Regierung kandidiert. Nicht daß sie nicht ihre Differenzen zur Regierung haben durchblicken lassen. Aber sie haben kandidiert dafür, daß man sich der SPD respektive FDP zum Zwecke der Novellierung der gesetzlichen Unterdrückung der Studentenmassen anvertrauen solle. Sie haben damit Stimmen gewonnen.

Die Revisionisten haben auch für dieses Programm kandidiert. Nur haben sie dabei Stimmen verloren, denn wer traut der DKP schon Novellierung zu. Insbesondere wo die ASten von den Opportunisten à la KB (Nord) oder Spontaneisten geführt wurden, hat deren Bankrott zur Stärkung der bürgerlichen Parteiorganisationen geführt. Das Ergebnis der Wahlen in Göttingen ist da das deutlichste Beispiel.

Der Opportunismus führt in die Niederlage, das hat schon der Streik bewiesen. Was die Wahlen deutlich machen, ist, daß es möglich ist, daß die Studentenbewegung sich gegen die Reaktion im Kampf um die Forderungen eint und Fortschritte erzielt, wenn die Grundlagen und Ziele des Kampfes geklärt und der Opportunismus bekämpft wird. Die VDS-Mitgliederversammlung stellt daher die Aufgabe, aus den Erfahrungen des Streiks und der Studentenparlamentswahlen zu lernen und Fortschritte in der Einigung um die Forderungen der Studenten gegen den bürgerlichen Staat zu erzielen.

Kämpfe der indischen Studenten

Studenten der Universität Lucknow, der Hauptstadt des indischen Bundesstaates Uttar Pradesh, haben den Abbruch der Wahlen zur Studentenvertretung erzwungen. Die Wahlen werden unter Staatsaufsicht durchgeführt und werden von den Studentenorganisationen der regierenden Parteien mit großem finanziellem und propagandistischem Aufwand durchgeführt. Die Studenten, die den Abbruch der Wahlen erzwangen und die in der bürgerlichen indischen Presse als asoziale Elemente bezeichnet wurden, haben die Wahlen als eine Farce angegriffen. Die Polizei hat versucht, die Bewegung mit Knüppel zu unterdrücken. 150 Studenten wurden festgenommen. Die Universität wurde für 4 Tage geschlossen und die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Staatsuniversität von Kerala ist seit dem 20. Januar geschlossen, um die Studentenbewegung zu unterdrücken, die eine Senkung der Prüfungsgebühren fordert. Die Prüfungsgebühren waren unter dem von der Regierung Gandhi verhängten Ausnahmezustand um mindestens 50%, teilweise um mehrere hundert Prozent erhöht worden. Die Erhöhung deckte fast vollständig das Defizit der Universität ab, das ein Fünftel des Gesamthaushalts beträgt. Die Studenten fordern die vollständige Rücknahme dieser Erhöhung. Die Universität wurde geschlossen, nachdem es der Polizei nicht gelang, die Demonstrationen der Studenten gewaltsam zu unterdrücken.

TU-Präsident Berger – ein imperialistischer Wissenschaftler

Westberlin. Am 8.2. fand auf Vorschlag der KHG an der TU ein Tribunal gegen die Forschung der Imperialisten an den Westberliner Hochschulen gegen den Befreiungskampf der Völker statt.

Der Präsident der TU, Berger, selbst Propagandist bewaffneter Abenteuer zum „Schutz investierten Kapitals“, Aufsatzschreiber „Auf den Fersen Amerikas“ und ehemaliger Ministerialdirigent im BMFT zuständig für Forschungsplanung, hat diese Veranstaltung verboten. Nicht nur den Raum hat er nicht rausgerückt, weil es „nicht zu den Aufgaben der studentischen Gremienmitglieder (die den Raum beantragt haben) gehört, den bewaffneten Befreiungskampf zu unterstützen“, sondern er hat auch während der Agitation für diese Veranstaltung einen Studenten verhaften lassen, der ein Zitat aus Bergers Schriften an die Wand der TU gemalt hat, neben einem Bild, das Kanzler Schmidt im Matrosenanzug, den Säbel auf Afrika richtend, zeigt.

Der Student soll wegen Staatsbeleidigung angeklagt werden.

Seine erklärte Absicht, die Durchführung der Veranstaltung in der Haupthalle der TU mittels Polizei zu verhindern, konnte er nicht durchsetzen. Ca. 250 waren gekommen. Nach einer kurzen Kundgebung demonstrierten sie zum Kranzlereck, wo eine weitere Kundgebung stattfand.

Insgesamt wurden bei der Aktion 509,96 DM gesammelt.

Unterschriftensammlung gegen Approbationsordnungsnovelle

Erlangen. Am medizinischen Fachbereich werden in der Vorklinik zur Zeit Unterschriften gesammelt unter einen Brief, der Ministerpräsident Goppel auffordert, am 17. Februar im Bundesrat gegen die Approbationsordnungsnovelle zu stimmen. Weiter treten die Unterzeichner bei Verabschiedung der Novelle für den Aufbau der bundesweiten Streikfront aller Studenten im Sommersemester ein. Bisher haben 35 unterschrieben.

Prüfungsverschärfungen an der Fachhochschule für Elektrotechnik und Maschinenbau

Hannover. Im Wintersemester 1977/78 hat die Professorenreaktion die Durchfallquoten erhöht. War es im Sommersemester 1977 schon so, daß in 23 Fächern mehr als 50% der Studenten keinen Schein erhalten haben, so waren es jetzt 39 Fächer, wo mehr als 50% durchgefallen sind. In Thermodynamik (Professor Peters) sind 87%, in Mathematik-Grundlagen (Professor Bundschuh) sind 81% durchgefallen. Weiterhin haben 9 Professoren über 60%, 24 Professoren über 50% und 4 Professoren genau 50% Durchfallquote erzielt. Von diesen 39 Fächern, in denen mehr als 50% keinen Schein erhalten haben, liegen 25 im Grundstudium.

Studenten wollen Veranstaltung zum BAFöG

Münster. Am Fachbereich Pädagogik haben am 7.2. die Studenten der Seminare „Beratung als Aufgabe der Jugendhilfe“ mit 15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 1 Nein-Stimme und „Orientierungsstufe“ (27:15:0) den AStA in einer Resolution aufgefordert, umgehend eine Veranstaltung zum BAFöG durchzuführen, die er schon vor Wochen zugesagt hat. „Die materielle Lage der Studenten und die Situation am BAFöG-Amt ist so, daß sofortige Abschlagszahlungen und mehr Sachbearbeiter unbedingt notwendig sind . . . Dies soll auf der Veranstaltung beraten und konkrete Schritte beschlossen werden.“ Eine ähnliche Aufforderung an AStA und Fachschaftsleiterkonferenz haben je 20 Psychologie-Studenten des 1. und 2. Semesters verabschiedet. Die Fachschaftsvertretung Psychologie will diese Aufforderung auf der Fachschaftsleiterkonferenz einbringen.

Senator Glotz beantwortet Briefe

Westberlin. Der Wissenschaftssenator Glotz hat seine öffentliche Ankündigung wahrgemacht, und einige der Briefe, die er während des Streiks erhalten hat, beantwortet. Er war darin zur Erfüllung der Forderungen angehalten worden. Glotz ist ein ziemlich arroganter Pinsel. Er verweist auf den Gesetzentwurf und schreibt: „Gesetze werden nicht von den Studenten novelliert, sondern von den gewählten Vertretern der Bürger, also den Parlamenten.“ Auf die Forderung nach Bezahlung der Arbeitskraft während des Studiums schreibt er: „Sie stehen nicht als Arbeitnehmer einem Unternehmer gegenüber, der den Mehrwert ihrer Arbeit abschöpft; sie werden von den anderen Bürgern, die zumeist nicht studieren konnten, bis weit in die zwanziger Jahre alimentiert.“ Abgesehen davon, daß der Senator bei dieser politischen Ökonomie längst Hungers gestorben wäre, erklärt er sich vollständig für die weitere Unterwerfung der Studentenbewegung. Er will das BAFöG weiter kürzen und das 170-DM-Sockelbetragsmodell errichten, also weitere Verschuldung und weitere Kürzung von Lohnbestandteilen der Eltern.

Aktion gegen Klausur

Heidelberg. Gegen die Neueinführung einer Klausur in der Anfängervorlesung Mathematik hat das Vorlesungskollektiv eine Aktion durchgeführt. Ein Transparent wurde an Luftballons hochgelassen, auf dem stand „Klausur ohne uns“. In der Lehrveranstaltung gab es breiten Beifall. Der Dozent mußte die gesamte Vorlesung unter dem Transparent halten. Vor einigen Wochen haben die Erstsemester bereits einen 95prozentigen Boykott durchgeführt. Sie verlangen die sofortige Herausgabe der Scheine ohne Klausur. Der Dozent hat die Klausur auf den Anfang des Sommersemesters gelegt, um über die Ferien zu versuchen die Studenten zu spalten.

Sofortige Rücknahme der Entlassung des Schützen Wüllscheidt aus der Bundeswehr



Kurz nach seiner Strafversetzung aus seiner Grundausbildungseinheit in Stade hat der Schütze Wüllscheidt in der NschKp 80 Lüneburg auf folgenden Forderungen zum Vertrauensmann kandidiert: Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige, jederzeitiges Verweigerungsrecht, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten, gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee. Trotz Schikanen bei der Wahl wurde er zum stellvertretenden Vertrauensmann gewählt.

Mitte Januar: Einige Soldaten unterstützen in einer Resolution den Kampf gegen Gewissensprüfung, Arbeitsdienst und Kasernierung. Ein politischer Unterricht dazu wird vom Leutnant vorzeitig abgebrochen. Mit der Begründung, er hätte die „Volksmiliz" beim letzten Rekruteneinzug am Bahnhof verteilt, werden gegen Wüllscheidt fünf Tage Arrest auf fünf Monate Bewährung und ein damit begründeter Entlassungsantrag verhängt. 33 Soldaten antworten in einer öffentlichen Erklärung: „. . . . Wir sind gegen diese Maßnahme, nicht weil wir meinen, daß es so schön ist bei der Bundeswehr. Sondern wir sind dagegen, weil sich hierbei genau zeigt, wie Soldaten unterdrückt werden sollen, wenn sie konsequent für unsere Interessen eintreten ... Verhindert werden soll mit allen Mitteln der Zusammenschluß der Soldaten für ihre Interessen . . ."

Nach Veröffentlichung der Erklärung in der Kaserne hektische Reaktion, der Versuch die Entlassung sofort durchzuführen scheitert zunächst aus rechtlichen Gründen. Gleichzeitig treffen die ersten Postkarten einer Aktion des SRK Hamburg-Unterelbe beim KP-Chef, Hauptmann Fack, ein, die die Forderungen der Soldaten unterstützen.

Freitag, 3.2.: Oberstleutnant Heinrichs und Oberst Kendziorra, Kasernenkommandant, verhören Soldaten der Kompanie und erpressen Geständnisse, daß der Schütze Wüllscheidt die öffentliche Erklärung organisiert hat. Am gleichen Nachmittag wird ein Disziplinararrest von drei Wochen verhängt mit sofortiger Vollstreckung, die das Truppendienstgericht Hamburg genehmigt. Unter Isolierung von den Mannschaften wird Wüllscheidt am gleichen Abend in das „Arrestlokal" der Hindenburgkaserne in Munster verschleppt.

Samstag, 4.2.: In Hamburg, Lüneburg, Hannover und Munster wird eine „Volksmiliz" verteilt, in der diese Terrormaßnahme enthüllt und die sofortige Aufhebung des Disziplinararrest gefordert wird. Die Postkartenaktion wird weiterbetrieben. Oberst Kendziorra findet keine Ruhe: Anrufe, eine Wandzeitung an der Haustür des Hochhauses, in dem er wohnt, auf der zu lesen ist, wer die Inhaftierung verantwortet. Jeder Besucher, der sich in den nächsten drei Tagen in der Hindenburgkaserne meldet, wird hektisch abgewiesen mit der Begründung, W. dürfe eine Woche lang keinen Besuch empfangen, Zeitungen werden ihm abgenommen.

Mittwoch, 8.2.: Wüllscheidt wird nach Lüneburg zurückgeführt, auf die Vollstreckung der Reststrafe wird verzichtet und die Entlassung durchgeführt. „. . . durch weiteres Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung und Sicherheit der Truppe ernstlich gefährdet würde . . .", heißt es in der Begründung der Verfügung, unterschrieben von Brigadegeneral Dr. Schlüter aus Buxtehude.

Donnerstag, 9.2.: An der Kasernenmauer der Theodor-Körner-Kaserne Lüneburg steht: Weg mit der Entlassung des Schützen Wüllscheidt. Die Soldaten der NschKp 80 diskutieren die Vorbereitung einer Mannschaftsversammlung gegen die ständigen Zusatzdienste in den letzen Wochen, gegen die Bekleidungsappelle nach Dienstschluß.

Zivildienstpflichtige bekämpfen Disziplinarmaßnahmen Ivens

„Rechtswidriges Verhalten ist es in jedem Fall. Wir sind im Augenblick bei den Ermittlungen ... Ich glaube, daß wir mit differenzierten Disziplinarstrafen auskommen . . .", so Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, zum Streik und zur Demonstration der Zivildienstpflichtigen am 27./28.1.78 in einem Interview des „Spiegel" vom 6.2. Wie uns Zivildienstpflichtige berichteten, sind Disziplinarstrafen von 60 bis 70 DM und in einigen Fällen Strafverfahren geplant, aber nach unseren Feststellungen in Hannover noch nicht ausgesprochen.

Unmittelbar vor der Aktionswoche, den Streiks und der Demonstration hat Iven in einem „Rundschreiben 2/1978" an die Dienststellen auf die disziplinar- und strafrechtlichen Konsequenzen bei einer Teilnahme an diesen Aktionen hingewiesen und alle Dienststellen angewiesen, „über jede Dienstverweigerung von Zivildienstleistenden unverzüglich schriftlich zu berichten". Handhabe ist das Zivildienstgesetz (ZDG), das im wesentlichen die gleichen Bestimmungen enthält wie das Wehrpflichtgesetz. Der Zivildienstpflichtige erhält den gleichen Sold (195 bzw. 240 DM), ist Befehl und Gehorsam unterworfen, nur statt Befehl heißt es „Anordnungen" (§30 ZDG), „ . . . darf durch sein Verhalten den Arbeitsfrieden und das Zusammenleben innerhalb der Dienststelle nicht gefährden" (§27). Verstößt er dagegen, können Disziplinarmaßnahmen, Wegfall des Solds und Strafverfahren verhängt bzw. eingeleitet werden. In den §§ 58 bis 70 ZDG ist das festgelegt. Disziplinarmaßnahmen: „1. Verweis, 2. Ausgangsbeschränkung vom einem Tag bis zu 30 Tagen, 3. Geldbuße bis zur Höhe des Solds für 4 Monate" (§60). „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft, 1. wer die Befolgung einer dienstlichen Anordnung dadurch verweigert, daß er sich mit Wort oder Tat gegen sie auflehnt . . ." (§54); wer sich länger als 3 Tage dem Zivildienst entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft (§ 52)"

Die gesetzlichen Grundlagen sind da, warum gibt es in der Praxis bei der Verhängung von Disziplinarstrafen und Strafverfahren für Iven Schwierigkeiten?

„Zivildienstleistende stehen in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Gewaltverhältnis", heißt es in dem „Rundschreiben 2/1978" des Bundesamtes für den Zivildienst. Für „Zivildienstleistende" kann man auch einsetzen: Soldaten, Angestellte, Arbeiter, Beamte im öffentlichen Dienst, für sie trifft diese Feststellung ebenfalls zu. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Soldaten, die Zivildienstpflichtigen haben gemeinsam das Interesse, das besondere Gewaltverhältnis gegenüber dem bürgerlichen Staat, das besondere Dienstrecht abzuschaffen. Deshalb sind die Aktionen der Zivildienstpflichtigen in vielen Erklärungen von Gewerkschaftskörperschaften und Beschäftigten im öffentlichen Dienst und von Soldaten unterstützt worden. Das ist die Schwierigkeit für Iven, er versucht es mit „Differenzierung", Spaltung. Es gibt einige Aktivitäten, die strafbare Handlungen sind, wie z.B. daß Rettungsfahrzeuge mit den Forderungen dekoriert wurden, so Iven im „Spiegel". Nach Angaben von Iven gibt es etwa 4% „linke Vögel", „Anarchisten" und „politische Spinner", mit denen er sich nun einmal auseinandersetzen muß.

Vor der Aktionswoche hat der Vertrauensleutekörper der Medizinischen Hochschule Hannover, die größte Dienststelle in Niedersachsen mit rund 140 Zivildienstpflichtigen, die Forderungen und die Aktionswoche begrüßt und gegen den Einsatz von Zivildienstpflichtigen auf Planstellen protestiert. Jetzt hat die ÖTV-Mitgliederversammlung am 8.2. einstimmig die Forderungen bekräftigt und sich gegen die geplanten Disziplinarmaßnahmen gewandt. Sieben Zivildienstpflichtige des St. Nicolaiheims, Sundsacker-Flensburg, haben sich am 9.2. mit den Forderungen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden solidarisch erklärt und Straffreiheit der Streikenden gefordert.

Nicht „Differenzierung", wie von Iven geplant, das Gegenteil: einheitlicher Kampf entwickelt sich. So können die Spaltungsmanöver durchkreuzt und die Disziplinarmaßnahmen und Strafverfahren zurückgeschlagen werden. – (Sprecherrat Nord des Soldaten- und Reservistentages)

„Ein längerer Streik der Zivildienstpflichtigen ist richtig!"

München. Das Soldaten- und Reservistenkomitee hatte mit 2 Zivildienstpflichtigen am Schwabinger Krankenhaus ein Interview durchgeführt zum Ablauf des Streiks dort und wie der Kampf weiter geführt werden muß. An dem Krankenhaus hatten von 80 Zivildienstpflichtigen 68 den Warnstreik durchgeführt. Es wurde ein Notdienst eingerichtet, d.h. daß der Kampf von fast allen Zivildienstpflichtigen unterstützt wurde. Sie erklärten: „Ein längerer Streik ist gerechtfertigt, wenn das Bundesamt in keiner Weise auf unsere Forderungen eingeht", und betonten, wie wichtig die Unterstützung des Kampfes durch die Soldaten ist.

Zivildienstleistende unterstützen ZANU

Hamburg. Bei fünf Enthaltungen wurde auf einem Treffen der ZDler folgende Resolution angenommen: „Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden protestiert gegen das Verbot, für die ZANU, die Befreiungsorganisation von Zimbabwe, in Hamburg zu sammeln.

Wir sind der Ansicht, daß der Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus unterstützt werden muß und werden dazu einen Beitrag leisten." Von der SO wurden dann 22,74 DM für die ZANU gespendet.

Feuerwehren werden auf den Krieg getrimmt

Wankendorf. Die Feuerwehren werden mit ABC-Abwehrwaffen ausgerüstet, auch kleinere, freiwillige Feuerwehren auf den Dörfern. Die freiwillige Feuerwehr Wankendorf erhält demnächst von der Landesregierung Schleswig-Holsteins eine solche Einrichtung. Ein Kollege aus der freiwilligen Feuerwehr berichtete, daß angestrebt ist, für den Gruppenführer in Zukunft nur noch ehemalige oder dienende Uffze, zumindest aber Leute, „die sich gut durchsetzen können", einzusetzen.

Bei eisiger Kälte Leber verabschiedet

Wetzlar. Spilburgkaserne. Nachdem Leber am 9.2. in Oldenburg und Kiel vor den Teilstreitkräften Marine und Luftwaffe paradierte, besucht er am Freitag, den 10.2., die Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar stellvertretend für das Heer. Bei eisiger Kälte mußten die Soldaten aller Bataillone zwei Tage vorher Formalausbildung und Präsentieren üben. Mit allen Kampfpanzern, MTWs und Schützenpanzern fuhr die Brigade vor Leber auf dem Truppenübungsplatz auf. In der Nacht zum Freitag mußte das Gerät im Gelände bei Temperaturen unter 6 Grad minus bewacht werden. Einigen Soldaten wurde der Urlaub gestrichen. Kriegsmäßig sollte Leber verabschiedet werden.

Neue Anweisung für die Heeresausbildung

Kassel. Die Generalität hat eine neue Anweisung für die Ausbildung des Heeres (früher GAP) herausgegeben. Sie gliedert sich in folgende Abschnitte: I. Einführungsausbildung; II. 1. Quartal; III. 2 Quartal; IV. 3. Quartal; V. 4. Quartal; VI. „Nicht zugeordnete" Ausbildungsgebiete (NZ); VII. Ergänzungsausbildung (Erg).

Abschnitt I. umfaßt den Ausbildungsstoff für die nach der Grundausbildung in die Stammeinheiten versetzten Rekruten. Die Einführungsausbildung dauert knapp zwei Wochen.

II.–V.: Die Quartalsausbildung ist gänzlich reglementiert. Sie umfaßt z.B. für das erste Quartal 300 Ausbildungsstunden. Dabei ist die Übung in Hohenfels nicht mit berücksichtigt.

Abschnitt VI.: Die NZ-Ausbildung umfaßt 49 Stunden im Quartal, für das 1. Quartal Schwerpunkt Vorbereitung auf Hohenfels.

Abschnitt VII.: Die Erg-Ausbildung gibt den Kompaniechefs Raum, zusätzlichen Dienst anzuordnen, er ist nicht bindend vorgeschrieben, aber auch nicht zeitlich begrenzt.

Im Rahmen der Mobilmachung: Frische Kräfte in die Generalität

Nicht nur Leber mußte seinen Abschied nehmen, sondern auch 11 seiner Führungskader (9 Generale und 2 Admirale) werden zum 1.4. in den Ruhestand geschickt. In ihrem Fall ist es allerdings schon länger offiziell. Der Schwerpunkt dieses Führungswechsels in der Bundeswehr liegt beim Heer. Er ist notwendiger Bestandteil der von der Bourgeoisie als „Wehrstrukturreform" bezeichneten Maßnahmen, die 1970 unter Schmidt als Verteidigungsminister eingeleitet wurde. Mit den großen Kämpfen der Arbeiterklasse Ende der sechziger Jahre, mit der zunehmenden Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz wurde es für die Bourgeoisie immer dringlicher, ihre Armee auszurichten und kriegsfähig zu machen. Gleichzeitig wuchs die Zersetzung der Armee: steigende Zahl von Disziplinarstrafen, Zunahme der Verweigerungen. Heftige Auseinandersetzungen in den Führungsstäben der Bundeswehr: mehr *„Staatsbürger in Uniform"* oder mehr *offene* Schikane und Drill. Einig war man sich: Die Kampfmoral der Truppe ist miserabel. Die SPD war gerade richtig, um unter dem Deckmantel der „Demokratisierung der Bundeswehr" die Wehrstrukturreform einzuleiten. Ihre wichtigsten Bestandteile:

– Senkung der Wehrdienstzeit von 18 auf 15 Monate mit dem Ziel, *mehr* junge Arbeiter in die Armee zu pressen, erhöhte Durchlaufgeschwindigkeit.

– Ausdehnung der Verfügungsbereitschaft von drei Monaten auf ein Jahr, das heißt bis ein Jahr nach dem Wehrdienst jederzeit an Übungen teilnehmen, erhöhte Präsenz der Truppen.

– Umgliederung des Heeres, vor allem Ausbau der Brigaden, mehr, kleiner und mehr Feuerkraft, umfassender ausgerüstet . . .

Ziel: Mobilmachung der Armee in drei Tagen.

Einige Generale mußten damals den Abschied nehmen, weil sie ungeschickt waren und die Feinheiten der „Wehrstrukturreform" nicht verstanden, wie zum Beispiel Karst und Middelsdorf, die in Papieren *öffentlich* über die schlechte Kampfmoral zeterten und deren sofortige Wiederherstellung verlangten. Große Teile der übriggebliebenen „alten Garde" aus dem Zweiten Weltkrieg verschwanden. Wiederherstellung der Kampfmoral war auch Schmidts Ziel, aber er brauchte feinfühligere Leute. Er förderte solche wie Pöschl, Mitglied der SPD, Kommandeur einer Division, stellvertretender Kommandeur des II. Korps, schließlich Kommandeur des III. Korps in Koblenz, „ein Mann der Truppe".

Dieser Linie entsprach auch der neue Verteidigungsminister Leber, als Schmidt auf den Kanzlerstuhl wechselte. Rückblickend schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" jetzt über ihn:

„. . . Zwei Verdienste, die er sich in dieser Zeit erwarb, verbinden sich vor allem mit seiner Amtszeit: die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft dieses Staates und ihre Neuausrüstung mit der sogenannten zweiten Waffengeneration, die schon begonnen hat. Beides wäre ohne ihn kaum möglich gewesen. Als Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer war er im Stande, jene auf Unsicherheit und politischem Kalkül beruhende Distanz . . . zu überwinden . . . Georg Leber setzte sich nicht nur das Barett seiner Soldaten auf, sondern bestieg auch ihre Panzer und fuhr sie sichtbar vergnügt über Truppenübungsplätze . . ."

Leber, der wann immer möglich den „gelernten Maurer" herauskehrte, sollte die Arbeiter für die Verteidigung des BRD-Imperialismus gegen innere und äußere Feinde gewinnen, als Gleicher unter Gleichen, das Barett auf dem Kopf, den Panzer fahrend, „mir nach!" rufend.

Seine Generale waren gegenüber den früheren eher unauffällig; wenn sie Nazi-Lieder sangen, wurden sie jedenfalls geschaßt.

Anders wäre die gewaltige Auf- und Umrüstung nicht durchführbar gewesen. Die Zersetzung hat er allerdings nicht bremsen können. Eine schärfere Gangart ist nötig, die Soldaten an den neuen Waffen und in den umzugliedernden neuen Einheiten müssen straffer geführt werden.

„. . . Bei unverändertem Personalbestand des Heeres wird die Stärke der Kampfverbände erheblich gesteigert. Dies geschieht durch Strukturmaßnahmen wie die Verkleinerung des einzelnen Verbandes, was die Tätigkeit verbessert, Kompanien und Bataillone zu führen. Hierdurch und durch die Vergrößerung des Anteils, den die Kampfverbände am Heeresumfang haben, wird die Zahl der Panzerbataillone von derzeit etwa 40 auf mehr als 80 und die der im Heer präsenten Kampfpanzer um mehr als 700 anwachsen . . . Administrative Aufgaben werden zentral von Stabskompanien wahrgenommen . . . Der offizielle Auftrag lautet, die Bundeswehr zu rationalisieren . . . Mit dem nunmehr absehbaren Wechsel auf dem Posten des Ministers wird es deshalb kaum getan sein." (FAZ, 2.2.78)

Die neue Wehrstruktur ist treffend charakterisiert. Sie erfordert verschärfte Unterdrückung der Soldaten; kleinere Bataillone und Kompanien sind zwar leichter zu überschauen, aber es sind *mehr* in einer Division und ziemlich umfassend bewaffnet. Das ist nicht ungefährlich für die Bourgeoisie, und entsprechend zuverlässig muß die Führungsmannschaft sein.

Generalleutnant von Reichert (Stellvertretender Generalinspekteur), Generalleutnant Klein (I. Korps), Generalleutnant Pöschl (III. Korps), Generalmajor Eschenbach (Wehrbereich III), Generalmajor Walitschek (Wehrbereich V) und einige andere werden in den Ruhestand geschickt.

Es rücken Leute nach aus dem Jahrgang um 1925, die ihre ersten Militärerfahrungen am Ende des Zweiten Weltkrieges gemacht haben. Durchweg keine „Männer der Truppe", sondern abwechselnd in Stab und Truppe ausgebildete Kader. Typisch zum Beispiel die Generale Kleffel und von Senger und Etterlin. Kleffel: Chef des Stabes des III. Korps, Kommandeur der 12. Division, Führungsstab des Bundesverteidigungsministeriums, übernimmt jetzt das III. Korps in Koblenz. Generalmajor von Senger und Etterlin stammt aus einer Generalsfamilie, sammelte 1943–45 als Hauptmann (20 Jahre alt) in der Inspektion der Panzertruppe seine ersten Erfahrungen. 1956 Hilfsreferent, dann Generalstabsausbildung, Referent im Führungsstab, Truppenkommando als Kommandeur eines Panzerbataillons, Stabsabteilung III für „Militärpolitik und Führung" im Führungsstab des Heeres, Befehlshaber im Wehrbereich V, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision in Unna. Jetzt soll er das I. Korps in Münster übernehmen. Nebenbei ist er Militärschriftsteller. Verschiedene Bücher über Panzer und Panzergrenadiere hat er geschrieben. Was er kann, hat er Ende Januar gerade vorgeführt: Die 7. Panzergrenadierdivision hat er als ersten geschlossenen Panzerverband bei Nacht durch die Weser gejagt, während der Übung „Springendes Roß". Straffe Zügel für das springende Roß. Eine Gruppe der „jungen Unternehmer" war zugegen und hat ihren neuen Generalleutnant inspiziert.

Drei Panzerdivisionen bekommen ebenfalls neue Kommandeure, die 6., 7. und 3. Mehr Bataillone und Kompanien sind zu beaufsichtigen. Die 3. Panzerdivision wird von Freiherr von Rodde (Brigadegeneral) übernommen. 1941 Leutnant im Panzerregiment 6/Neuruppin, von der „Bild"-Zeitung 1976 zum erfahrensten Panzeroffizier erklärt und zuverlässig in der Schikane zum Beispiel bei der Einhaltung von Grußpflicht und Kleiderordnung.

Das sind nur einige der neuen Garde. Abgeschlossen ist die Sache damit sicher nicht. Ob diese geeignet sind, die Armee kriegsfähig zu machen, ist mehr als fraglich angesichts zum Beispiel der Unterstützung der Lohnkämpfe durch die Soldaten und der heftigen Debatten unter Zivildienstpflichtigen und Soldaten, ob man für den „Friedensdienst" und gegen den „Kriegsdienst" sein soll oder ob es nicht richtig ist, für Volksbewaffnung zu kämpfen. – (Z-Red.)

Eisenbahner und Lehrer streiken in Portugal

Während Soares in der Regierungserklärung der neuen PSP-CDS-Koalition unter anderem Lohnbeschränkungen ankündigte, streikten die Lehrer und Eisenbahner. Die Eisenbahnergewerkschaft hatte für den 2.2. zu vier Stunden Streik aufgerufen, um ihre Forderung nach Lohnerhöhungen um 15% (durchschnittlich 1400 Escudos gleich 73,50 DM) und Essensgeldzuschuß durchzusetzen. Die Regierung will nichts zahlen: im Haushaltsplan hat sie für eine Lohnerhöhung bei den Eisenbahnern keinen Posten vorgesehen. Der Streik wurde überall befolgt, erst im Laufe des nächsten Tages fuhren die Züge wieder pünktlich.

Die Lehrer der Region Lissabon streikten für Kündigungsschutz und für Forderungen zur Ausbildung und Eingruppierung der Lehrer. Um sich mit den anderen Lohnabhängigen zu verbinden, hatten die Lehrer an drei im Januar vorhergegangenen Aktionstagen unter der Losung „Für Schulen mit Lehrern für alle Arbeiter“ Unterschriften von Eltern und Schülern für ihre Forderungen gesammelt. Den Streik am 2.2. hatten die Revisionisten in der Leitung der Lehrergewerkschaft absetzen wollen. Auf einer Vertreterversammlung wurde aber der Vorschlag der Revolutionäre angenommen, am geplanten Termin festzuhalten. Das Kultusministerium hatte den Streik für illegal erklärt. Es gebe noch kein Gesetz zur „Regelung“ des Streikrechts im öffentlichen Dienst. So ein Gesetz hat die Regierung noch nicht gegen die Arbeiter durchsetzen können.

„Abrüstungsvorschläge“ der französischen Imperialisten

Der Genfer Abrüstungskonferenz hat Frankreich, das daran nicht offiziell teilnimmt, weil es die sowjetisch-amerikanische Ko-Präsidentschaft dieses Gremiums ablehnt, einen eigenen Vorschlag zur Neugestaltung der internationalen Abrüstungsverhandlungen vorgelegt. Kurz vor den Parlamentswahlen in Frankreich hat Präsident Giscard d'Estaing die Supermächte angegriffen und Unterstützung der kleinen und blockfreien Staaten geheuchelt. Sie alle hätten ein elementares Interesse an der Abrüstung, aber in Genf keinerlei Entscheidungs- und Kontrollbefugnis. Unter Mithilfe der UNO sollen zwar weiterhin „globale Verhandlungen“ stattfinden, daneben aber „gesonderte“ zu den einzelnen „Zonen“ der Welt. Europa, wo die nukleare Rüstung der Supermächte konzentriert sei, stelle nämlich einen Sonderfall dar im Gegensatz zu „anderen“ Zonen der Welt. Deshalb betrachte Frankreich seine eigene nukleare Streitmacht als einen „Faktor des Gleichgewichts“, der fortlaufend modernisiert werden müsse. Frankreich werde, gleich welche Regierung durch die Wahlen an die Macht komme, niemals „einseitig abrüsten“.

Unter der Fahne der Einheit gegen die Supermächte versucht der französische Imperialismus, die blockfreien Staaten für einen Vorschlag zu mobilisieren, der es ihm erlaubt, seine eigene nukleare Aufrüstung als Beitrag zu „wirklicher Abrüstung“ zu verkaufen, und der die Länder der Dritten Welt seinen Erpressungen ausliefert, indem sie sich unbewaffnet der imperialistischen Politik unterwerfen sollen, denn sie befinden sich ja nicht in der len, denn sie befinden sich ja nicht in der „besonderen“ Zone Westeuropas.

Kampf der schwedischen Volksmassen gegen das kapitalistische Energieprogramm

Am 25.1.78 forderte eine Delegation des schwedischen Industrieverbandes die schwedische Regierung auf, die Baugenehmigung für das seit langem geplante Aggregat „Forsmark III“ zu erteilen.

1975 hatte das schwedische Parlament den Bau von insgesamt 13 Kernkraftwerken beschlossen.

Die Verwirklichung des Energieprogramms stößt auf den Widerstand der schwedischen Arbeiterklasse und der Bauern. Im September 1977 demonstrier-





ten 20000 gegen das geplante Kernkraftwerk in Basebäck; in Dänemark wurden 80000 Unterschriften gegen den Bau des Kernkraftwerks in Südschweden gesammelt. Das bisher größte schwedische Uranvorkommen in Ramsdat (Mittelschweden) liegt seit langem brach, weil die Bevölkerung den Abbau verhindert.

Die westdeutschen Imperialisten äußerten sich zutiefst besorgt über den voraussichtlichen Widerstand der schwedischen Volksmassen gegen den Abbau des neu entdeckten Uranvorkommens in Arjeplog (Lappland). Angesichts des erwarteten Produktionsvermögens von 10000 Tonnen Uran ist ihre „Betroffenheit“ tief.

Streikkämpfe der britischen Arbeiter

Krach in der Kapitalistenklasse / Interview mit einem Arbeiter von Halewood

Die britischen Kapitalisten liegen sich in den Haaren. Die Regierung hat die Kapitalisten, die unter dem Druck des Kampfes der Arbeiter und der anderen Lohnabhängigen Abschlüssen über 10% zustimmen mußten, auf eine „schwarze Liste“ setzen lassen. Sie sollen keine Staatsaufträge und Regierungshilfen mehr erhalten. Künftige Staatsaufträge sollen eine Verpflichtungsklausel auf die Lohnpolitik der Regierung enthalten. Die Arbeiterbewegung hat die vorgeschriebenen 10% nicht geschluckt, und ihre Streikkämpfe drücken die Kapitalisten, besonders der Industriezweige, die in scharfer Konkurrenz stehen, und sprengen so die brüchige Einheit der Kapitalisten. Einzelne Kapitalisten haben gegen die Regierung geklagt. Der Kapitalistenverband CBI, entschiedenstes Sprachrohr der Lohnraubabsichten, gibt Rechtsschutz und tobt: Druck von der Regierung sei das letzte, was man in der gegenwärtigen Lage gebrauchen könne. Man habe genug Druck von der Arbeiterbewegung. Die Tory-Partei will die Regierungspolitik der Lohnleitlinien zu Fall bringen und tritt für gesetzliche Lohnregelungen ein.

Die Labour-Partei hat letzte Woche ihre Fraktion in der Gewerkschaftsspitze als Retter in der Not für die Bourgeoisie eingesetzt. In dieser Lage, bei zunehmender Reibung in der Kapitalistenklasse, bei Durchbrechen der Lohnleitlinie in mehr als einem Bereich, was die Zahl der Kapitalisten auf der „schwarzen Liste“ zeigt, bei laufenden Verhandlungen der Stahlarbeiter, großer Teile des öffentlichen Dienstes und der Bergleute ist die Führung der Bergarbeitergewerkschaft von einer aufgestellten 90%-Forderung auf die Zustimmung zum 10%-Angebot umgefallen. Die Bergarbeiter haben noch nicht darüber abgestimmt. Dieser offene unverschämte Verrat, begründet mit den „Verdiensten der Regierung für die Kohleindustrie“ hat die Kapitalisten kurzfristig wieder zusammenrücken lassen. Einzelne Monopole erklärten am Tag darauf, ihr Verband CBI habe „überreagiert“, und sie hätten im Prinzip nichts gegen Staatsaufträge, die niedrige Lohnabschlüsse vorschrieben.

Die britische Finanzbourgeoisie hat die Schlacht lange nicht entschieden und zweifelt, ob die Lohnleitlinienmittel länger taugen. Das ist das Ergebnis der großen Zahl von Streiks, mit denen die britische Arbeiterbewegung die Verschärfung der Ausbeutung durch Lohnsenkungen und Rationalisierung bekämpft.

Südwales. Von Montag, den 30. Januar, bis zum folgenden Montag streikten 2000 Lkw-Fahrer in Südwales. Ihr bisheriger Lohn betrug 40 Pfund in der Woche für 40 Stunden, umgerechnet 4,20 DM pro Stunde (brutto). Die Kapitalisten boten 10% dar- (brutto). Die Kapitalisten boten 10% dar- auf. In den anderen Bereichen Englands hatten die Fahrer vorher bereits ihre Forderung von 50 bis 53,50 Pfund Grundlohn durchgesetzt. In Schottland war Ende Januar mit 15% abgeschlossen worden.

Die Lkw-Fahrer stellten Streikposten in den Häfen und vor den großen Fabriken auf. Die Hafenarbeiter in Cardiff und Swansea unterstützten den Streik, indem sie sich weigerten, Fahrerarbeiten in den Häfen auszuführen. Nach einer Woche schlossen die Kapitalisten und die Gewerkschaft mit der vollen Durchsetzung der Forderung ab.

Tankwagenfahrer. Seit dem 1. Februar weigern sich die Tankwagenfahrer von Shell, Esso, BP und Texaco, Überstunden zu fahren und samstags zu arbeiten. Wie sehr der bisherige Lohn zu Überstunden zwingt, zeigt die Tatsache, daß circa 30% weniger Benzin ausgeliefert wird. Die Tankwagenfahrer fordern zwischen 25 und 35%.

Sie würden Tankstellen nicht mehr beliefern, die ihren Überstundenstreik zu Preiserhöhungen nutzen würden. Die Verwaltung hat mehrere Schulen geschlossen wegen Heizölknappheit. Die Kapitalisten haben 15%, 5 davon im Rahmen eines „Produktivitätsabkommens“ geboten. Die Regierung hat Armeeeinheiten für Streikbrucheinsätze bereitgestellt.

London. Hundert Beschäftigte der Restaurantkette Garner streiken für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und für höhere Löhne. Im Moment verdient ein Kellner bei Garners Steak House 26 Pfund brutto in der 40-Stunden-Woche (109 DM), ein ausgebildeter Koch 37 Pfund (155 DM). 55-Stunden-Woche ist die Regel. Die Streikenden, wie alle Beschäftigten meist Immigranten, haben einzelne Streikposten vor Restaurants aufgestellt.

London. Zwei Wochen lang erschien der „Sunday Telegraph“ nicht, weil die Arbeiter die Einführung einer neuen Setzmaschine mit höherer Arbeitsintensität bekämpfen – die Wochenzeitung „Reveille“ der Daily-Mirror-Group erschien zwei Wochen nicht wegen eines Streiks der Rotationsbesatzung. Die 24 Arbeiter lehnen einen „Productivity Deal“ ab und fordern gleiche Bezahlung wie die Schriftsetzer.

London. Der Tod eines Krankenhausportiers führte vorletzte Woche zu einem Streik von 200 seiner Kollegen im Westminster-Hospital und zwei angegliederten Krankenhäusern. Der Arbeiter war, als dies nötig war, nicht behandelt worden.

Speke/Liverpool. Seit dem 1. November streiken 2000 Arbeiter der British-Leyland-Fabrik für den Triumph TR 7. British Leyland hatte durch Neufestlegung der Zahl der Arbeiter in den einzelnen Produktionsbereichen und durch neue Produktionspläne die Ausbeutung steigern wollen. Ähnliche Veränderungen sollen in allen Leyland-Werken eingeführt werden. 80 Arbeiter bei Leyland Longbridge streikten am 31. Januar gegen Rationalisierungsmaßnahmen.

„Es gibt keinen Weg, unter diesen Bedingungen zur Arbeit zurückzugehen“

Ein Arbeiter von Ford Halewood berichtet

„Halewood ist ein Vorort von Liverpool und es gibt dort drei Ford-Fabriken, die alle miteinander zusammenhängen, ein Karosseriewerk, ein Werk für Getriebeachsen und so weiter und ein Montagewerk. In allen drei Werken zusammen arbeiten ungefähr 10000 Arbeiter, davon etwa 3000 bis 4000 in dem Karosseriewerk. In der Abteilung, in der jetzt gestreikt wird, arbeiten knapp 1000 Arbeiter. Hergestellt wird bei uns fast ausschließlich der Escort, für England und für den Export hauptsächlich nach Südamerika und Afrika. Außerdem bauen wir noch einige Capris für England und liefern Teile für den Fiesta und den Transit an andere Ford-Fabriken.

Die Arbeiter in der Presse streiken seit dem 9. Januar. Damals hatte die Betriebsleitung Änderungen im Arbeitsprozeß angekündigt. Am 18. Januar haben sie dann einen Brief an alle Arbeiter in der Presse geschickt mit neun Punkten. Der erste Punkt ist einer der wichtigsten: ‚Arbeit entsprechend der ausgehandelten Bandgeschwindigkeit‘. Der zweite hängt eng damit zusammen: ‚Kein automatisches Fünf-Minuten-Signal jede Stunde, Stillstand des Bandes nur, wenn das Produktionsziel erreicht worden ist.‘

Zur Zeit ist es so, daß zwischen der Betriebsleitung und den Gewerkschaften eine bestimmte Stückzahl pro Stunde ausgehandelt worden ist. Wenn die Maschinen in gutem Zustand sind, kann diese Stückzahl in weniger als einer Stunde erreicht werden, und die Kollegen in der Presse stellen das Band deshalb in jeder Stunde fünf Minuten ab. Ist die Tagesproduktion vor Ende der Schicht erreicht, dann wird ebenfalls abgestellt. Hat eine Maschine falls abgestellt. Hat eine Maschine Mängel, dann werden die Stückzahlen gesenkt, bis die Maschine wieder in Schuß ist. Das alles soll jetzt aufhören. Auch bei Mängeln an der Maschinerie soll die festgelegte Stückzahl erreicht werden. Deshalb sollen die automatischen Pausen wegfallen, und am Ende der Schicht darf das Band erst abgestellt werden, wenn die volle Stückzahl erreicht worden ist. Punkt drei ist auch sehr entscheidend: ‚kein Wechsel des Arbeitsplatzes zu jeder Stunde, nur ein Wechsel pro Schicht‘. In den letzten zwei bis drei Jahren war es so, daß die Arbeiter bei jeder Pause die Arbeit wechselten, damit keiner eine besonders schwere Arbeit länger als eine Stunde machen mußte. Das soll jetzt aufhören, damit das Band durchlaufen kann. Dann Punkt sechs: ‚Qualitätskontrolle – fehlerhafte Teile, fehlende Bohrungen usw. – durch die Arbeiter am Band.‘ Damit wollen sie die Arbeiter in der Endkontrolle einsparen. Das sind die entscheidenden Punkte, die anderen hängen damit zusammen.

Im Streik stehen die tausend Arbeiter von der Presse. Von den anderen wurden die ersten nach zehn Tagen nach Hause geschickt, weil keine Teile mehr da waren. Das war im Karosseriewerk, wo ich arbeite. Inzwischen sind alle Arbeiter von Halewood nach Hause geschickt worden, außerdem 1700 in Southampton. In der nächsten Woche wird das zweitgrößte Ford-Werk in Dagenham wahrscheinlich schließen.

Die Gewerkschaft hat den Streik bisher nicht anerkannt, und die Funktionäre haben ursprünglich allen Punkten bis auf einen zugestimmt. Die Arbeiter sagen, daß sie mindestens die Punkte eins, zwei und sechs ablehnen, Punkte eins, zwei und sechs ablehnen, also die mit der verringerten Stundenproduktion wegen defekter Maschinen, stündlichen Arbeitsplatzwechsel und Endkontrolle. Die Betriebsleitung hat ihre Punkte danach verändert. Bei der Produktionsnorm für defekte Maschinen will sie jetzt nachgeben. Beim Arbeitsplatzwechsel will sie zwei Wechsel pro Schicht zulassen. Aber die Qualitätskontrolle durch die Arbeiter fordern sie nach wie vor.

Die Arbeiter sind auf diese Angebote nicht eingegangen und haben gesagt, daß sie solange streiken, bis die Betriebsleitung alle drei Punkte zurückgezogen hat. Die anderen hängen damit sowieso zusammen.

Wichtig ist es, die Anerkennung des Streiks durch die Gewerkschaft zu erreichen. Die Lage ist gut. Die Arbeiter an der Presse halten hervorragend zusammen. Es gibt dort wenig Fluktuation, alle Arbeiter sind aus anderen Ford-Werken dorthin gekommen, von wo sie viel Kampferfahrung mitgebracht haben. Deshalb haben sie ja auch die Pausenregelung, den Platzwechsel usw. einführen und durchsetzen können. Sie können einen längeren Streik auch durchstehen, weil es in der Presse einige Jahre keinen Streik gegeben hat und auch keine Arbeitsausfälle durch andere Streiks, weil die Karosserieherstellung am Anfang des Produktionsablaufs steht. Außerdem braucht Ford die Autos, wenn das Frühjahrsgeschäft anläuft.

‚Es gibt keinen Weg, unter diesen Bedingungen zur Arbeit zurückzugehen‘, hat mir ein Kollege gesagt. Es würde einfach alles schlimmer werden, wenn wir nachgäben, und das wissen alle 12000 Arbeiter, darum unterstützen auch alle den Streik.“ – (Korrespondentenbericht London/Liverpool)

dentenbericht London/Liverpool)

Der „Uranstreit mit Holland“: Westdeutsche Monopole stecken ihre Fühler überall hin und machen „europäische Atompolitik“

Der westdeutsche Imperialismus drängt nach „europäischer Atompolitik“. Zur Sicherung ihrer Profite aus dem Kernenergieanlagenbau plant die Finanzbourgeoisie die Beteiligung an der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse ihrer imperialistischen Konkurrenten. In dem vom ehemaligen Forschungsminister Matthöfer vorgelegten „fortgeschriebenen vierten Atomprogramm“ rüsten sich die BRD-Imperialisten für eine „intensive Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Nachbarländern“. Da Westdeutschland über keinerlei nennenswerte eigene Uranvorkommen verfügt, versucht die Bourgeoisie sich über Beteiligungen in den ehemaligen europäischen Kolonialmächten, vor allem in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich Zugang zu Uranlagerstätten oder der Versorgung mit angereichertem Uran zu verschaffen. Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden entwickeln westdeutsche Monopole den Bau eines natriumgekühlten Schnellbrüters. In Zusammenarbeit mit Frankreich wird die Entwicklung und Nutzung fortgeschrittener Reaktorsysteme betrieben, und in der niederländischen Stadt Almelo hält das „deutsch-britisch-niederländische Konsortium Urenco“ eine Zentrifugenfabrik zum Bau von Urananreicherungsanlagen nach dem Gaszentrifugenverfahren. Der Expansionsdrang des westdeutschen Kapitals nötigt zur Sicherung der strategischen Basis. Die westdeutschen Direktinvestitionen in Großbritannien haben sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt und zwar auf 2,1 Milliarden DM. Über die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligt sich das westdeutsche Finanzkapital an dem Bau von zwei Advanced Gascooled Reaktoren in Großbritannien. Auf der Basis „europäischer Atompolitik“ forciert der BRD-Imperialismus den internationalen Konkurrenzkampf im Nuklearexport. So gelang es ihm im letzten Jahr, der US-Finanzbourgeoisie direkt vor deren „Haustür“ einen fetten „Happen“ wegzuschnappen.

Den Auftrag zum Bau von acht Kernenergieanlagen in Brasilien konnten sie auf ihr Konto verbuchen. Neben der Lieferung der Kernkraftwerke sowie der Ausrüstung für einen vollständigen Brennstoffkreislauf wollen die westdeutschen Imperialisten an Brasilien große Mengen angereichertes Uran liefern. Dieses angereicherte Uran wird von der Urenco in Almelo hergestellt. Die Urenco hat bisher Lieferverträge im Gesamtwert von 4 Milliarden DM abgeschlossen. Die Hälfte davon entfällt auf westdeutsche Lieferverträge mit Brasilien. Die niederländische Bourgeoisie sieht den Profit mehr und mehr in den Fängen ihrer westdeutschen Konkurrenten verschwinden, wogegen sie sich energisch zu widersetzen versuchte. So behielten sich die Niederlande zunächst ein Vetorecht gegen die Lieferungen von angereichertem Uran aus Almelo nach Brasilien vor. Nur unter der Bedingung, daß Brasilien sich „unzweideutig verpflichtet, die internationale Kontrolle über die Auswertung des gelieferten Urans zu akzeptieren“, würden sie angereichertes Uran aus Almelo verschiffen.

Brasilien hat sich die von den 15 im sogenannten „Club der Nuklearlieferanten“ zusammengeschlossenen imperialistischen Räuber geschneiderte Zwangsjacke der Nichtverbreitung von Kerntechnologie keineswegs überzwängen lassen. Dem imperialistischen „Nichtverbreitungspakt“ hat es seine Unterschrift versagt. Aus der Position des „ehernen Wächters“ über diesen Zwangspakt versuchen die niederländischen Imperialisten einen Schlag gegen die westdeutschen Konkurrenten zu landen. Auf „massiven deutschen Druck“ hin ist nun der Kabinettsbeschluß in Den Haag über die „grundsätzliche Bereitschaft zur Kapazitätsausweitung in Almelo und die Uranlieferung an Brasilien“ Ende Dezember zustandegekommen. Helmut Schmidt hatte den ehemaligen Regierungschef den Uyl auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß „Hollands Zusage bezüglich der Lieferung aus Almelo bis spätestens zum 1. Januar 1978 vorzuliegen habe“, sonst werde die BRD mit Großbritannien „alleine weitermachen müssen und den Bau einer Zentrifugenanlage auf deutschem Grundgebiet in Gronau schneller vorantreiben als bislang geplant“. Die niederländische Konkurrenz ist in die Knie gezwungen.

Das bilaterale Regierungsabkommen mit Brasilien von 1975 sichert den BRD-Imperialisten zusätzlich zum Kraftwerksbau eine Beteiligung an der Suche und Gewinnung von Natururan, wie es auch Brasilien zur Lieferung von Natururan zwingt.

Für die Versorgung von Nuklearbrennstoff für das Kraftwerksprogramm benötigt Brasilien 100000 Tonnen Natururan. Die bisher registrierten Reserven belaufen sich auf 26000 Tonnen. Wenn sich die Schätzungen über die soeben entdeckten zusätzlichen Reserven von 30000 Tonnen als richtig erweisen – eine Beteiligung westdeutscher Geologen wird von den BRD-Imperialisten bestritten – wird sich die brasilianische Lieferabhängigkeit vom Ausland vorderhand nicht verringern. Das westdeutsche Finanzkapital will darauf seine Daumen drücken. Mit diesen 30000 Tonnen im „Kreuz“ gedenken die BRD-Imperialisten ihre Finger weit auszustrecken.

„Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag von Auslandsinvestitionen zur Sicherung der Rohstoffversorgung; die Tendenz nimmt zu, daß wenigstens ein Teil der Rohstoffe im Herkunftsland verarbeitet werden muß“, erklärte Grün, Staatessekretär im Wirtschaftsministerium. Ponto-Nachfolger Friderichs hat sich vor kurzem als Sachwalter westdeutscher Kapitalinteressen in die „Deutsch-Brasilianische Gemischte Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ eingeführt. Er weiß genau: Brasilien hat sich dem „Nichtverbreitungspakt“ widersetzt, und das Streben nach selbständiger Nutzung der eigenen Ressourcen droht das Wolfsfell des westdeutschen Finanzkapitals zu versengen. – (Z-Red.)

Sozialimperialisten schließen „Vertrag des Jahrhunderts" mit Marokko

Milliardenkredit zur Eroberung des Phosphatmonopols

Die Sozialimperialisten sind hartnäckig bestrebt, sich in den Ländern im nordwestlichen Afrika einzunisten, die natürlichen Reichtümer der Völker zu plündern und strategische Stützpunkte gegenüber der anderen Supermacht zu erobern. Bereits 1975 hatten sie im Flottenmanöver „Okean" mit 220 Kriegsschiffen im Nord- und Südatlantik ihren Anspruch auf die Beherrschung der Meere demonstriert. Stur setzen sie sich über die Fischereizonen hinweg und plündern hemmungslos mit ihrer Fischereiflotte die Fischbestände vor der Küste Nordwestafrikas (s. KVZ Nr. 41/77).

Am 26. 1. 1978 wurde in Moskau der seit 1974 vorbereitete „Vertrag des Jahrhunderts" zwischen den Regierungen Marokkos und der Sowjetunion unterzeichnet. „Marokko wird damit zum größten Partner der UdSSR in Afrika auf dem Gebiet der industriellen und kommerziellen Kooperation", kommentiert die Zeitschrift „Marchés Tropicaux et Méditerranéens" vom 3.2.1978 diesen Abschluß. Die Sozialimperialisten geben Marokko einen 2-Milliarden-Dollar-Kredit zum Ausbau der Phosphatgrube in Meskala zwischen Marrakesch und dem Hafen Essaouia. Durch diesen Ausbau soll die jährliche Phosphatgewinnung Marokkos von gegenwärtig ca. 17 Mio. t auf 55 Mio. t gesteigert werden. Weiter finanzieren die Sozialimperialisten mit einem 250-Millionen-Dollar-Kredit den Bau der Eisenbahnstrecke von Meskala nach Essaouia und die Erweiterung des Hafens. Ganz billig ist die Angelegenheit für Marokko natürlich nicht. Der Vertrag ist auf 30 Jahre befristet und verpflichtet Marokko, den Kredit ab sofort mit einer jährlichen Mindestlieferung von 5 Mio. t Phosphat, die nach dem Ausbau der Grube in Meskala auf 10 Mio. t gesteigert werden sollen, an die Sowjetunion zurückzuzahlen. Die Sozialimperialisten sichern sich so ein Drittel des Phosphatgesamtexport Marokkos. Nach den USA mit einer jährlichen Produktion von 44,285 Mio. t Phosphat (1975) ist die Sowjetunion mit 24,120 Mio. t der zweitgrößte Phosphatproduzent der Welt, gefolgt von Marokko mit 14,119 Mio. t.

„Die Sowjetunion ist einer der weltgrößten Phosphatproduzenten. Auf den ersten Blick mag es verwundern, daß sie ein Abkommen über den Import so großer Mengen mit Marokko geschlossen hat. Aber die Sowjetunion ist verpflichtet, die RGW-Nachbarn zu unterstützen. Sie hat auch einen eigenen anwachsenden Bedarf, hauptsächlich zur Düngemittelproduktion. Und der marokkanische Phosphat ist auf jeden Fall besser als der der Sowjetunion" (Middle East Economic Digest, Morocco, Juli 1977). „Verwunderlich" ist das überhaupt nicht. Die „Verpflichtungen gegenüber den RGW-Nachbarn" bestehen darin, die RGW-Länder, die in der letzten Zeit aufgrund der horrenden Preise, die ihnen von den Sozialimperialisten für verarbeitete Phosphatprodukte abverlangt wurden, selbständige Handelsbeziehungen zu phosphatproduzierenden Ländern aufgenommen hatten, wieder stärker in die Pflicht zu nehmen.

Phosphat wird zu vier Fünfteln zur Herstellung von Düngemitteln genutzt. Von den ca. 150 Mrd. t Weltphosphatreserven lagert in Marokko ca. die Hälfte, während sich die Reserven der USA auf 8 Mrd. t. und der Sozialimperialisten auf 6 Mrd. t. belaufen. Die Supermächte behalten ihre eigenen Phosphatprodukte im wesentlichen im Land bzw. exportieren die fertigen Düngemittel. Die Sozialimperialisten haben mit dem „Jahrhundert-Vertrag" mit Marokko einen gewaltigen Coup gegenüber der anderen Supermacht gelandet, der sie dem Monopol auf dem Phosphat- und Düngemittelmarkt einen großen Schritt näherbringt.

Die Supermächte schrauben ihren Export an Rohphosphaten immer weiter zurück, während sie die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt vorantreiben. Der Anteil der Länder der Dritten Welt am Rohphosphatweltexport stieg zum Beispiel von 1972 auf 1973 von 56% auf 61%. Marokko exportiert 90% seines gesamten abgebauten Phosphats und ist der weltgrößte Phosphatexporteur. Gleichzeitig setzen die Imperialisten alles daran, den Aufbau einer eigenen nationalen weiterverarbeitenden Phosphatindustrie zu verhindern.

Dagegen entwickelt sich eine gemeinsame Front der phosphatproduzierenden Länder der Dritten Welt. Gemeinsame Beratungen werden geführt, um einen einheitlichen Preis für Phosphat zu erzielen, um so der Ausplünderung durch die Imperialisten entgegenzuwirken und den Ausbau der nationalen Industrien zu fördern. Die derzeitigen Phosphatpreise liegen noch weit unter denen der US-Imperialisten. Bisher wurde ein Richtwert von 38 Dollar pro Tonne festgelegt. Daß eine verbindliche Einigung bisher noch nicht zustandegekommen ist, erweist sich als große Fessel für die nationale Entwicklung der phosphatproduzierenden Länder.

Die Imperialisten nisten sich in Marokko ein und sind bestrebt, jeweils das Land in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen. Die BRD-Imperialisten haben sich am Bau einer Phosphorsäurefabrik beteiligt, Frankreich errichtete zwei Ölraffinerien, die USA sind dabei, ein weiteres Phosphorsäurewerk zu errichten und bereiten die Gewinnung des Urans, das als Nebenprodukt bei der Gewinnung des Phosphats anfällt, vor. Die Sozialimperialisten haben mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag einen wichtigen Trumpf gegenüber den imperialistischen Konkurrenten erzielt.

Aber nicht nur die Ausplünderung der Naturreichtümer Marokkos interessiert die Imperialisten, sie wollen auch das ebenfalls phosphatreiche Territorium der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) in ihren Griff bekommen. Deshalb sind sie bestrebt, über die marokkanischen Marionetten den bewaffneten Befreiungskampf des saharauischen Volkes unter Führung der F. Polisario zu zerschlagen.

Sie haben die Rechnung ohne die Wirt gemacht. Gegen die Ausplünderung der natürlichen Reichtümer durch die Imperialisten hat die F. Polisario im Frühjahr 1976 die größte Phosphatmine der Westsahara, Bou Craa, lahmgelegt. Das saharauische Volk führt den bewaffneten Befreiungskampf gegen die Einmischung der Supermächte und wird dabei von den marokkanischen Volksmassen unterstützt. Von den marokkanischen Soldaten, die ihren Kampf niederschlagen sollen, stellen sich immer mehr offen auf die Seite der F. Polisario und beteiligen sich an ihrem Kampf.

In Marokko selbst gewinnt die revolutionäre Bewegung an Kräften. Auf Grund des Drucks der Volksmassen wird die marokkanische Regierung an einer OAU-Tagung im März zur Lösung des Konflikts in der Westsahara für das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes teilnehmen.

Die um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker im nordwestlichen Afrika werden auch dafür sorgen, daß die Tage des „Vertrags des Jahrhunderts" zwischen Marokko und der Sowjetunion gezählt sind. – (Z-Red.)

US-Imperialisten erhöhen Kriegshaushalt

Die Regierung Carter hat in der vorletzten Woche ihre Planung für die Kriegs- und kriegsvorbereitenden Ausgaben des US-Imperialismus bekanntgegeben. Der „Verteidigungshaushalt", wie die Planungen für die Bewaffnung der imperialistischen Räuber heißen, soll um die Inflationsrate und zusätzliche drei Prozent gesteigert werden.

Es ist bekannt, daß die Imperialisten die allzu genaue Veröffentlichung der Ausgaben für ihre Mordmaschinerie scheuen und deshalb Haushaltstitel wie „Wissenschaft und Forschung", „Gesundheitsversorgung" usw. große Teile von deren direkten oder indirekten Kosten enthalten. Man kann der Zahl drei Prozent also nichts entnehmen. Viel kann man dem Bericht entnehmen, den Carters Kriegsminister Brown dazu geliefert hat und der offenherzig die strategischen räuberischen Interessen der US-Imperialisten beschreibt.

Carter und Brown sorgen sich um die unmittelbare Kriegsbereitschaft ihrer Truppen in Europa. Diese Truppen, so Brown, seien bereit zu intensivem Kampf, wenn sie gut genug für den Ernstfall ausgebildet seien und wenn ihre Ausrüstung und Reserveversorgung entsprechend seien.

„Leider kann ich nicht berichten, daß unsere Streitkräfte nach dieser Definition so kampfbereit sind, wie ich sie gern hätte."

Bei sprunghafter Verschärfung der Widersprüche und intensiverer Kriegsvorbereitung machen die US-Imperialisten ihre Truppe kriegsbereit für den Kampf um Europa.

Die Mittel: Die US-Imperialisten wollen die Ausrüstung, die in Westeuropa eingemottet auf die im Krieg eingeflogenen US-Soldaten wartet, verdoppeln. Statt bisher zwei Armeedivisionen sollen in Zukunft fünf Armeedivisionen dafür bereitstehen, binnen zehn Tagen nach Westeuropa verlegt zu werden, zusätzlich zu den sechs ständigen. Statt bisher vierzig sollen in Zukunft sechzig taktische Luftwaffenstaffeln innerhalb von zehn Tagen in Westeuropa einsatzbereit sein.

Browns Bericht beschränkt sich nicht auf den Ausbau der Truppen für den Kampf um die strategische Beherrschung Europas. Die USA, sagte Brown, müßten besondere Aufmerksamkeit verwenden auf die „Unabhängigkeit solch kritischer Gebiete wie Westeuropa, den Mittleren Osten und den Golf, Nordostasien und Afrika und die Freiheit der See- und Luftwege dorthin."

Mit Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit dieser „Gebiete" vom Einfluß des rivalisierenden Sozialimperialismus und die Aufrechterhaltung der Unterdrückung durch den US-Imperialismus gemeint. Zwei Tage nach diesem Bericht gab Brown bekannt, daß eine weitere Fregatte in das Rote Meer, direkt in die Nähe Eritreas und Äthiopiens, einlaufen werde, um die dort stehenden Kriegsschiffe – einen Lenkwaffenzerstörer und eine Fregatte – zu verstärken.

Brown nennt den Grund solcher Aufmerksamkeit:

„Abgesehen von der sowjetischen Bedrohung hob Dr. Browns Bericht die wachsende Abhängigkeit der USA von importierten Rohstoffen, vor allem Öl, hervor, das würde bedeuten, sagte er, daß ‚unsere Sicherheit von mehr als der relativen Nicht-Bedrohung durch einen direkten Angriff abhängt.'" (Financial Times, 3.2.78)

Die US-Imperialisten haben selber Öl genug. Die Sicherheit ihres Profits hängt davon ab, daß sie *billiges* Öl bekommen, und das bekommen sie nur gegen die Besitzer des Öls, Völker der Dritten Welt, und ihren Kampf.

Browns Erklärung ist deutlich: Die US-Imperialisten wollen in Westeuropa einen Gang zulegen bei der Vorbereitung des Krieges um die Beherrschung Europas und die Niederhaltung der konkurrierenden westeuropäischen Imperialisten. Brown erklärt weiter den Ländern der Dritten Welt, daß sie Objekt des „Sicherheitsbedürfnisses" der USA seien.

Die Bewaffnung, die sich die US-Imperialisten in den nächsten Jahren vor allem anschaffen, ist die Bewaffnung für den Krieg um Europa, um die Wasser- und Luftverkehrsverbindungen und die Intervention überall in der Welt, wo sie glauben, sich damit durchsetzen zu können.

Panzer, Kurzstreckenraketen sowie die Aufstockung auf 2000 taktische Kampfflugzeuge sowie von 200 auf 250 überseeische Kampfschiffe sind die Schwerpunkte der Rüstung nach dem Bericht Browns. – (Z-Red.)

Italienische Bourgeoisie will revolutionäre Arbeiter und Studenten verbannen

Vorschlag kam von den Revisionisten / Heftige Kämpfe gegen politische Unterdrückung und Faschisten

In der letzten Woche hat sich die revisionistische PCI mit Andreotti über die Neubildung der italienischen Regierung geeinigt. Der „Kompromiß" liegt auf der seit langem absehbaren Linie: keine direkte Regierungsbeteiligung der Revisionisten, gegen die die US-Imperialisten ihr Veto eingelegt hatten, um den Einfluß der anderen Supermacht im italienischen Staatsapparat zu begrenzen. Aber auch kein Bruch der faktischen Koalition zwischen Christdemokraten und Revisionisten, die die Finanzbourgeoisie braucht zur Niederhaltung der Arbeiter und zur Spaltung der Gewerkschaften. Stattdessen ein „Kontrollausschuß", mit dem die parlamentarische Mehrheit unter Einschluß der PCI die künftige Regierung kontrollieren soll und der die Revisionisten einen Schritt vorwärts bringt in der Unterhöhlung der parlamentarischen Regierungsform und ihrer eigenen Einnistung im Staatsapparat. Eine Zustimmung der Nationalen Delegiertenversammlung der Gewerkschaften in dieser Woche zu der Spalterlinie des Lama-Interviews (siehe KVZ 6/78) soll dazu als Eintrittskarte dienen.

Im Frühjahr haben die linksliberale Radikale Partei und einige revolutionäre Organisationen mehr als 800000 Unterschriften für Volksentscheid gegen verschiedene reaktionäre Gesetze gesammelt, darunter den Abtreibungsparagrafen, das faschistische Politische Strafgesetzbuch, das Gesetz über die „öffentliche Sicherheit" (nach dem verantwortlichen Minister genannt Legge Reale), das Militärstrafrecht, das Konkordat und die Parteienfinanzierung durch den Staat. Stück für Stück arbeiten die bürgerlichen Staatsorgane jetzt daran, das Recht des Volkes, auch nur gelegentlich und über tausend bürokratische Klippen mit einem Referendum selbst zu entscheiden, zu beschneiden. Im Januar hat das Verfassungsgericht vier der acht Referenden, nämlich die gegen das politische Strafgesetzbuch, das Konkordat und die Militärgerichtsbarkeit für unzulässig erklärt. Die restlichen wollen die bürgerlichen Parteien jetzt mit Gesetzesänderungen, wodurch das Referendum gegen das betreffende Gesetz verfällt, unterlaufen. Beim Abtreibungsparagrafen war ein solches Manöver im letzten Jahr an der Hartnäkkigkeit einiger christdemokratischer Abgeordneter, also am Vatikan, gescheitert. Berlinguer hat jetzt verkündet, die Revisionisten seien prinzipiell gegen die Abtreibung und hat den Pfaffen die Bereitschaft zu noch weitergehenden Zugeständnissen signalisiert. Beim Gesetz „über die innere Sicherheit", das unter anderem den Schußwaffengebrauch der Polizei legalisiert, gedenken die bürgerlichen Parteien, durch Einführung der Polizeihaft ohne richterlichen Haftbefehl das Gesetz zu ändern, so daß ein neues Volksbegehren eingeleitet werden müßte. Mittlerweile wird schon öffentlich darüber spekuliert, wie auf diese Weise alle Volksentscheide – außer vielleicht der über die Parteienfinanzierung – aus dem Weg geräumt werden könnten. Für die Zukunft hat der revisionistische Kammerpräsident Ingrao schon vorgeschlagen, die Zahl der benötigten Unterschriften drastisch zu erhöhen.



Sowohl die Unterdrückungsmaßnahmen des Staatsapparats als auch der faschistische Terrorismus haben sich in Rom am meisten zugespitzt. Die Schwäche der Arbeiterklasse der Hauptstadt hat es den Faschisten schon seit langem erlaubt, sich dort regelrechte Stützpunkte zu errichten, von denen aus sie zu Mordanschlägen und anderen terroristischen Aktionen ausziehen. Auf der anderen Seite hat sich in Rom mit besonderer Wucht die Rebellion der Massen der arbeitslosen Jugendlichen und Studenten entwickelt. Nur 8,4% beträgt in der Region Latium, zu der Rom gehört, der Anteil der Lohnabhängigen in der Industrie an der Bevölkerung, gegenüber 20,3% in der Lombardei (Hauptstadt Mailand) oder 19,5% in Piemont (Hauptstadt Turin). Zwei Drittel der Bevölkerung werden in Latium nicht zur „Erwerbsbevölkerung" gezählt gegenüber um 60% in Piemont und der Lombardei. Dahinter verbirgt sich die Riesenmasse Arbeitsloser, die es längst aufgegeben haben, sich vergeblich beim Arbeitsamt um Arbeit zu bemühen.

Mit allen Mitteln versucht die Bourgeoisie, die Rebellion dieser Jugendlichen von der Arbeiterbewegung abzuspalten, um sie isoliert niederzuschlagen. Die Revisionisten verbreiten, nur durch Unterwerfung unter die Bourgeoisie und Lohnabbau sei Kampf gegen die Arbeitslosigkeit möglich. An die Spitze der spontanen Rebellion versuchen sich die sogenannten „Autonomen" zu setzen mit der Behauptung, Revolution könne heutzutage nur von den „Nicht-Garantierten" gemacht werden, die beschäftigten Arbeiter hätten eine „garantierte" Existenz und seien mithin nicht revolutionär. Bisher sind die schwachen revolutionären Kräfte nicht in der Lage gewesen, die Massenbewegung zu führen und die Ideologen der P 38 (ein bestimmter Pistolentyp) in die Schranken zu weisen. Gegen diese von der Arbeiterklasse isolierte Strömung versucht die Bourgeoisie, neue Unterdrükkungsmaßnahmen zuerst anzuwenden, um sie dann zu verallgemeinern.

Im November wurden mehrere Büros der „Autonomen" durch die Polizei geschlossen. Erstmals wurde damit ein erst im Sommer erlassenes Gesetz angewandt, nach dem nicht nur die Beschlagnahme von beweglichen „Beweismitteln", sondern auch die „Beschlagnahme von Räumen" zulässig ist, wenn sie zur „Vorbereitung von Straftaten" dienen.

Gegen mehrere Mitglieder der „Arbeiterautonomie" hat die Staatsanwaltschaft jetzt Verfahren angestrengt mit dem Ziel, sie auf kleine Inseln und in abgelegene Dörfer zu verbannen. Diese Strafmaßnahme war bereits kurz nach Gründung des italienischen Einheitsstaates zur Niederschlagung der Bauernaufstände in Süditalien eingeführt worden. Die Faschisten legten ganze Sträflingskolonien von verbannten Antifaschisten an. Nach dem von der Mitte-Links-Regierung erlassenen Gesetz über „innere Sicherheit" ist die Verbannung jetzt schon auf Grund des bloßen Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung möglich. Gegen die „Autonomen" soll sie jetzt erstmals wieder angewandt werden. Die Revisionisten, die die Region Latium und die Stadt Rom regieren, hatten das kürzlich in einem „Dossier" vorgeschlagen.

Gegen die Drohung mit Verbannung revolutionärer Arbeiter und Studenten hat sich eine breite Massenbewegung entwickelt. Während das Gericht am 31.1. über den ersten Fall verhandelte, tobten in den umliegenden Straßen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei. In diesem und in einem weiteren Fall mußte das Gericht die Verbannung ablehnen und den Haftbefehl aufheben. Eine Demonstration am verletzten Wochenende gegen die Verbannungsanträge wurde verboten. Sie fand trotzdem statt. Zahlreiche Fahrzeuge der Polizei und der Bürgerkriegstruppen Carabinieri gingen dabei in Flammen auf.

Wie die italienischen Zeitungen berichten, wird die Moral der Polizeikräfte, die fast täglich gegen Demonstrationen und Kundgebungen eingesetzt werden, immer schlechter. In Rom ist der Krankenstand auf über 20% gestiegen, obwohl 1300 bis 1800 Lire Anwesenheitsprämie für jeden Tag gezahlt wird, an dem die Polizisten zum Dienst antreten.

Die Massenbewegung gegen den Verbannungsparagrafen hat selbst bürgerliche Politiker zu Stellungnahmen gegen dieses Strafgesetz gezwungen. So hat sich z.B. der revisionistische Senator Terracini, dessen Unterschrift als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung die italienische Verfassung trägt, gegen das Gesetz ausgesprochen. Wenn es den Revolutionären gelingt, die breite demokratische Bewegung zu einigen und in den Kampf zu führen, können die wilden Maßnahmen der Reaktion bestimmt zurückgeschlagen werden. – (Z-Red.)

Das demokratische Kampuchea – ein Dorn im Auge des Großmachtchauvinismus

Die Hetze gegen das Demokratische Kampuchea ist nichts Neues. Mehr noch als am vietnamesischen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus haben die Großmachtchauvinisten aller Länder versucht, ihr Mütchen an den kambodschanischen Arbeitern und Bauern zu kühlen.

Tatsächlich ist dem Imperialismus und Hegemonismus noch nie eine so verheerende Niederlage beigebracht worden wie durch die Arbeiter und Bauern Kambodschas im Kampf für die Befreiung ihres Landes. Nicht nur die US-amerikanischen Aggressionstruppen sind durch die kambodschanischen Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas geschlagen worden. Auch die andere Supermacht hat in Kambodscha eine deftige Niederlage eingesteckt.

Bekanntlich haben die Sozialimperialisten die kambodschanische Befreiungsfront niemals anerkannt, bis zuletzt ihren Botschafter in Phnom Penh gelassen und die verbrecherische Lon-Nol-Clique bis zum üblen Ende direkt und indirekt in ihrem Kampf gegen das Volk von Kampuchea unterstützt. Niemals konnten sie widerlegen, daß sie einen Teil der Versorgung der Lon-Nol-Clique übernommen hatten. Ein kleines Volk kann eine Supermacht besiegen, diese Wahrheit ist noch nie so eindeutig bewiesen worden wie durch das Volk von Kambodscha. Daher die Hetze der Großmachtchauvinisten aller Länder gegen dieses Volk.

Die Revisionisten haben immer an die Macht der Zahl und die entscheidende Bedeutung der Waffen geglaubt. Deshalb sind sie ganz aus dem Häuschen über die Tatsache, daß das Volk von Kambodscha kompromißlos seinen Standpunkt der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität gegen jeden Angriff verteidigt. Die Gedankengänge der Revisionisten sind wirklich verräterisch. Um zu beweisen, daß das Demokratische Kampuchea in Wahrheit gar nicht angegriffen wird, behaupten sie, es könne mit Leichtigkeit zerschlagen werden. Die Zeitung „Die Tat" unter Führung des Frankfurter Revisionisten Emil Carlebach versteckt sich bei ihrem großmachtchauvinistischen Geschrei hinter „westlichen Beobachtern": „Westliche Beobachter kommen bei Beurteilung des militärischen Kräfteverhältnisses zu dem Schluß, daß Vietnams Stärke ein Mehrfaches des kambodschanischen Potentials ausmacht und daß seine Armee tief im Innern Kambodschas stehen könnte, verfolgte es die ihm von etlichen Außenstehenden unterstellte Absicht, ganz Indochina unter seinen Einfluß zu bringen."

Vietnam könnte also sehr gut Kambodscha besetzen. Diese großmachtchauvinistische Behauptung ist in den Augen der Revisionisten der beste Beweis dafür, daß keinerlei Aggressionsversuche unternommen worden sind. Die Wahrheit freilich ist, daß das Demokratische Kampuchea eben nicht besetzbar ist. Das hat schon der US-Imperialismus erfahren.

Wie haben denn da die „westlichen Beobachter" das militärische Kräfteverhältnis eingeschätzt? Damals wie heute haben sie sich getäuscht, und mit ihnen getäuscht haben sich die Revisionisten, die auf die Zahl und die Waffen setzen. Die „Frankfurter Rundschau" ließ schon im Januar einen „Gewährsmann" aus Hanoi berichten: „Die vietnamesischen Truppen üben in der umstrittenen Gegend eine starke Präsenz aus und hätten ohne weiteres bis in die Hauptstadt Kambodschas marschieren können." Man hat seine Zweifel.

Der Gewährsmann berichtet dann doch von einem Angriff. „Die Roten Khmer waren offenbar von der Heftigkeit der vietnamesischen Aktion überrascht und leisteten keinen bedeutenden Widerstand. Der freiwillige Rückzug der Vietnamesen in der ersten Januarhälfte wurde aber von der kamboschanischen Propaganda als großer militärischer Sieg gefeiert." Wahrscheinlich war auch der Abzug der Amerikaner aus Phnom Penh freiwillig und hat das kambodschanische Volk auch diesen Sieg nur erfunden. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf", eine linke Variante der „Frankfurter Rundschau", schreibt: „Derartige Propagandathesen lassen doch wohl sehr stark auf *interne* Schwierigkeiten des kambodschanischen Regimes schließen – und es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte, daß auflebende Klassenkämpfe im Innern durch Expansion nach außen kompensiert werden sollen." Als Vietnam und Kambodscha gemeinsam gegen den US-Imperialismus gekämpft haben, befanden sich die Sprecher Vietnams nie in solcher Nachbarschaft. Jetzt aber sagt der Botschafter Vietnams in Paris: „Die Weltmeinung hat gut gemerkt, daß die sehr düstere Lage im Innern Kambodschas die Konsequenz einer Politik der blutigen Unterdrückung und der blutigen Säuberungen ist." Was ist das für eine Weltmeinung? Ist es nicht der Teil der „Weltmeinung", den das vietnamesische Volk in seinem Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus stets gegen sich hatte? – (Z-Red.)

Südafrika will in Namibia die „interne Lösung" durchpauken

Die westlichen Imperialisten geben Flankenschutz



Ende Januar hat das südafrikanische Kolonialregime angekündigt, daß Wahlen für ein „unabhängiges Namibia" sofort vorbereitet und innerhalb von sechs Monaten durchgeführt werden sollen. BRD-Außenminister Genscher reiste an diesem Wochenende nach New York, um sich mit seinen „Kollegen" zu treffen. Die Kollegen sind die Außenminister der fünf westlichen imperialistischen Länder im UNO-Sicherheitsrat (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und BRD) und der südafrikanische Außenminister Botha. Ein „Operationsplan" soll beraten werden für eine „friedliche Lösung" des Namibia-Problems. Das „Lösungspaket (enthält) konkrete administrative Maßnahmen für die Übergangsperiode zur Unabhängigkeit einschließlich der Vorbereitung von freien Wahlen ..." (Süddeutsche Zeitung, 10.2.78)

Namibia wurde vom deutschen Imperialismus 1884 zur Kolonie gemacht, und als dieser im Ersten Weltkrieg gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten unterlegen war, von Großbritannien unter den Nagel gerissen. 1919 übertrug der von den Imperialisten als Instrument ihrer Aggressionspolitik gegründete Völkerbund das damalige „Deutsch-Südwestafrika" der britischen Kolonie Südafrika als „Mandat". Nachdem sich die unterdrückten Länder der Dritten Welt in der UNO, der Nachfolgeorganisation, immer mehr Einfluß verschafft hatten, wurde das Mandat 1967 zwar aufgehoben, was die Imperialisten aber nicht hindert, durch ihr südafrikanisches Kolonialregime Namibia weiterhin besetzt zu halten.

Aber inzwischen ist klar, daß die Zeit für die direkte koloniale Beherrschung Namibias als „Mandatsgebiet" abgelaufen ist. Um so verzweifelter hetzen die Imperialisten durch die Welt, um ein neokoloniales Regime zustandezubringen, das ihnen die Ausbeutung der Arbeitskraft des Volkes von Namibia und seiner Reichtümer weiterhin sicherstellt.

Die vom südafrikanischen Kolonialregime 1975 mit der Einsetzung der „Turnhalle", einer Verfassungskonferenz von Kolonialisten und afrikanischen Marionetten begonnene „interne Lösung", ist so ein Versuch. Gelingt er, hoffen die westdeutschen Imperialisten auch für die „interne Lösung" in Rhodesien rosigere Zeiten. Aus der „Turnhalle" wurden inzwischen an die 10 Parteien der kolonialen Siedler und ihrer Marionetten, mehrere davon haben erst vor zwei Wochen eine „Demokratische Turnhallen-Allianz" gebildet. Zwei Schwarze sind Präsident und Vizepräsident, die Vorsitzenden und Sekretäre Kolonisten. Sie will mit den „5 westlichen Mächten eine friedliche Lösung für Namibia aushandeln", berichtet die südafrikanische Zeitung „The Citizen" am 31.1.1978.

Die westlichen Imperialisten, die so auftreten, als wären sie gegen diese „interne Lösung", wollen ihr in Wirklichkeit Flankenschutz geben. Der Druck der Massen in Namibia und der Völker der Welt soll abgeschwächt, die SWAPO, die Befreiungsorganisation des Volkes von Namibia, isoliert und zerschlagen werden. „Um die Einbindung", d.h. Fesselung, „der SWAPO in den Prozeß des Übergangs zur Unabhängigkeit bemühen sich die fünf westlichen Mitglieder des Weltsicherheitsrates schon seit fast elf Monaten", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (11.2.78). Wie in Zimbabwe und Azania machen die Imperialisten ihre Rechenspiele ohne die Volksmassen und ihren Kampf.



Um Namibia zur Kolonie zu machen, haben die deutschen Imperialisten einen grausamen Ausrottungskrieg geführt, den sie erst gewannen, als sie das Volk der Herero in den Tod in die Wüste trieben. Die Kraft des Widerstands zeigt sich darin, daß über 1000 deutsche Kolonialsoldaten in diesem Kriegszug getötet wurden.



Die Befreiungskämpfer der SWAPO knüpfen an an die ungebrochene Kampftradition des Volkes von Namibia.

Die SWAPO fordert den vollständigen Abzug der südafrikanischen Truppen, bevor irgendwelche Wahlen zur Unabhängigkeit abgehalten werden können. Diese südafrikanischen Truppen sind jedoch gerade der Garant dafür, daß eine neokoloniale Marionettenregierung eingesetzt werden kann. Offen geben sie das zu. So schreibt die „Afrika-Post", in Südafrika und Bonn erscheinende Propagandaschrift des Kolonialregimes:

„SWAPO würde ... unter keinen Umständen an einer Wahl teilnehmen, wenn die Truppen im Lande blieben. Dazu muß gesagt werden, daß ein Abzug der südafrikanischen Truppen die Zivilbevölkerung mit dem Gefühl zurücklassen würde, sie sei schutzlos den SWAPO-Pressionen ausgeliefert. Angesichts der schwarzen Mentalität würde das aus Angst einen Erdrutsch in der Wählerschaft zugunsten von SWAPO auslösen ..." (Februar 78, S. 40) Oder Leutnant Philipp Spies von der Kolonialtruppe: „In diesem Teil der Welt sind überall Terroristen, besonders in Ovamboland. Sie sind Teil der Bevölkerung."

Die Angst ist so groß, daß trotz allen Geredes, die SWAPO könne Kundgebungen abhalten, der Führer des Inland-Flügels, Daniel Tjongarero, und andere führende Kader sofort verhaftet wurden, als sie in Ovambo zu einer Massenversammlung sprechen wollten. Die SWAPO ist offiziell zwar nicht verboten, ihre Mitglieder werden jedoch verfolgt, eingekerkert und ermordet.

Während das südafrikanische Regime und die Imperialisten von der „Unabhängigkeit" Namibias und dem Abzug der südafrikanischen Truppen reden, graben sich diese in Wirklichkeit im ganzen Land ein. Die BRD-Imperialisten und ihre Komplizen rüsten sie mit Unimog LKWs und anderen deutschen, französischen und amerikanischen Waffen aus. Die Annexion eines der größten Stützpunkte, Walfischbai, am 31.8.77 durch Südafrika haben sie stillschweigend gebilligt. Walfischbai ist der einzige Hochseehafen, 90% des Exporthandels und alle Mineralien gehen hierüber. Er ist nur wenige Flugminuten von der größten Uranaufbereitungsanlage, der Rio Tinto Rössing, an der auch die BRD-Imperialisten beteiligt sind, entfernt. Alle 9 Fischfabriken des Landes befinden sich hier. Von hier aus können die gesamten Ölvorkommen vor der Küste Namibias kontrolliert werden. Walfischbai in der Hand des südafrikanischen Kolonialregimes sichert den westlichen Imperialisten die wirtschaftliche Kontrolle des Landes und den wichtigsten militärischen Brückenkopf.

Die „Turnhallenversammlung" der Marionetten und kolonialen Siedler hat nicht nur der Annexion zugestimmt. In ihrer Angst vor dem Volk von Namibia unter Führung der SWAPO haben sie auch alle bekundet, nach den „Wahlen" die südafrikanische Armee zum Verbleib im „unabhängigen Namibia" aufzufordern. Gleichzeitig versuchen sie rasch Marionetten- und Söldnertruppen aufzustellen.

Den westlichen Imperialisten ist klar, daß sofort nach Einsetzung des neokolonialen Regimes sich der bewaffnete Volkskrieg unter Führung der SWAPO verschärfen wird. Die Unabhängigkeit muß die „internationale Anerkennung" haben, sagen sie. Sie meinen damit, daß die Front der Staaten der Dritten Welt gespalten, die Anerkennung der SWAPO als einzigem von der UNO anerkannten legitimen Vertreter des Volkes von Namibia aufgehoben und die Invasion fremder Truppen möglich werden soll. Deshalb sind sie für UNO-Beobachter und UNO-Truppen bei der Abhaltung von Wahlen durch das südafrikanische Regime. Aber die Pläne der Imperialisten scheitern am nationalen Befreiungskampf der Völker. Tag für Tag greifen die Volksmassen und die Befreiungskämpfer Namibias sie an. – (Z-Red.)



„Die Kolonisierung muß das Ziel haben, die Eingeborenen eines Teils ihres Grund und Bodens zu enteignen, um Land für die Farmer zu schaffen ...", schrieb 1902 die „Koloniale Zeitschrift" Nr. 15 der deutschen Imperialisten. Ergebnis ist die Einpferchung in Reservate wie in Azania. Zwei Drittel des Landes sind Privatbesitz der kolonialen Siedler, ein erheblicher Teil deutsche Staatsbürger oder deutscher Herkunft.

Streikkämpfe der kolumbianischen Arbeiter für Lohnerhöhungen und Verteidigung des Rechts auf Altersrente

In einem Flugblatt vom Januar 1978 schreiben die Arbeiter der nationalen Gewerkschaft der Karton-und Papierherstellerindustrie (SINTRA-CARCOL) Kolumbiens über ihren Kampf:

„Wir klagen vor der öffentlichen Meinung unseres kolumbianischen Volkes die Raubgier des multinationalen Kartonunternehmens, des größten in unserem Lande, einer Filiale des nordamerikanischen Monopols Container Corporation of America, an, der 1700 Arbeiter zum Streik gezwungen hat durch die Unnachgiebigkeit bei der Regelung eines Katalogs von Forderungen, den die Arbeiter am 26.9.77 vorgelegt hatten."

Seit Mitte letzten Jahres halten die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und Volksmassen Kolumbiens gegen Rentenkürzungen durch die kolumbianische Regierung und durch den Nationalen Industrieverband ANDI, für Anhebung der Löhne mindestens auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten, Bezahlung der Weihnachtsferien, Unterstützung bei Krankheit und gegen die über 30% hohe Arbeitslosigkeit des Landes an. Anfang September 77 erzwingen die Arbeiter Verhandlungen über ihre Forderungen zwischen den Kapitalisten und den führenden US-Konzernen in Kolumbien, dem Arbeitsministerium der Regierung und den vier größten Gewerkschaften des Landes. Am 2.9. werden die Verhandlungen abgebrochen. Die Kapitalisten und die US-Imperialisten, die in ihren Filialen und Tochtergesellschaften einen Großteil der kolumbianischen Arbeiterklasse ausbeuten, sind nicht bereit, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Die Gewerkschaften des Landes rufen zum Generalstreik am 14.9.1977 auf. In Bogota, Cile und anderen Großstädten des Landes führen die Arbeiter große Demonstrationen und Kundgebungen am 14. und 15. 9. durch. Die streikenden Arbeiter legen das gesamte Transportwesen des Landes lahm. Die Kapitalisten schätzen den Verlust, den sie durch den Streik einstecken müssen, auf über 1,2 Milliarden kolumbianische Pesos. Am 19.9. drohen die vier Gewerkschaften mit einem neuen zweitägigen Generalstreik, wenn die Kapitalisten nicht der allgemeinen Lohnerhöhung zustimmen. In den Betrieben und großen Konzernen werden ‚besondere Vorschriften' erlassen, die den Kapitalisten die Entlassung der Arbeiter erlauben, die den Streik unterstützt oder sich daran beteiligt haben. Im November und Dezember 77 kommt es zu erneuten Verhandlungen zwischen den Kapitalisten, den Vertretern des Arbeitsministeriums und den Vertretern der Gewerkschaften.

Die nationale Gewerkschaft der Papier-und Kartonherstellerindustrie (SINTRA-CARCOL) fordert zusätzlich zu dem Forderungskatalog die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der von dem US-Konzern Container Corporation ausgebeuteten armen Bauern. In ihrem Bericht an die internationale Presse beschreibt die kolumbianische Papierarbeitergewerkschaft die Ausbeutung und Ausplünderung des Landes durch die US-Imperialisten: „Dieses Unternehmen besitzt in Kolumbien das Monopol in der Papier-und Kartonherstellung. Es profitiert aus seiner Stellung als einer der größten und hochentwickeltsten Industriezweige des Landes. Durch den billigen Ankauf ihres Bodens vertreibt das Unternehmen die armen Bauern und verwandelt sie in Tagelöhner (...), die unter Lizenz die Wälder mit Edelhölzern entlang der Küste roden müssen und das Holz an den US-Konzern als Rohstoff für die Papierherstellung liefern müssen." Die kolumbianischen Bauern werden von dem Konzern ruiniert, der Aufbau einer nationalen Kleinindustrie in diesem Bereich wird verhindert. In den größten Städten des Landes hat der US-Konzern Zweigbetriebe errichtet – 5 große Papiermühlen, 4 große Wellpappefabriken, eine Fabrik für Wegwerfverpackung, eine für Plastikverpackung, eine Papierrollenfabrik und eine Fabrik für Verpackungsmaterial für den Bananenexport – in denen die US-Imperialisten die kolumbianische Arbeiterklasse ausbeuten, die Rohstoffe und die natürlichen Reichtümer des Landes plündern.

Den kolumbianischen Papierarbeitern bot der US-Konzern im Dezember 1977 eine Lohnerhöhung von 28% an. Um über 50% waren die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr gestiegen. Gegen dies unverschämte Angebot der Container Corporation traten 1700 Arbeiter des Konzerns am 26.12.77 erneut in den Streik. Die darauf folgenden Verhandlungen brachen die US-Imperialisten am 12.1.78 „in Abwesenheit der Repräsentanten des Arbeitsministeriums ab und machten so klar, daß sie die Verhandlungen nicht fortsetzen würden, bis wir die Punkte zurückziehen würden, die wir bis zu diesem Augenblick verteidigen. Es ist unwürdig zu sehen, wie die Vertreter des Unternehmens, obwohl Kolumbianer von Geburt, es vorziehen niederzuknien und die Interessen eines nordamerikanischen Monopols zu verteidigen gegen die Arbeiter und die natürlichen Reichtümer des Landes" (aus dem Flugblatt der SINTRA-CARCOL vom Januar 1978, Cile-Valle) – (Z-Red)

Die sowjetische Landwirtschaft ist von Fäulnis und Verkommenheit geprägt

Sozialistisches Kollektiveigentum in kapitalistisches Staatseigentum verwandelt

1977 sind die Sozialimperialisten mit einer Getreideproduktion von 194 Mio. Tonnen um fast 30 Mio. Tonnen unter dem Ergebnis des Vorjahres und unter dem aufgestellten Plansoll des zehnten Fünfjahresplans von 220 Mio. Tonnen Getreide jährlich geblieben. Um das entstandene Loch zu schließen, haben sie bereits 4 Mio. Tonnen Getreide aus den USA aufgekauft. Das sind zwei Drittel der mit den USA 1976 getroffenen Liefervereinbarung von einer Jahresimportmenge von 6 Mio. Tonnen über den Zeitraum von fünf Jahren.

Bereits der neunte Fünfjahresplan, der 1975 abgeschlossen wurde und nach dem eine jährliche Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft von durchschnittlich 4,3% vorgesehen war, konnte mit einer jährlichen Zuwachsrate von bloß 0,4% nicht eingehalten werden. Damals erklärte das ZK der KPdSU dazu:

„Im neunten Planjahrfünft mußte die Landwirtschaft sehr schwere Prüfungen bestehen. Auf Grund der Witterungsbedingungen war lediglich ein Jahr günstig, und zwei Jahre lang waren die meisten Gebiete der Sowjetunion von einer schrecklichen Dürre betroffen." (Beschluß des ZK der KPdSU, veröffentlicht in: Prawda, 2. Juni 1976)

In ähnlich „plausibler wie geistvoller" Weise äußert sich der Stellvertreter des Landwirtschaftsministeriums der UdSSR Anatoli Golzow über die „Ergebnisse des Jahres 1977":

„Hier (im Fünfjahresplan) ist wirklich alles berücksichtigt, leider aber mit einer einzigen Ausnahme, die jedoch ausschlaggebend ist: Der Klimafaktor wird als konstante Größe genommen."

Weiter erklärt er zur Getreideproduktion und der Aufstellung von Produktionsplänen dafür:

„Es kommt nicht aufs Brot an ... Es kommt nicht darauf an, die Ernte vorauszusagen, sondern darauf, sie zu programmieren und vor allem von den Produktionsfaktoren, von deren geschickter Nutzung durch die Beschäftigten abhängig zu machen." (APN)

Mit dem Gefasel vom Wetter hoffen die Sozialimperialisten, ihre Unfähigkeit zur Planung der Produktion zu vertuschen. Zur Planung sind sie wie alle Imperialisten unfähig, da sie nicht nach den Bedürfnissen der Massen, sondern nach ihren Profitinteressen produzieren lassen. Die Planungen, die sie dennoch aufstellen, sind Programme der Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung der sowjetischen Arbeiter und Bauern, wie man aus der Äußerung des Vertreters des Landwirtschaftsministeriums ersehen kann.

Das geringfügige Wachstum und der teilweise Rückgang in der Getreideproduktion sind nur eine der vielfältigen Erscheinungsformen der Verkommenheit der sowjetischen Landwirtschaft, wie sie seit der Herrschaft der neuen Zaren anzutreffen sind.

Aus der folgenden Tabelle kann man ersehen, wie unter der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion die Landwirtschaft einen erheblichen Aufschwung genommen hat, während sie unter der Diktatur der neuen Bourgeoisie stagniert.

Anbaufläche in der UdSSR
in Mio. Hektar

	Getreide	Baumwolle	Futtermittel
1913	105,0	0,69	2,1
1929	118,0	1,06	5,0
1930	127,2	1,58	6,5
1931	136,3	2,14	8,8
1962	128,7	2,39	62,3
1966	124,8	2,46	56,6
1970	120,1	2,73	66,1

Quellen: Stalin, Werke Bd. 13 und 15; Zeitschrift „Osteuropa", Nr. 6/74)

Am Wetter liegt es mit Sicherheit nicht. Nach der Oktoberrevolution, in einer Lage, wo die Verwüstungen durch den ersten Weltkrieg auf den russischen Arbeitern und Bauern schwer lasteten, waren die sowjetische Arbeiterklasse und die Bauern unter der Führung der bolschewistischen Partei vor die schwere Aufgabe gestellt, die Produktion wieder aufzubauen und nach den Bedürfnissen der Massen umzustellen.

Lenin hatte im Mai 1921 in einer Rede über die Naturalsteuer über die Neuorganisierung der Landwirtschaft erklärt:

„Wenn die Bauernwirtschaft sich weiterentwickeln kann; so muß man auch den weiteren Übergang auf fester Basis sichern, der weitere Übergang besteht aber unweigerlich darin, daß die am wenigsten vorteilhafte und am meisten rückständige zersplitterte bäuerliche Kleinwirtschaft sich durch allmählichen Zusammenschluß zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisiert. So haben sich die Sozialisten das alles von jeher vorgestellt. Das eben ist auch die Auffassung unserer Partei." (Lenin, Bd. 32)

Über den Charakter der zu schaffenden Großlandwirtschaften sagte er in einer Rede über das Genossenschaftswesen 1923:

„Unter dem Staatskapitalismus unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von staatskapitalistischen dadurch, daß sie erstens private, zweitens kollektive Betriebe sind. In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe, aber sie unterscheiden sich nicht von sozialistischen Betrieben, wenn sie auf dem Grund und Boden errichtet und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staat, d.h. der Arbeiterklasse gehören."

Für die Bauern wurde eine Naturalsteuer eingeführt, mit der die Arbeiterklasse die Ernährung der Bevölkerung in den Städten sicherte. Unter Leitung des proletarischen Staates wurden auf dem Land Maschinen- und Traktorenstationen errichtet, die den Bauern, die sich in Kollektiven zusammengeschlossen hatten, zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens zur Verfügung standen.


Der erste Traktor zieht ins Dorf ein (1925) – Eine wesentliche Errungenschaft der sowjetischen Arbeiterklasse und Bauern war die Elektrifizierung des ganzen Landes, die bis Anfang der 30er Jahre durchgeführt war.

Der XV. Parteitag der KPdSU 1927 leitete eine Massenbewegung zur Kollektivierung der Landwirtschaft ein. In seinem Rechenschaftsbericht erklärte Stalin, angesichts der Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Vorkriegsproduktion nur um 28 bis 30 Prozent gestiegen war bis 1931/32 und damit der industriellen Produktion, die einen Anstieg von 70 Prozent zu verzeichnen hatte, erheblich hinterherhinkte:

„Wodurch ist ein solches zum Vergleich zu dem Entwicklungstempo unserer nationalen Industrie relativ langsames Entwicklungstempo der Landwirtschaft zu erklären? Es erklärt sich sowohl durch die außerordentliche Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Technik als auch durch das zu niedrige Kulturniveau des Dorfes, ferner aber besonders dadurch, daß unsere zersplitterte landwirtschaftliche Produktion nicht über die Vorzüge verfügt, die unsere vereinigte nationalisierte Großindustrie besitzt. (...) Sie wird nicht planmäßig betrieben und unterliegt vorläufig noch zum größten Teil der Kleinproduktion. Sie ist nicht zusammengeschlossen und nicht durch Kollektivierung zu größeren Einheiten zusammengefaßt, weshalb sie noch einen günstigen Boden für die Ausbeutung durch kulakische Elemente bildet. (...) Der Ausweg liegt darin, die bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaften allmählich, aber unentwegt, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel und Überzeugung zusammenzuschließen auf der Grundlage der gesellschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur Intensivierung der Landwirtschaft." (Stalin, Bd. 10, S. 264)

Die großen Vorteile, die die kollektive Bewirtschaftung und die technische Unterstützung durch den Arbeiterstaat für die Entwicklung der Landwirtschaft bedeuteten, drückt ein Brief von Bauern aus Odessa aus, den Stalin auf dem XV. Parteitag zitierte:

„Wir (...) sprechen der Sowjetmacht unseren tiefsten Dank aus für die große Unterstützung, die uns beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft erwiesen worden ist. Die meisten von uns sind arme Bauern, die keine Pferde und kein Inventar besitzen. Wir waren daher nicht imstande, den uns zugeteilten Boden zu bearbeiten und mußten ihn den altansässigen Kulaken gegen Überlassung eines Teils der Ernte verpachten. Die Ernte war durchweg schlecht, da bekanntlich kein Pächter fremden Boden sorgfältig bearbeitet. (...) In diesem Jahr kam zu uns ein Vertreter der Vereinigung ukrainischer Sowjetwirtschaften und schlug uns vor, statt Gelddarlehen zu nehmen, unseren Boden mit Traktoren bearbeiten zu lassen. Alle Neusiedler, die paar Kulaken ausgenommen, gaben ihre Zustimmung (...), obwohl sie kaum glaubten, daß die Arbeit wirklich sorgsam ausgeführt werden wird. Zu unserer größten Freude und zum Ärger der Kulaken pflügten die Traktoren das gesamte Neuland und Brachland um, zwecks Reinigung von Unkraut wurde fünf-sechsmal nachgepflügt und geeggt, und schließlich wurde das ganze Feld mit einer reinen Weizensorte besät (...).

Nachdem wir diese Arbeit der Traktoren gesehen haben, wollen wir nicht mehr als Dorfarme unseren Kleinbetrieb weiterführen, sondern haben beschlossen, eine vergesellschaftete Traktorenwirtschaft zu organisieren, in der es nicht mehr abgesonderte bäuerliche Landfetzen gibt. Die Organisierung einer solchen Traktorenwirtschaft besorgt uns die Sowjetwirtschaft ‚Taras Schwetschenko', mit der wir einen Vertrag abgeschlossen haben." (Stalin, Bd. 10)


Eintritt in das Kollektiv (1929)

In der Verfassung der Sowjetrepubliken, die im Dezember 1963 vom Sowjetkongreß gebilligt wurde, wurde das Kollektiveigentum verankert. In Artikel 5 der Verfasung heißt es:

„Das sozialistische Eigentum der UdSSR hat entweder die Form von Staatseigentum (Gemeingut des Volkes) oder die Form von genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum (Eigentum einzelner Kollektivwirtschaften, Eigentum genossenschaftlicher Vereinigungen)."

Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion verwandelt die Kolchosen aus sozialistischem Eigentum in kapitalistisches Staatseigentum

In der neuen Verfassung der Sozialimperialisten vom letzten Jahr heißt es im Artikel 11:

„Eigentum der Kollektivwirtschaften und sonstigen genossenschaftlichen Organisationen und ihrer Vereinigungen sind die Produktionsmittel und sonstigen Besitzwerte, die der Erfüllung ihrer statuarischen Aufgaben dienen. Der Boden, den die Kollektivwirtschaften innehaben, wird ihnen zu unentgeltlicher und unbefristeter Nutzung zuerkannt. Der Staat unterstützt die Entwicklung des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums und seiner Annäherung an das staatliche Eigentum."

Im letzten Halbsatz dieser Neufestlegung der Verfassung liegt die wesentliche Veränderung, die die Umwandlung der Kolchosen von sozialistischem Eigentum in staatskapitalistisches Eigentum beinhaltet. Nachdem die neue Bourgeoisie die Macht in der Sowjetunion wiederherstellen konnte, verwandelte sich der Staatsapparat in ihren Händen zwangsläufig vom Staat der Arbeiterklasse in ein Instrument zur Regelung ihrer Profitinteressen und der Unterdrückung der sowjetischen Arbeiter und Bauern. Die Herstellung der staatlichen Kontrolle unter ihrer Herrschaft über die Kolchosen war für die neuen Zaren entscheidend zur Zerschlagung der Kolchosen.

Stalin hatte innerhalb der KPdSU bereits gegen Verstaatlichungspläne der Kollektive gekämpft, weil sie auch unter der Diktatur des Proletariats unsinnig waren:

„Manche Genossen meinen, man müsse das Kolchoseigentum einfach nationalisieren, es zum allgemeinen Volkseigentum zu erklären, so wie es seinerzeit mit dem kapitalistischen Eigentum geschah. Dieser Vorschlag ist völlig falsch und unbedingt abzulehnen. Das Kolchoseigentum ist sozialistisches Eigentum, und wir können keinesfalls mit ihm wie mit dem kapitalistischen Eigentum umspringen (...). Diese Genossen nehmen an, daß die Übereignung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen an den Staat die einzige oder jedenfalls die beste Form der Nationalisierung sei. Das ist falsch. (...) Feststeht, daß, solange der Staat existiert, die Übereignung an den Staat die meist verständliche ursprüngliche Form der Nationalisierung ist. Aber der Staat wird nicht für ewige Zeiten existieren. Mit der Erweiterung der Wirkungssphäre des Sozialismus in den meisten Ländern der Welt wird der Staat absterben, und im Zusammenhang damit wird natürlich die Frage der Übereignung des Besitzes einzelner Personen und Gruppen an den Staat wegfallen. Das allgemeine Volkseigentum wird folglich nicht mehr vom Staat übernommen, der abstirbt, sondern von der Gesellschaft selber in Gestalt ihres leitenden ökonomischen Zentralorgans." (Stalin, Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR)

Die „Annäherung an staatliches Eigentum", die die neue Bourgeoisie nach dem Tode Stalins verfolgte, lief dann folgendermaßen ab:

1953 wurde für die Bauern eine Geldsteuer eingeführt. Als Beschwichtigung war ihnen zunächst gesagt worden, daß die Naturalsteuer gesenkt würde, was aber nicht eintrat. 1955 wechselte die neue Bourgeoisie vor Beginn der Anbaukampagne ein Drittel aller Kolchosleiter aus und schickte an ihrer Stelle 30000 „Fachleute" ihrer Gesinnung in die Kolchosen. Ein halbes Jahr später wurden nochmals in der Ukraine 3000 Kolchosleiter abgesetzt. Damit war ein wichtiger Schritt vollzogen, der die Kolchosbauern der Kontrolle und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie unterwarf. Die neuen Kolchosleiter wurden mit allen Rechten eines Ausbeuters ausgestattet. Im „Statut der Kolchose" haben die Sozialimperialisten verankert:

„Vorsitzende (sind) berechtigt, über Eigentum und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Ferner haben sie das Recht, den Boden der Kolchose zu vermieten und an andere abzutreten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosemitglieder festzulegen und diese mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen." (Peking Rundschau, 36/75)

Die Absetzung der Kolchosleiter und die Einführung der Geldsteuer reichten nicht aus, die ökonomische Grundlage der Kolchosen zu zerschlagen. Dazu waren ökonomische Zwangsmaßnahmen notwendig, die die Kolchosbauern in finanzielle Abhängigkeit brachten und sie massenweise zu Lohnarbeitern des neuen kapitalistischen Staates auf dem Lande verwandelten. Dazu setzten die neuen Zaren die jetzt unter ihrer Kontrolle stehenden Maschinen- und Traktorstationen gegen die Kolchosen ein. Sie übereigneten sie den Kollektiven, was sie als großzügige Tat ausgaben. Auch dagegen hatte Stalin noch vor seinem Tode gekämpft:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über die Zunahme der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. (...) Ohne das (die Ersetzung alter Techniken durch neue, d. Verf.) ist eine Aufwärtsentwicklung unserer Landwirtschaft undenkbar. Was bedeutet aber, hunderttausende Radtraktoren auszumustern und sie durch Raupentraktoren zu ersetzen, zehntausende veraltete Mähdrescher durch neue zu ersetzen, moderne Maschinen, sagen wir für Nutzpflanzen, zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst nach sechs bis acht Jahren rentieren können. Können unsere Kolchosen diese Ausgaben bewältigen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, denn sie sind nicht imstande, Milliardenausgaben zu tragen, die sich erst nach sechs bis acht Jahren rentieren können. Diese Ausgaben kann nur der Staat tragen (...). Was bedeutet nach all dem die Forderung, die MTS durch Verkauf an die Kolchosen zu übereignen? Das bedeutet, die Kolchosen in große Verluste zu stürzen und sie zu ruinieren, der Mechanisierung der Landwirtschaft Abbruch tun und das Tempo der Kolchosproduktion zu verringern." (Stalin, ebenda)

Genau das war aber die Absicht der neuen Zaren, Ruinierung der Kolchosen und Verwandlung der Bauern in Lohnarbeiter. Vor diesem Hintergrund muß man beurteilen, was Breschnew zum Beispiel in Alma Ata im März 1974 sagte:

„Auch in den früheren Jahren sahen viele ein, daß die Hebung der materiellen Interessiertheit der Werktätigen der Landwirtschaft zum Wachstum der Produktion beitragen wird. Diese Frage wurde aber lange nicht gelöst. Es entstand gleichsam ein geschlossener Kreis, die Produktion wuchs nicht hinreichend schnell, da nicht genügend Mittel für die materielle Stimulierung bereitgestellt wurden, und die Mittel reichten dafür nicht aus, weil die Produktion langsam wuchs. (...) Die Erfahrung der verflossenen Jahre hat die Effektivität der ökonomischen Hebel völlig bestätigt, besonders, wenn sie geschickt mit moralischen Anreizen verbunden werden. Man muß sie auch künftig weiter vervollkommnen und sich dabei auf die immer direktere Abhängigkeit der Entlohnung einzelner Werktätiger und ganzer Kollektive von den Ergebnissen orientieren."

Die ökonomischen Hebel der Breschnew-Clique zur Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft bestehen heute ausschließlich in der Erhöhung der Ausbeutung der Landarbeiter. Die moralischen Anreize, die die Bauern „stimulieren" sollen, für die neuen Zaren zu arbeiten, sind die Lohnabhängigkeit und der Druck durch die niedrigen Löhne. Der Lohn eines Landarbeiters ist nur halb so hoch wie der eines Industriearbeiters. Teilweise bestehen die Löhne bis zu 50 Prozent aus Prämien und Zuschlägen.

In der genauen Umkehrung der Entwicklung von Großbetrieben in der Landwirtschaft, wie sie durch die revolutionäre bolschewistische Partei mit der Kollektivierung der Landwirtschaft organisiert wurde, rationalisieren die Sozialimperialisten die Landwirtschaft, um so die Ausbeutung der Landarbeiter und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Sie betreiben jetzt ein Programm, nach dem in riesigen Betrieben, sogenannten Agro-Industrie-Betrieben, Monokulturen in großem Umfang aufgebaut werden. In diesen Anlagen wird von der Kuhmast bis hin zur verarbeiteten Rindfleischkonserve produziert. Damit versuchen die Sozialimperialisten die Produktivität in der Landwirtschaft zu steigern.

Gleichzeitig zerstören sie in ihrer Profitsucht riesige Anbauflächen. Offensichtlich haben sie bei Neulanderschließungen ganze Wälder abholzen lassen. In ihrer Zeitschrift „Agrikulturwirtschaft" schreiben sie, daß es in Kasachstan „hauptsächlich durch den Mangel an allgemeinen und ackerschützenden Wäldern und durch den unbefriedigenden Zustand' und die schlechte Verteilung der vorhandenen Schutzwälder zu regelmäßigen Sandstürmen, die beträchtliche Teile der Ernte Jahr für Jahr vernichten müssen", kommt. Die gleiche Erscheinung hat in Aserbeidschan dazu geführt, daß „48 Millionen Tonnen fruchtbaren Erdbodens jährlich weggespült worden sind." In einer Bilanz fassen sie zusammen: „Gegenüber 1950 verringerte sich das Nutzland in Georgien, Aserbeidschan und Armenien 1973 um 961900 ha, d.h. um 9,8%, und das bebaute Land verringerte sich um 676400 ha, das sind 22%."

Gleichzeitig haben die schlechten Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse auf dem Land, das schlechte Schulwesen und die niedrigen Einkommen zu einer gewaltigen Landflucht der Bauernbevölkerung in die Städte geführt. Jährlich ziehen fast 1,9 Millionen Bauern, vor allem Jugendliche, in die Städte.

Das Wetter, mit dem die Sozialimperialisten versuchen, den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu erklären, ist in Wirklichkeit die Verfaulung des kapitalistischen Systems in der Sowjetunion. – (Z-Red.)

Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen und Betriebsgesundheitswesen

Gespräch mit dem Genossen Lu, Vorsitzender des Revolutionskomitees der Pekinger Werkzeugmaschinenfabrik Nr. 1

Zur Zeit der Befreiung im Jahre 1949 war dieser Betrieb eine Reparaturwerkstatt mit nur 100 Arbeitern und einer Handvoll einfacher Maschinen. An die Herstellung von Maschinen war damals noch nicht zu denken. 1956–58 wurde der Betrieb zur Fabrik ausgebaut. Die Belegschaft hatte sich dabei zum Ziel gesetzt, den Betrieb eigenständig und aus eigener Kraft aufzubauen. Voller Stolz wurde berichtet, daß die Anlagen von China selbst projektiert und hergestellt wurden. Heute hat die Fabrik 7400 Beschäftigte. Ein Drittel davon sind Frauen. Sie besitzt 1000 Maschinen (95% davon wurden in China hergestellt). Ferner hat die Fabrik einen Kindergarten, eine Kinderkrippe, eine Klinik, eine 21.-Juli-Arbeiterhochschule, einen Arbeiterklub und ein Wohnviertel.

KVZ: Kannst Du etwas über Arbeitsunfälle und über den Arbeitsschutz in der Fabrik berichten?

Unter der Leitung des Revolutionskomitees (das von der Belegschaft gewählte Leitungsorgan der Fabrik) gibt es eine Sonderabteilung für technische Sicherheit, die auch für den Arbeitsschutz verantwortlich ist. Zudem gibt es in jeder Werkhalle und in jeder Arbeitsgruppe einen für Arbeitsschutz verantwortlichen Arbeiter. Auf Werkhallenebene und Gesamtbetriebsebene gibt es Inspektionsgruppen, die aus Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzt sind und regelmäßig die Arbeitssicherheit im Betrieb überprüfen. Es gibt natürlich noch Unfälle, schwere Unfälle dagegen sind selten. Im letzten Jahr (1977) gab es keinen einzigen tödlichen Unfall. Die Hauptsache ist, Arbeitsunfälle erst gar nicht geschehen zu lassen. Dafür müssen wir Sorge tragen.

Jede Verletzung – ob groß oder klein – gilt als Arbeitsunfall. Handverletzungen bilden bei uns den Schwerpunkt der Unfälle. Die Unfälle haben verschiedene Ursachen: Manche Arbeiter sind unvorsichtig und beachten die Sicherheitsvorschriften nicht. Aber auch die Arbeitsbedingungen lassen noch zu wünschen übrig. Ferner muß die Vorbeugungsarbeit verbessert werden. So suchen wir derzeit Mittel, um den Staub so gering wie möglich zu halten. Wir sind dabei, durch technische Neuerungen die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Jeden Arbeitsunfall analysieren wir konkret: Wer ist verantwortlich, die Leitung? der Arbeiter? Oft gibt es in den Abteilungen Sitzungen, um den Unfall zu analysieren. Wir müssen aus jedem Unfall Lehren und Erfahrungen ziehen.

Leichte Unfälle – wie auch leichte Krankheiten – können wir hier in der Betriebsklinik behandeln. Schwerere Fälle werden ins Krankenhaus gebracht. Wir haben einen Vertrag mit einem bestimmten Krankenhaus in der Nähe geschlossen.

Unter dem Revolutionskomitee der Fabrik gibt es eine Abteilung für medizinische Betreuung. Diese Abteilung leitet auch die Klinik der Fabrik. Insgesamt gibt es 80 Ärzte im Betrieb. Einige Ärzte sind in der Betriebskrankenstation tätig, ein Teil auch in den Werkhallen. Außerdem gibt es noch über 200 „Rote Arbeiterärzte".

Wißt ihr, das sind Arbeiter, die von den Kollegen und den Parteizellen in den Abteilungen empfohlen und von den Ärzten in der Betriebsklinik ausgebildet wurden.

Unsere Ärzte kommen aus drei Kanälen: Absolventen der medizinischen Hochschulen, Absolventen der medizinischen Mittelschulen und „Rote Arbeiterärzte", die weiter zu Ärzten ausgebildet wurden. Die letzteren schicken wir zur Ausbildung in große Krankenhäuser oder zur Universität. Wenn sie von dort zurückkommen, arbeiten sie – bei gleichem Lohn wie früher – entweder in der Krankenstation der Fabrik oder weiter in der Werkhalle an ihrem alten Arbeitsplatz. Die Pekinger Krankenhäuser sind verpflichtet, Ärzte für die Fabriken auszubilden.

KVZ: Vielleicht kannst Du etwas über die Arbeitsbedingungen und zu den Regeln für die Arbeit sagen?

Unser Land ist ein sozialistisches Land, die Arbeiter sind die Herren des Landes. Die Fabrik gehört unserem sozialistischen Staat. Es ist gar keine Frage, daß wir die Arbeitsbedingungen weiter verbessern müssen und weiter verbessern wollen. Die Arbeitsbedingungen sind noch nicht so gut, China ist noch ein Entwicklungsland. Deswegen setzen wir alles daran, um die Massen zu technischen Neuerungen zu organisieren. Technische Neuerungen sind ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Bei uns gibt es bei acht Stunden Arbeit eine Stunde Mittagspause. Eine Pausenregelung gibt es bei uns nicht. Ob er eine Tee- oder Zigarettenpause machen will, das kann schließlich jeder Arbeiter selbst entscheiden. Dafür bedarf es keiner Regelung.

Einige Leute im Betrieb waren von der „Viererbande" beeinflußt, und verschiedene vernünftige Regelungen wurden abgeschafft. Ihr habt vorhin in der Werkhalle für Universalfräsmaschinen überall Wandzeitungen gesehen, auf denen das „Arbeitspostensystem" dargelegt war. Das haben wir jetzt wieder eingeführt. Wir haben es auf Wandzeitungen geschrieben und im ganzen Betrieb bekanntgemacht und zur Diskussion gestellt. Die „Viererbande" meinte, solche Regeln seien eine Unterdrückung der Arbeiter.

Diese Regeln lauten:

Vor der Schicht:

1. Sich über die Arbeitsaufgaben Klarheit verschaffen.
2. Arbeitsgeräte und Maschine kontrollieren und überprüfen.
3. Blaupausen (für Werkstücke) genau studieren.

In der Schicht:

Die „Fünf Bewußtsein" erreichen

1. Bewußt die Arbeitsdisziplin einhalten, um die Aufgaben zu erfüllen und überzuerfüllen.
2. Bewußt die Vorschriften und Sicherheitsregeln einhalten, um Arbeitsunfälle zu vermeiden.
3. Bewußt die Qualität verbessern.
4. Bewußt die Arbeitsprodukte gut lagern, sie nicht beschädigen.
5. Bewußt die technische Revolution und technische Neuerungen durchführen.

Nach der Schicht:

Die „Fünf Gewissenhaft" durchführen

1. Die Blaupausen gewissenhaft an die nächste Schicht übergeben.
2. Aufträge gewissenhaft durchführen.
3. Gewissenhaft die Maschinen in Ordnung halten.
4. Gewissenhaft an der Kontrolle der Arbeitsgänge durch die Arbeiter der Produktionsgruppe teilnehmen.
5. Gewissenhaft an den politischen Versammlungen teilnehmen – nach der Arbeit – und gewissenhaft die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und dem Vorsitzenden Mao studieren.

Gegenwärtig bekämpfen wir nicht nur den ideologischen Einfluß der „Viererbande", sondern wir haben auch den sozialistischen Wettbewerb angepackt, um die Produktion voranzutreiben und so einen wichtigen Beitrag zu den vier Modernisierungen (Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik, Red.) zu leisten. Zur Zeit der „Viererbande" durfte man nicht einmal über sozialistischen Wettbewerb reden. Ihr habt vorhin in der Werkhallen die Wandtafeln mit den Bedingungen des sozialistischen Wettbewerbs studiert und wißt jetzt mehr darüber.

In der Werkhalle für Schwerfräsmaschinen war uns eine große Wandtafel aufgefallen. Links standen die Namen der Arbeiter dieser Werkhalle, die miteinander in den sozialistischen Wettbewerb getreten waren. Rechts waren drei Spalten für die Wettbewerbsergebnisse in Ideologie, Arbeitsstil und Beiträgen zum sozialistischen Aufbau. Bei Erfüllung der folgenden Kriterien (jeweils in einem dieser Punkte) wird monatlich eine kleine rote Fahne in die entsprechende Sparte gesteckt. Folgende Kriterien haben sich die Arbeiter für den Wettbewerb gesetzt:

Ideologie:

1. Vergleich der Ideologien (bürgerlich/proletarisch); Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Vorsitzendem Mao studieren und sich bemühen, seine Weltanschauung umzugestalten.
2. Interesse für Staatsangelegenheiten zeigen und aktiv an der politischen Arbeit teilnehmen.
3. Bei der Kritik an der „Viererbande" einen klaren Standpunkt einnehmen.
4. An den „Drei Ja und drei Nein" festhalten (den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen), bürgerliche Denkweise kritisieren und einen aktiven ideologischen Kampf entfalten.

Arbeitsstil:

Vergleich des Arbeitsstils, den revolutionären Arbeitsstil Datjings studieren.

Beiträge zum sozialistischen Aufbau:

1. Mit voller Kraft den Sozialismus aufbauen, das ist verdienstvoll und ruhmvoll; man muß gegen alle antisozialistischen Handlungen unermüdlich kämpfen.
2. Die Qualität ist eine Linienfrage. Man muß die Frage der Qualität an die erste Stelle setzen und zugleich den Sozialismus mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher aufbauen.
3. Man muß plangemäß seine Aufgaben erfüllen und nach den Worten des „Eisernen Mannes" (Musterarbeiter aus Datjing) handeln: Sind die Bedingungen vorhanden, dann gehen wir ans Werk, wenn nicht, müssen wir trotzdem ans Werk gehen und die Bedingungen schaffen.

– (Korrespondentenbericht aus Peking)

Im Lernen von Datjing und gestützt auf die eigene Kraft haben die Arbeiter des Kohlenreviers Kailuan unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas aus den Kohlelöchern, die es vor der Befreiung in Kailuan gab, ein blühendes Kohlerevier gemacht.



Mit hydraulischen Bohrern arbeitendes Abbauteam

Vor der Revolution bauten die Arbeiter die Kohle auf dem Rücken liegend in den sehr niedrigen Stollen ab, in denen es keine Stempel und keine frische Luft gab. Unvollständigen Angaben von 1905 und 1948 zufolge starben 5397 Kumpel bei Unfällen, fast alle drei Tage gab es Opfer.



Von Bergarbeitern hergestellter „flexibler Schildausbau"

4000 Arbeiter sind für die Sicherheit in den Stollen verantwortlich. Facheinheiten sind für den Schutz gegen Wasser und Grubenbrand, für die Kontrolle der Wetterführung, Prüfung des Gasgehalts in der Luft, die Reparatur des Stollenbaus und die Staubmessung gebildet worden. Die Sicherheitskontrolle wird täglich 24 Stunden durchgeführt. 690 Ventilatoren sowie eine Staubabsauganlage, Wasserbohrung und Wasserbedüsung sind wirksame Maßnahmen gegen die „Berufskrankheit" Silikose. Die Luftmenge je Mann und Minute beträgt 4 Kubikmeter, die Temperatur unter Tage wurde von 30 Grad Celsius auf unter 21 Grad Celsius gesenkt.



Pensionierter Kumpel erzählt jungen Bergarbeitern die Geschichte des Kohlenreviers

Heute gibt es 7 Krankenhäuser mit über 2000 Betten, wo 2500 Mediziner arbeiten. Um die schnellste Behandlung und vorbeugende Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten, wurden bei den Abbaufeldern, den Werkstätten und Wohnvierteln Sanitätsstellen errichtet. Unter Tage gibt es auf jeder Arbeitsstrecke Sanitäter, die gleichzeitig Bergarbeiter sind. Das Pensionsalter der Bergarbeiter ist auf 55 Jahre (unter Tage) und 60 Jahre (über Tage) festgesetzt. Die Arbeiter erhalten eine Pension von 50 bis 70 Prozent des ursprünglichen Monatslohns und freie medizinische Behandlung.

Kommunistische Volkszeitung